

# ProfNet PlagiatService

## -Prüfbericht-



für  
Dr. Norbert Lammert  
Uni Bochum

Münster, den 17.02.2017

# ProfNet PlagiatService - Zusammenfassung

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

2

• Autor	Dr. Norbert Lammert	
• Titel	Lokale Organisationsstrukturen ...	
• Typ	Dissertation	
• Abgabetermin	31.12.1974	
• Hochschule	Uni Bochum	
• Fachbereich	Fakultät für Sozialwissenschaft	
• Studiengang		
• Fachrichtung	Politikwissenschaften	
• 1. Gutachter		
• 2. Gutachter		
• Prüfdatum	17.02.2017	
• Dateigröße	687.092	• Abbildungsverzeichnis <input type="checkbox"/>
• Seiten	235	• Abkürzungsverzeichnis <input type="checkbox"/>
• Absätze	987	• Anhang <input type="checkbox"/>
• Sätze	4.240	• Eidesstattliche Erklärung <input type="checkbox"/>
• Wörter	76.406	• Inhaltsverzeichnis <input checked="" type="checkbox"/>
• Zeichen	553.236	• Literaturverzeichnis <input checked="" type="checkbox"/>
• Abbildungen	0	• Quellenverzeichnis <input type="checkbox"/>
• Tabellen	0	• Stichwortverzeichnis <input checked="" type="checkbox"/>
• Fußnoten	513	• Sperrvermerk <input type="checkbox"/>
• Literatur	33	• Symbolverzeichnis <input type="checkbox"/>
• Wörter (netto)	70.233	• Tabellenverzeichnis <input type="checkbox"/>
		• Vorwort <input checked="" type="checkbox"/>

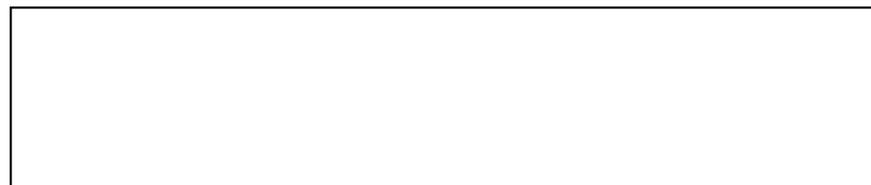
Analysetyp	Indizien
• Bauernopfer-Absatz	6
• Bauernopfer-Halbsatz	3
• Bauernopfer-Satz	2
• Bauernopfer-Wort	2
• Bauernopfer-Zitat	2
• Eigenplagiat	134
• Mischplagiat-eine Quelle	4
• Mischplagiat-mehrere Quellen	1
• Teilplagiat	18
• Zitat-Veränderung	48
• Zitierungsfehler	14
Anteil Fremdtex-te (netto): 3 % (2.430 von 70.233 Wörtern)	
• Literaturquelle-in Fußnote	9
• Phrase-allgemein	142
• Phrase-fachspezifisch	265
• Phrase-Redewendung	1
• Zitat-Fremdtext-ohne Quelle	19
• Zitat-Fremdtext-vollständig	126
• Zitat-im Text-ohne Quelle	84
• Zitat-im Text-vollständig	64
Anteil Fremdtex-te (brutto): 17 % (13.139 von 76.406 Wörtern)	

**35%** Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit

Alle Ergebnisse dieses Reports werden von der Software automatisch berechnet, so dass alle Angaben jeweils den Stand der Software-Entwicklung wiedergeben.

# ProfNet PlagiatService - Ergebnis Textanalyse (alle Analysen)

Kriterium	Dimension	Prüfdokument	Erstprüfer	Fachbereich	Hochschule	Fachrichtung	Hausarbeiten	Seminararbeiten	Bachelor Thesen	Diplomarbeiten	Master Thesen	Dissertationen	Habilitationen	alle
Dokumente	Anzahl	1	8	2	4	345	547	488	511	3465	372	25983	200	501677
Abbildungen	Anzahl (Durchschnitt)	0	19	0	4	3	2	2	8	7	3	5	7	1
Absätze	Anzahl (Durchschnitt)	987	1465	955	806	820	112	120	235	353	298	549	779	292
Fußnoten	Anzahl (Durchschnitt)	513	744	404	537	365	33	44	47	58	46	105	126	28
Literatur	Anzahl (Durchschnitt)	33	0	16	9	3	0	5	7	3	1	5	1	3
Sätze	Anzahl (Durchschnitt)	4240	6370	2778	3486	4002	493	501	962	1442	1297	2386	3478	962
Seiten	Anzahl (Durchschnitt)	235	390	198	214	221	33	31	71	104	93	162	202	58
Tabellen	Anzahl (Durchschnitt)	0	9	0	0	3	0	0	2	3	2	3	2	1
Wörter	Anzahl (Durchschnitt)	76406	104640	48884	60906	68181	8163	7902	15285	22517	21636	38477	56318	16043
Zeichen	Anzahl (Durchschnitt)	553236	743414	352782	432138	462085	53782	52701	100673	151281	137315	256521	386939	104390
Zitate	Anzahl (Durchschnitt)	452	580	274	201	589	73	64	95	152	142	217	340	95



Die statistischen Ergebnisse der Textanalyse des Prüfdokumentes werden mit den Ergebnissen aller analysieren Texte verglichen.

# ProfNet PlagiatService - Ergebnis Textvergleich (alle Vergleiche)

Kriterium	Dimension	Prüfdokument	Erstprüfer	Fachbereich	Hochschule	Fachrichtung	Hausarbeiten	Seminararbeiten	Bachelor Thesen	Diplomarbeiten	Master Thesen	Dissertationen	Habilitationen	alle
Dokumente	Anzahl	1	8	2	4	306	92	43	473	3229	331	23519	187	46412
Mischpl.-eine	Anzahl (Durchschnitt)	4	24	2	2	2	0	5	0	0	0	1	1	2
Teilplagiat	Anzahl (Durchschnitt)	18	266	15	18	25	5	7	6	7	11	13	13	14
Mischpl.-mehrere	Anzahl (Durchschnitt)	1	59	2	4	8	1	1	1	1	2	3	2	3
Zitierungsfehler	Anzahl (Durchschnitt)	14	582	10	7	24	0	6	3	3	3	5	7	4
Bauernopfer	Anzahl (Durchschnitt)	6	106	6	2	9	0	0	2	2	3	5	3	3

● **35%** Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit

Die Textvergleichsergebnisse des Prüfdokumentes werden mit allen analysierten Texten verglichen. Die Plagiatswahrscheinlichkeit wird grob vom Programm automatisch berechnet.

## Textstelle (Prüfdokument) S. 1

Vordergrund auch der theoretischen Auseinandersetzung<sup>3</sup>, so verschob sich mit zunehmender Duldung und Legalisierung des Parteiwesens der Schwerpunkt der Diskussion deutlich auf das Problem des rechtlichen Status politischer Parteien<sup>4</sup>. Die Erfahrung der Notwendigkeit politischer Parteien schließlich, "deren Bedeutung um so größer ist, je stärker das demokratische Prinzip verwirklicht ist"<sup>5</sup>, drängte bald die Erkenntnis auf, "die Demokratie ist notwendig und unvermeidbar ein Parteistaat"<sup>6</sup>. Das eine - politische - Ergebnis dieser Entwicklung war die nun auch verfassungsmäßige Inkorporation der Parteien in das politische System, wie sie in der Bundesrepublik im Artikel 21 des Grundgesetzes und im Gesetz über die politischen Parteien vom 24. Juli 1967 verbindlich vollzogen wurde. Die andere bedeutsame Konsequenz war die erneute und zwangsläufige Akzentverschiebung der wissenschaftlichen Diskussion auf das Problem der innerparteilichen Demokratie; zwangsläufig deshalb, weil mit der Erfahrung der modernen politischen Wirklichkeit als

3 wichtige Beiträge dazu vor allem von David Hume, Edmund Burke, James Madison, Friedrich

4 Beiträge von Johann Caspar Bluntschli, Richard Schmidt, Georg Jellinek, Heinrich Triepel u. a.

5 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Auflage 1929, Neudruck Aalen 1963, S. 19

6 ebda, S. 20

## Textstelle (Originalquellen)

Versuch der konstitutionellen Inkorporation der Parteien in das politische System erscheinen, dessen wesentlicher Bestandteil sie sind. "Die moderne Demokratie beruht geradezu auf den politischen Parteien, deren Bedeutung um so größer ist, je stärker das demokratische Prinzip verwirklicht ist ... Die Demokratie ist notwendig und unvermeidbar ein Parteienstaat"<sup>2</sup>. Die über hundert Jahre alte Diskussion über den rechtlichen Status der Parteien in der Demokratie<sup>3</sup> ist von der Realität längst überholt worden. Die Vorstellung

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

5

## Textstelle (Prüfdokument) S. 2

Juli 1967 verbindlich vollzogen wurde. Die andere bedeutsame Konsequenz war die erneute und zwangsläufige Akzentverschiebung der wissenschaftlichen Diskussion auf das Problem der innerparteilichen Demokratie; zwangsläufig deshalb, weil mit der Erfahrung der modernen politischen Wirklichkeit als Parteienstaat - "die Meinungsbildung durch Diskussion findet nur noch innerhalb der Parteien statt, der Kampf zwischen den Parteien ist kein Meinungskampf, sondern ein Machtkampf"<sup>8</sup> - die Frage nach dem Ausmaß und den Möglichkeiten innerparteilicher Demokratie zu einem zentralen Problem der modernen Demokratie schlechthin werden mußte. Die seit Beginn dieses Jahrhunderts immer stärker zunehmende Einbringung soziologischer und politologischer Beiträge in die

<sup>8</sup> Gustav Radbruch, Die politischen Parteien, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930, Bd. 1, S. 286

## Textstelle (Originalquellen)

als Fiktion, "der Wähler ist zum souveränen Statisten in der Politik geworden" 4. Einfluß auf politische Entscheidungen kann er nur auf dem Umweg über Parteien ausüben. "Die Meinungsbildung durch Diskussion findet nur noch innerhalb der Parteien statt, der Kampf zwischen den Parteien ist kein Meinungskampf, sondern ein Machtkampf"s. Unter diesen, die politische Wirklichkeit kennzeichnenden Voraussetzungen muß das Problem der innerparteilichen Demokratie als zentrales Problem der modernen Demokratie überhaupt gesehen werden. "Die Chance der

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

6



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 2

Parteien-Typologie<sup>10</sup>. 1.1. Theoretische Ansätze Das Bemühen um eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten theoretischen Ansätze der Parteienforschung stößt auf die Schwierigkeit des nach wie vor umstrittenen Theoriebegriffs<sup>11</sup>; einem Vorschlag Hans-Otto Mühleisens folgend soll er hier "in einem sehr weiten Sinn gleichsam als Residualkategorie für nicht empirische Forschung"<sup>12</sup> gebraucht werden. Dabei wird sich dieser knappe Überblick auf vier im Zusammenhang dieser Untersuchung besonders wesentliche Schwerpunkte der Parteiethorie beschränken: die Frage nach der Rolle politischer Parteien in demokratischen Systemen, die Bestimmung ihres Standortes in

<sup>10</sup> nach den frühen Typologien politischer Parteien von Max Weber und Heinz Marr sind aus jüngerer Zeit vor allem Beiträge von Sigmund Neumann, Maurice Duverger, Otto Kirchheimer

<sup>11</sup> vgl. dazu Wolf-Dieter Narr, Theoriebegriffe und Systemtheorie, Stuttgart 1969; Klaus von

<sup>12</sup> Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung. Eine exemplarische Literaturübersicht, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.), Partei und System, a.a.O., S. 9

## Textstelle (Originalquellen)

deduktiven Theoriebildung, daß es vermessen wäre, aufgrund der verbal gleichlautenden Forderungen bereits eine synchrone Forschung annehmen zu wollen. In dem vorliegenden Aufsatz wird der Theoriebegriff **in einem sehr weiten Sinn gleichsam als Residualkategorie für nicht-empirische Forschung** gebraucht. Dieser weite Begriff ist zwar nicht sinnvoll für das einzelne Forschungsvorhaben, er dürfte jedoch legitim und der Sache angepaßt sein, wenn es darum geht,

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 9

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

7

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 3

Ostrogorski<sup>16</sup> wurde, ist im deutschsprachigen Raum insbesondere von Robert Michels aufgegriffen und weiterentwickelt worden<sup>17</sup>. Die bleibende Bedeutung ihrer Darstellungen besteht darin, auf den Zusammenhang zwischen innerparteilichen Strukturen und dem Demokratiepotential einer politischen Ordnung aufmerksam gemacht zu haben. "Es war beiden Klassikern von daher nicht nur und nicht in erster Linie um eine systematische Analyse der für sie ins Blickfeld rückenden Parteien, sondern vor allem darum gegangen, aufzuzeigen, wie es faktisch um die Demokratie bestellt war"<sup>18</sup>. Gerade dieser Zusammenhang wird von der modernen Parteienforschung zur Zeit wiederentdeckt<sup>19</sup>. 13 Austin Ranney, *The Doctrine of Responsible Party Government*, Urbana 1962 Trotz der wegweisenden Untersuchung von Robert Michels ist die Parteienforschung im deutschsprachigen Raum bis in die jüngste Zeit vor allem an der Frage des Standortes der Parteien innerhalb der politischen Ordnung interessiert geblieben. Dabei hat

16 Moisei Ostrogorski, *Democracy and the Organization of Political Parties*, Original: Paris 1903,

17 Robert Michels, *Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Untersuchungen

18 Rolf Ebbighausen, *Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der*

19 siehe etwa die Arbeitsergebnisse der 3. internationalen Konferenz über vergleichende politische

## Textstelle (Originalquellen)

er habe seine Lebensraumtheorie mit der eindeutigen Wendung gegen Rußland - erst nach Antritt seiner Festungshaft am 1. April 1924 konzipiert, neu zu überdenken. Dabei kann es sich nicht nur und nicht in erster Linie darum handeln, die verschiedenen Äußerungen Hitlers aus den Jahren vor 1924, die gewisse Ansätze eines raumpolitischen Denkens erkennen lassen, zu interpretieren; vielmehr muß vor allem das in

parteienstaatlichen Demokratie symptomatischen Krisenbewußtsein heraus entstanden. Es war beiden Klassikern von daher nicht nur und nicht in erster Linie 6 Vgl. dazu auch Otto Stammer/Peter Weingart, *Politische Soziologie*, München 1972, insbes. das Unterkapitel "Die Parteien als intervenierende Variablen", S. 171 ff. um eine systematische Analyse der für sie ins Blickfeld rückenden Parteien, sondern vor allem darum gegangen, aufzuzeigen, wie es faktisch um die Demokratie bestellt war. Sie hatten die kritische Dimension ihrer Untersuchungen, so unterschiedlich ihre politische Position auch war, letzten Endes beide im uneingelösten demokratischen Anspruch der von ihnen untersuchten

- 3 Vierteljahreshefte für Zeitgeschich..., 1968, S. 284
- 4 Dittbener, Jürgen/Ebbighausen, Rolf..., 1973, S. 16

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

8



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 4

und der damaligen Diskussion nicht verleugnen kann<sup>20</sup>, in modifizierter Form aber durchaus noch heute vertreten wird<sup>21</sup>. Die zunehmende Verfilzung der Parteien mit dem staatlichen Herrschaftssystem hat sie dann immer mehr als quasi-staatliche Institutionen dargestellt: "Die Legitimitätsentscheidungen, die in der Partei getroffen werden, sind für den demokratischen Verfassungsstaat keine rechtsordnungsneutralen Meinungskundgaben eines außerstaatlichen frei assoziierten Bundes. Sie sind das potentielle Staatsgestaltungskonzept"<sup>22</sup>. In der Literatur überwiegt heute die Auffassung von einer Doppelfunktion der Parteien, deren Standort und Bedeutung weder auf den staatlichen noch auf den gesellschaftlichen Bereich beschränkt werden könne; die Vermittlung beider Sozialbereiche sei geradezu ihre

20 siehe vor allem die Beiträge von Johann Caspar Bluntschli, Charakter und Geist der politischen

21 vgl. Ulrich Scheuner, Die Parteien und die Auswahl der politischen Leitung im demokratischen

22 Helmut Lenz/Christoph Sasse, Parteiausschluß und Demokratiegebot, in: Juristenzeitung, 17, 1962, S. 236; weitere wichtige Repräsentanten dieser Auffassung sind Gerhard Leibholz und Ossip K. Flechtheim

## Textstelle (Originalquellen)

Erörterung des Problems des "Parteienstaates". Nicht nur, daß in ihm die Parteien durch ihr Selbstverständnis über ihre Monopolstellung im Staat sich dieser Stellung anpassen,<sup>26</sup> sondern "die Legitimitätsentscheidungen, die in der Partei getroffen werden, sind für den demokratischen Verfassungsstaat keine rechtsordnungsneutralen Meinungskundgaben eines außerstaatlichen frei assoziierten Bundes. Sie sind das potentielle Staatsgestaltungskonzept."<sup>27</sup> Die Unsicherheit über den "Ort" der Parteien reicht für den Bereich der BRD bis in die Urteilsprechung des Bundesverfassungsgerichts und wird besonders deutlich in dessen

• 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 13



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

9

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 5

um eine Veränderung der Praxis politischer Parteien sehr unterschiedliche Strategien nahelegen. Das Bemühen um allgemeine, empirisch abgesicherte Theorien der inneren Struktur sowie der Außenbeziehungen politischer Parteien hat durch die Einbeziehung der Umweltbedingungen neue Impulse erhalten. " Seit Beginn der sechziger Jahre ist ein Forschungstrend zu erkennen, der sich um die Entwicklung empirisch überprüfter Theorien, d. h. um die Interaktion von theoretischer und empirischer Forschung bemüht. Da es zunächst nur einzelne genuine, überprüfbare Hypothesen zu Parteiphänomenen gibt, das Bemühen sich jedoch auf umfassendere Theorien richtet, versucht man, bereits weiterentwickelte Theorien, so vor allem den Funktionalismus, auf die Parteien anzuwenden" <sup>28</sup>. Mühleisen nennt drei exponierte Vertreter dieser neueren Forschungsrichtung der Parteientheorie. Als bahnbrechende Arbeit in diesem Zusammenhang gilt der Aufsatz von Theodore Lowi, Toward Functionalism in Political Science: The Case of Innovation in Party Systems<sup>29</sup>, der erstmals den funktionalen Theorieansatz konsequent auf die politischen Parteien anwendet<sup>30</sup>. Lowi fragt nach den Auswirkungen der jeweiligen Rolle einer Partei innerhalb des Parteiensystems auf das ganze politische System und kommt zu der Hypothese, daß

28 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a.a.O., S. 16

29 Theodore Lowi, Toward Functionalism in Political Science: The Case of Innovation in Party

30 vgl. William J. Crotty (Hrsg.), Approaches to the Study of Party Organization, Boston 1968;

## Textstelle (Originalquellen)

Entwicklungsstrang innerhalb der neueren vergleichenden Analyse politischer Parteien versucht, von solchen Klassifizierungen ausgehend, zu Hypothesen über die Korrelation zwischen Parteien und politischem System zu gelangen.<sup>47</sup> Seit Beginn der sechziger Jahre ist ein Forschungstrend zu erkennen, der sich um die Entwicklung empirisch überprüfter Theorien, d. h. um die Interaktion von theoretischer und empirischer Forschung bemüht. Da es zunächst nur einzelne genuine, überprüfbare Hypothesen zu Parteiphänomenen gibt, das Bemühen sich jedoch auf umfassendere Theorien richtet, versucht man, bereits weiter entwickelte Theorien, so vor allen den Funktionalismus, auf die Parteien anzuwenden. Diese oben als "fremd" definierten Theorien dienen dabei als Modelle für eine Parteientheorie.<sup>48</sup>

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 16

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

10

## Textstelle (Prüfdokument) S. 6

einerseits und den Parteien als sozialen Organisationen andererseits, die dieses System tragen und verändern und doch ihrerseits von ihm entscheidend determiniert sind, hält Eldersveld für den - im regionalen Maßstab empirisch belegten - Ansatz einer allgemeinen Parteientheorie<sup>35</sup>. "Zwar ist sie keine Parteientheorie im Sinne eines nomologischen Systems überprüfbarer Hypothesen, aber sicher können die dargestellten Fragen und Reflexionen Hypothesen zu bestimmten Problemen im Bereich der politischen Parteien stimulieren"<sup>36</sup>. Dies gilt insbesondere für die von ihm formulierten, „theoretical constructs“, die wegen ihrer Bedeutung für die Frage der Erweiterung des Demokratiepentials sozialer Organisationen unter Berücksichtigung ihrer funktionalen Leistungsfähigkeit in diesem Zusammenhang eingehender diskutiert werden sollen<sup>37</sup>. Eine Bestätigung der wechselseitigen Abhängigkeit

35 ebda, S. 5 ff

36 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a.a.O., S. 20

37 siehe dazu im Kapitel 2., Demokratie in Organisationen, den Abschnitt 2.2.2. Umweltbedin-

## Textstelle (Originalquellen)

der Parteien bei gleichzeitigem Offenhalten vieler Interpretationsmöglichkeiten bezeichnet werden. Zum einen gibt sie eine pragmatische Abgrenzung des Forschungsgegenstands und zum anderen ein System möglicher Fragestellungen. Zwar ist sie keine Parteientheorie im Sinne eines nomologischen Systems überprüfbarer Hypothesen, aber sicher können die dargestellten Fragen und Reflexionen Hypothesen zu bestimmten Problemen im Bereich der politischen Parteien stimulieren. Ein Mangel des Ansatzes liegt darin, daß er die Möglichkeit nicht bietet, nichtexistente Alternativen (z. B. für die Strataarchie) zum Vergleich heranzuziehen. Hier wird die bewußte Einengung

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 20

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

11

## Textstelle (Prüfdokument) S. 7

soziopolitische Organisation **der Parteien** im engeren Sinne zum Gegenstand haben. Die stärksten und nachhaltigsten Anregungen für die empirische Parteienforschung sind fraglos von einer Studie ausgegangen, die selber dem Anspruch empirisch belegter genereller Gültigkeit kaum genügt **Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens**<sup>41</sup>, in der er für alle komplexen Organisationen ein „7enernes Gesetz der Oligarchie“ konstatiert<sup>42</sup>. „Michels\* Versuche zur Verifikation seiner Hypothese sind völlig unzureichend. Er wechselt nach Belieben die Untersuchungseinheit, führt Beispiele aus der Geschichte der französischen, englischen, italienischen und deutschen sozialistischen Parteien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts an, die jedoch eher illustrieren als erklären. Die Führer-Masse-Dichotomie ist organisationssoziologisch in keiner Weise abgesichert: Es werden weder die verschiedenen Stufen der Parteiorganisation untersucht noch die innerparteilichen Delegationsverfahren, noch die Rekrutierungsmechanismen. An Informationen über die Innenbeziehungen von Parteien bietet Michels' Studie außer einer Reihe von illustrativen Anekdoten nichts. Ihr Wert liegt in den Anregungen, die von ihr ausgingen“<sup>43</sup>. Die jüngeren empirischen Untersuchungen über die Binnenstrukturen politischer Parteien zeichnen sich in der Regel durch ihren begrenzten und genau definierten Untersuchungsbereich aus, **der eine** exemplarische, aber zugleich systematische Analyse des jeweiligen Forschungsgegenstandes ermöglicht. Dabei

41 Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, a. a. O.

42 siehe dazu vor allem Kapitel 2., Demokratie in Organisationen

43 Helmut Köser, Empirische Parteienforschung, a.a.O., S. 30f

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

und die "environmental Stimuli").<sup>5</sup> I. Partei als Einheit Die empirischen Studien, die sich mit den Innenbeziehungen **der Parteien** befassen, lassen sich in der Fragestellung zurückführen auf **Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens in der** modernen Demokratie (21). Ausgehend von der Beobachtung "oligarchischer Tendenzen" in einigen Parteien gelangt Michels zu der Frage, warum der "prinzipiell oligarchische Charakter" konservativer Parteien auch bei

zu verifizieren versucht, die jedoch wegen ihres apriorischen Anspruches auf generelle Gültigkeit grundsätzlich falsifizierbar sein müßte, um als empirisches Gesetz gelten zu dürfen. Jedoch: selbst **Michels' Versuche zur Verifikation seiner Hypothese sind völlig unzureichend. Er wechselt nach Belieben die Untersuchungseinheit, führt Beispiele aus der Geschichte der französischen, englischen, italienischen und deutschen sozialistischen Parteien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts an, die jedoch eher illustrieren als erklären. Die Führer-Masse-Dichotomie ist organisationssoziologisch in keiner Weise abgesichert: Es werden weder die verschiedenen Stufen der Parteiorganisation untersucht noch die innerparteilichen Delegationsverfahren, noch die Rekrutierungsmechanismen. An Informationen über die Innenbeziehungen von Parteien bietet Michels' Studie außer einer Reihe von illustrativen Anekdoten nichts. Ihr Wert liegt in den Anregungen, die von ihr ausgingen.** 6 Teils in dem Bemühen, Michels empirisch zu widerlegen, teils um neue Ansätze anzuwenden, ging die empirische Parteienforschung verschiedene Wege: **Der eine** Weg führt über

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 30

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

12

## Textstelle (Prüfdokument) S. 8

abgesicherte Kennzeichnung von allgemeinen und spezifischen Strukturmerkmalen der Parteien unter jeweils gleichen Umweltbedingungen bemühen. Henry Valen/Daniel Katz machen diesen Versuch auf lokaler Ebene, indem sie **die fünf größten Parteien in einer norwegischen Stadt und drei ländlichen Gemeinden zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen von 1957** untersuchen<sup>44</sup>; sie stellen weitgehend übereinstimmende Organisationsstrukturen, ähnlich organisierte innerparteiliche Aktivitäten und Entscheidungsprozesse sowie eine relativ große interne Homogenität fest, wobei ihnen die größere Aktivität der Mitglieder der Arbeiterpartei im Vergleich zu anderen Parteien besonders bemerkenswert

44 Henry Valen/Daniel Katz, Political Parties in Norway, A Community Study, Oslo/London

## Textstelle (Originalquellen)

Eldersveld (7) begrenzen ihre Untersuchungseinheit auf den lokalen bzw. regionalen Bereich. Valen und Katz untersuchen **die fünf größten Parteien in der norwegischen Stadt Stavanger und in drei ländlichen Gemeinden zum Zeitpunkt der Parlamentswahlen von 1957**. ElderSveld vergleicht die Demokratische und die Republikanische Partei im amerikanischen Wayne County (Michigan) während der Präsidentschaftswahlen von 1956. Beide Studien basieren vom Datenmaterial her auf Teilen

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 32

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

13

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 10

wird, daß die Inhaber institutionalisierter Machtpositionen in der Regel auch den ausschlaggebenden Einfluß auf die Entscheidungsprozesse in ihrem Bereich ausüben. Ein durchgängiges Ergebnis nahezu aller empirischen Studien ist nicht nur von theoretischer Relevanz: daß nämlich "wenigstens auf lokaler und regionaler Ebene (der untersuchten Parteien) die innerparteiliche Partizipation geradezu ein Korrelat pluralistischer Parteistrukturen ist" <sup>63</sup>. Die Suche nach praktischen Veränderungsmöglichkeiten innerhalb der Parteien könnte hier ansetzen. 1.3. Entwicklungstendenzen Mit der Neuauflage der Werke von Ostrogorski und Michels<sup>64</sup> hatte Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre mit einer erneuten Rezeption dieser Klassiker der Parteiensoziologie zugleich eine verstärkte Beschäftigung mit den Problemen innerorganisatorischer Demokratie eingesetzt. "Die in der Nachfolge der beiden Klassiker sich verstehenden jüngeren Ansätze parteiensoziologischer Forschung waren demgegenüber in ihrer Problemsicht durch eine von vornherein andere Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der inzwischen etablierten bürgerlichen Parteiendemokratie bestimmt" <sup>65</sup>. Vor allem die angelsächsische Parteienforschung war darum bemüht, den 59 Peter Christian Ludz, Partielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung. Eine empirisch-systematische Untersuchung. Köln-Opladen, 3. Auflage 1970 radikaldemokratischen Anspruch, der Ostrogorskis und Michels' Untersuchungen zugrunde lag, zugunsten einer stärker "empirischen", den faktischen Realitäten eines parlamentarisch organisierten Parteiensystems entsprechenden Konzeption zu korrigieren: "

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Studie über innergewerkschaftliche Demokratie<sup>30</sup> vorgenommene Korrelation von innerorganisatorischen Konflikten, Faktionierungen und Partizipation auf die Parteienforschung übertragen zu haben. In den empirischen Studien wird deutlich, daß wenigstens, auf lokaler und regionaler Ebene (der untersuchten Parteien) die innerparteiliche Partizipation geradezu ein Korrelat pluralistischer Parteistrukturen Ist (29, S". 85 ff.,>, S. 4Tol.r2rS.93 'in STI96~ff7" II. Parteiensysteme In der Parteienliteratur wurde eine ganze Reihe von Versuchen unternommen, den Begriff "Parteiensystem" zu definieren und Parteiensysteme zu klassifizieren.<sup>31</sup> In

ambivalenten Positionen John Stuart Mills und Alexis de Tocquevilles das Postulat einer funktionsfähigen politischen Öffentlichkeit an eine politische Emanzipation auf breiter Basis gebunden gedacht hatte. Die in der Nachfolge der beiden Klassiker sich verstehenden jüngeren Ansätze parteiensoziologischer Forschung waren demgegenüber in ihrer Problemsicht durch eine von vornherein andere Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der inzwischen etablierten bürgerlichen Parteiendemokratie bestimmt. Hinter ihr wurde (bei den einzelnen Autoren mehr oder weniger deutlich) die These vom Erfordernis einer gegenüber dem "noch utopischen" Demokratieverständnis der beiden Klassiker "realistischeren",

Die SED, 50 ff. [Literaturverzeichnis Seite 55, Z. 18] (9) Förtsch, Eckart/Mann, Rüdiger, Die SED, Stuttgart 1969. [Literaturverzeichnis Seite 55, Z. 35-37] (17) Ludz, Peter Christian, Partielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln-Opladen, 3. Aufl. 1970. [Seite 17, Z. 16-19] "For our own world we need a more pessimist approach to democratic government, one not based upon the blend assumption that men are natural politischen Führungsauslese übernommen hätten, so seien mit der unter den

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 39
- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 16
- 5 Köser, Helmut: Parteien und Verbänd..., 1973, S. 0

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

14

## Textstelle (Prüfdokument) S. 11

For our own world we need a more pessimist approach to democratic government, one not based upon the blind assumption that men are natural democrats, but one which directs attention to those calamitiously improbably combinations of circumstances which actually make democracy work" <sup>66</sup> , In dieser "realistischen" Perspektive war die Parteienforschung in erster Linie auf die Frage fixiert, unter welchen politischen und soziologischen Bedingungen die Stabilität etablierter demokratischer Systeme in ihren bestehenden parteienstaatlichen Strukturen gesichert werden könne<sup>67</sup> . Diese Orientierung

63 Helmut Köser, Empirische Parteienforschung, a.a.O., S. 39; übereinstimmend: Rolf Ebbighausen, Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie, a. a. O., S. 24 f

64 1957 erschien hrsg. von Werner Conze eine deutsche Neuauflage von Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, a. a. O.; S. M. Lipset gab 1962 und 1964 englische Ausgaben der Untersuchungen von Michels und Ostrogorski als Paperbacks heraus

65 Rolf Ebbighausen, Legitimationskrise der Parteiendemokratie, a.a.O., S. 16

66 Harry Eckstein, A Theory of Stable Democracy, Princeton 1961, S. 47

67 vgl. dazu vor allem die Sammelbände von Allardt/Littunen, Cleavages, Ideologies, and Party Systems, a. a. O. sowie Seymour M. Lipset/Stein Rokkan, Party Systems and Voter Alignments, New York 1967

## Textstelle (Originalquellen)

Bedingungen der Massendemokratie "notwendigen" Übernahme solcher Funktionen aber zugleich Bürokratisierungs- und Oligarchisierungserscheinungen eine weitgehend unabwendbare Konsequenz. " For our own world we need a more pessimist approach to democratic government, one not based upon the blind assumption that men are natural democrats, but one which directs attention to those calamitiously improbably combinations of circumstances which actually make democracy work"<sup>11</sup> . Mit der von daher in der Nachfolge Max Webers und Joseph A. Schumpeters sich begründenden Wendung zu einer "elitist theory of democracy" rückte dabei im Rahmen

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf..., 1973, S. 17

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

15



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 11

des Committee on Political Sociology in Berlin 1968, die unter den Vorzeichen veränderter gesellschaftspolitischer Verhältnisse stand, einen vorläufigen Abschluß gefunden, wie Seymour M. Lipset und Stein Rokkan - zwei führende Repräsentanten der geschilderten Entwicklung - selber zum Ausdruck bringen: "**Political Sociology developed its methodological characteristics and its theoretical orientations during the quiet years of consolidation and deideologization from 1945 to 1965 ... The current waves of Revolt and violence have set a great challenge to the discipline**"<sup>68</sup>. Diese Bemerkung macht im übrigen nur allzu deutlich, wie sehr die wissenschaftliche Diskussion, die um den Nachweis der Wechselwirkungen zwischen politischen Vorgängen und sozialen Verhältnissen immer sehr bemüht war, in ihrem eigenen Verlauf von eben

<sup>68</sup> Otto Stammer (Hrsg), Party Systems, Party Organization and the Politics of New Masses, Vorwort von Lipset und Rokkan, a. a. O., S. IX

## Textstelle (Originalquellen)

Seymour M. Lipset und Stein Rokkan im Vorwort zu den gesammelten Beiträgen der 3. Internationalen Konferenz des Committee on Political Sociology der ISA im Januar 1968 in Berlin, "**developed its methodological characteristics and its theoretical orientations during the quiet years of consolidation and deideologization from 1945 to 1965**"<sup>1</sup> und unter Bezug auf den neben den geplanten Themen zur vergleichenden parteiensoziologischen **Forschung** in das Programm der Konferenz aufgenommenen aktuellen Diskussionsgegenstand Student politics: "The current waves of revolt and violence have set a great challenge to the discipline . . ." <sup>2</sup>. Tatsächlich zeigten

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 13

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

16

## Textstelle (Prüfdokument) S. 11

deren demokratischen Partizipationschancen als vielmehr an ihren Beiträgen für die Funktionsfähigkeit und Stabilität einer etablierten Ordnung orientiert, ist nicht zu begreifen ohne das allgemeine Klima scheinbar konsolidierter, funktionierender und nicht herausgeforderter sozialer und politischer Verhältnisse. "Mit dem erneuten Aufbrechen der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturprobleme in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, schließlich mit der ‚politics of new masses‘, mit der das eingespielte Herrschaftssystem von seinem eigenen demokratischen Anspruch her problematisiert wurde, stellte sich aus der Kritik heraus auch die Legitimitätsfrage erneut"<sup>69</sup>. Die Legitimationskrise der herausgeforderten demokratischen Ordnung war unter den gegebenen Bedingungen, den "Realitäten" des Parteienstaates, notwendigerweise zugleich die Krise der Parteiendemokratie. Diese Herausforderung rückte die Forderung nach organisationsinterner, vor allem aber innerparteilicher Demokratie mit innerer

<sup>69</sup> Rolf Ebbighausen, Legitimationskrise der Parteiendemokratie, a.a.O., S. 27

## Textstelle (Originalquellen)

der scheinbaren politischen Konsolidierung in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre quasi unbefragter ideologischer Reflex der funktionierenden real machinery der etablierten Herrschaftsorganisation bleiben. Mit dem erneuten Aufbrechen der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturprobleme in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, schließlich mit der "politics of new masses"<sup>35</sup>, mit der das eingespielte Herrschaftssystem von seinem eigenen demokratischen Anspruch her problematisiert wurde, stellte sich aus der Kritik heraus auch die Legitimitätsfrage erneut. Sie stellte sich zugleich mit der Frage nach den umfassenderen gesellschaftlich-ökonomischen und politischen Dimensionen der zunächst im wesentlichen als Struktur- und Ordnungsproblem der Parteiendemokratie

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf..., 1973, S. 27

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

17

## Textstelle (Prüfdokument) S. 12

Mittelpunkt parteiensoziologischer Diskussion und Forschung<sup>70</sup>, wobei neben der kritischen Beobachtung der Parteiinstitutionen selbst in stärkerem Maße auch die Frage nach den soziopolitischen Rahmenbedingungen einer als notwendig erkannten Demokratisierung der Parteiorganisationen zum Gegenstand der Untersuchungen wurde. "Diese Vorstellungen gründeten im demokratischen Legitimitätsanspruch einer über die Wahlentscheidung hinausgehenden wirksamen politischen Partizipation des ‚Bürgers‘ in der Gegenwart, d. h. zumindest eines kontrollierenden inhaltlichen Einflusses der in den Parteien organisierten ‚Aktivbürgerschaft‘ auf die weitgehend in der nicht öffentlichen Sphäre des Staates agierenden Führungsspitzen der Parteien"<sup>71</sup>. Auch und gerade für das zentrale Problem innerparteilicher Demokratie gilt freilich das Postulat, theoretische und empirische Forschung miteinander zu verbinden, um weder bei letztlich spekulativen Ergebnissen rein theoretischer Betrachtung stehenzubleiben noch unverbindliche und unvermittelte empirische

<sup>70</sup> diesen Zusammenhang betont Wolfgang Abendroth, Innerparteiliche und innerverbandliche

<sup>71</sup> Rolf Ebbighausen, Legitimationskrise der Parteiendemokratie, a.a.O., S. 22

## Textstelle (Originalquellen)

als quasi realistische praktische Übersetzung des fortbestehenden liberalen Anspruchs einer politisch fungierenden Öffentlichkeit aus einer Analyse der sozialstaatlichen Transformation des bürgerlichen Parlamentarismus herzuleiten gesucht hatte<sup>28</sup>. Diese Vorstellungen gründeten im demokratischen Legitimitätsanspruch einer über die Wahlentscheidung hinausgehenden wirksamen politischen Partizipation des "Bürgers" in der Gegenwart, d.h. zumindest eines kontrollierenden inhaltlichen Einflusses der in den Parteien organisierten "Aktivbürgerschaft" auf die weitgehend in der nicht-öffentlichen Sphäre des Staates agierenden Führungsspitzen der Parteien. Die damals im Rahmen des Instituts für Politische Wissenschaft der Freien Universität begonnene Untersuchung über die Rolle des Parteimitglieds in der deutschen Politik, aus der

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 22



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

18

## Textstelle (Prüfdokument) S. 12

empirische Forschung miteinander zu verbinden, um weder bei letztlich spekulativen Ergebnissen rein theoretischer Betrachtung stehenzubleiben noch unverbindliche und unvermittelte empirische Daten anzuhäufen, deren wissenschaftliche Relevanz ungeklärt bleibt. Wenn die Parteienforschung an dem Ziel festhalten will, "zu möglichst allgemeinen und nach festgelegten Regeln empirisch überprüfbaren Theorien über die Bedingungen der Innen- und Außenbeziehungen der politischen Parteien zu gelangen"<sup>72</sup>, dann muß sie sich einstweilen mit Theorien mittlerer Reichweite<sup>73</sup> zufriedengeben., .Dieses 'mittlere' soll sich dabei sowohl auf die .Größe' des theoretischen Bezugsrahmens wie auf die des Objektbereichs erstrecken. Für die Parteien bedeutet das, daß man beim gegenwärtigen Stand weder versuchen sollte, Gesamtheorien über die Parteien z. B. als soziales System zu entwickeln, noch sich an Detaildaten, deren Relevanz nicht diskutiert ist, aufhalten sollte. Zu entwickeln wären dagegen spezielle, empirisch überprüfbare Theorien über überschaubare und politisch relevante Objektbereiche, die sich auf funktionale . . . wie institutionelle Probleme beziehen könnten"<sup>74</sup>. Eine solche Konzentration und Selbstbescheidung ist in der jüngeren Parteienliteratur in der Tat zunehmend festzustellen<sup>75</sup>. Diese Studie will einen Beitrag zu einer solchen begrenzten Fragestellung leisten. Die Problematik der innerparteilichen Demokratie soll am Beispiel einer lokalen Parteiorganisation dargestellt werden, wobei die konkrete organisatorische Verfassung im Mittelpunkt der Untersuchung partizipationsfördernder und -hemmender Strukturen stehen wird. Unter Berücksichtigung der politischen und sozialen Umweltbedingungen, die für die Tätigkeit politischer

72 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a.a.O., S. 10f

73 Robert K. Merton, Social Theory and Social Structure, 3. erweiterte Auflage, Clencoe 1957, S. 5; Mertons Postulat der "theories of middle range" kann gerade im Bereich der modernen Parteienforschung als weitgehend unumstritten gelten.

74 Hans-Otto Mühleisen, Theoretische Ansätze der Parteienforschung, a.a.O., S. 22

75 so begrenzt etwa Wolf-Dieter Narr seine vergleichende Darstellung von CDU und SPD auf nationaler Ebene auf eine Analyse des Verhältnisses ihrer programmatischen Aussagen zu ihrer politischen Praxis, wobei die zusätzliche Beschränkung auf Außen- und Wirtschaftspolitik

● 17% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

diesem Kapitel exemplarisch untersucht werden soll, ist gekennzeichnet durch das Bemühen um eine Verbindung von theoretischer und empirischer Forschung. Das Ziel ist eindeutig: Man will zu möglichst allgemeinen und nach festgelegten Regeln empirisch überprüfbaren Theorien über die Bedingungen der Innen- und Außenbeziehungen der politischen Parteien geder langen. Da man beim augenblicklichen Forschungsstand über den Grad Erreichbarkeit dieses Zieles kaum mehr aussagen kann, als daß die ideale sozialwissenschaftliche Theorie, wie sie

dieser Position aus sei für ein Vorgehen plädiert, das mit Merton als Bemühen um Theorien mittlerer Reichweite ("theories of the middle range") bezeichnet werden kann.<sup>73</sup> Dieses "mittlere" soll sich dabei sowohl auf die "Größe" des theoretischen Bezugsrahmens wie auf die des Objektbereichs erstrecken. Für die Parteien bedeutet das, daß man beim gegenwärtigen Stand weder versuchen sollte, Gesamtheorien über die Parteien z. B. als soziales System zu entwickeln, noch sich an Detaildaten, deren Relevanz nicht diskutiert ist, aufhalten sollte. Zu entwickeln wären dagegen spezielle, empirisch überprüfbare Theorien über überschaubare und politisch relevante Objektbereiche, die sich auf funktionale (z. B. Adaptionkapazität bestimmter Parteitypen in bestimmten Situationen) wie institutionelle (z. B. Aufstiegschancen für atypische Parteimitglieder) Probleme beziehen könnten. Hilfestellung bei dieser Entwicklung, sowohl durch das Angebot eines allgemeineren

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 10
- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 22

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

19

## Textstelle (Prüfdokument) S. 14

darüber hinaus notwendig, weil die Verbindung der Prinzipien der Organisation mit denen der **Demokratie** die unausweichliche Herausforderung einer jeden hochentwickelten Gesellschaft darstellt.<sup>2</sup> Demokratie in Organisationen Die wissenschaftliche **Beschäftigung mit** Problemen und Chancen innerparteilicher bzw. innerorganisatorischer **Demokratie steht noch immer unter dem Eindruck der inzwischen** über sechs Jahrzehnte **alten Untersuchungen** von Robert Michels zur Soziologie des Parteiwesens und der von ihm dargestellten organisationstypischen Oligarchisierungstendenzen. Seine Fragestellung und **seine Argumentation** haben **in ihrer** fraglos **einseitigen Orientierung auf die Problematik der Führung** und ihrer Verkrustungserscheinungen die allgemeine Perspektive für die Betrachtung und Beurteilung innerverbandlicher Vorgänge nachhaltig bestimmt, wobei freilich einzuräumen ist, daß diese Fixierung auf einen ganz bestimmten theoretischen Ansatz den gesamten Verlauf der Diskussion nicht nur negativ beeinflusst hat. " **Als positiv ist an dieser Fixierung auf Michels zu werten, daß durch sie das zentrale Problem in der normativen Demokratiediskussion der letzten Jahrzehnte, nämlich das Umschlagen der direkten in irgendeine Form von elitären Demokratiekonzeptionen, immer wieder ins Bewußtsein gehoben wird. Die negativen Konsequenzen dieser Fixierung liegen im Festhalten an theoretischen Konzeptionen und Fragestellungen, in deren Rahmen die ganze Problematik nicht mehr befriedigend untersucht werden kann, wenn man den Stand der Diskussion zur innerorganisatorischen Demokratie mit der Entwicklung in anderen Forschungsbereichen, so z. B. der Organisationstheorie, vergleicht**"<sup>1</sup>. Für Robert Michels stellt sich die innerparteiliche bzw. innerverbandliche Demokratie Am wesentlichen als Oligarchieproblem dar:



**4%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Ekkehart Krippendorfs für perspektivistisch verzerrt halten: ihre grundsätzliche Richtigkeit ist nicht zu bestreiten. Die allgemeine Problematik der innerparteilichen **Demokratie Die Beschäftigung mit** Fragen der innerparteilichen **Demokratie steht noch immer unter dem Eindruck der inzwischen 60 Jahre alten Untersuchungen** von Robert Michels<sup>7</sup> und dem von ihm formulierten "ehernen Gesetz der Oligarchie". Seine Argumentation soll im folgenden grob dargestellt werden, da sie

Untersuchungen von Robert Michels<sup>7</sup> und dem von ihm formulierten "ehernen Gesetz der Oligarchie". **Seine Argumentation** soll im folgenden grob dargestellt werden, da sie **in ihrer einseitigen Orientierung auf die Problematik der Führung** in der Demokratie die allgemeine Perspektive für die Beurteilung innerparteilicher Vorgänge nachhaltig bestimmte. Das Prinzip der Organisation muß nach Michels als die condition sine qua

Michels aus dem Jahre 1911 fixiert.<sup>1</sup> Diese im politikwissenschaftlichen Bereich relativ selten anzutreffende langfristige Festlegung der Forschungsperspektive verdeutlicht die latente Stärke wie offenkundige Schwäche der Diskussion. **Als positiv ist an dieser Fixierung auf Michels zu werten, daß durch sie das zentrale Problem in der normativen Demokratiediskussion der letzten Jahrzehnte, nämlich das Umschlagen der direkten in irgendeine Form von elitären Demokratiekonzeptionen, immer wieder ins Bewußtsein gehoben wird. Die negativen Konsequenzen dieser Fixierung liegen im Festhalten an theoretischen Konzepten und Fragestellungen, in deren Rahmen die ganze Problematik nicht mehr befriedigend untersucht werden kann, wenn man den Stand der Diskussion zur innerorganisatorischen Demokratie mit der Entwicklung in anderen Forschungsbereichen, so z. B. der Organisationstheorie, vergleicht.** In dem zweiten Abschnitt der Untersuchung soll nun zunächst in vorwiegend systematischer, wenn auch stark verkürzter Form die Entwicklung der Diskussion zur innerorganisatorischen Demokratie von

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktion..., 1973, S. 52
- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 12

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

20

## Textstelle (Prüfdokument) S. 14

Das Prinzip der Organisation muß als die conditio sine qua non der sozialen Kampfesführung der Massen betrachtet werden. Die Bildung einer Organisation bedeutet aber bereits Tendenz zur Oligarchie. Jede Organisation führt notwendigerweise zu einer Zweiteilung in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität. Aus verwaltungsmäßigen wie taktischen Gründen entsteht im Laufe der Zeit ein berufsmäßiges Führertum; "der Anfang der Bildung eines berufsmäßigen Führertums bedeutet den Anfang vom Ende der Demokratie ...

## Textstelle (Originalquellen)

werden, da sie in ihrer einseitigen Orientierung auf die Problematik der Führung in der Demokratie die allgemeine Perspektive für die Beurteilung innerparteilicher Vorgänge nachhaltig bestimmte. Das Prinzip der Organisation muß nach Michels als die condition sine qua non der sozialen Kampfesführung der Massen betrachtet werden. Organisation aber führe notwendigerweise zu einer Zweiteilung in eine anführende

der Demokratie die allgemeine Perspektive für die Beurteilung innerparteilicher Vorgänge nachhaltig bestimmte. Das Prinzip der Organisation muß nach Michels als die condition sine qua non der sozialen Kampfesführung der Massen betrachtet werden. Organisation aber führe notwendigerweise zu einer Zweiteilung in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität. Aus verwaltungsmäßigen wie taktischen Gründen entstehe im Laufe der Zeit ein berufsmäßiges Führertum, dessen Kontrolle nicht de jure, aber de facto auf die Vorstände der jeweils unteren Organisationsebene zusammenschumpfe. Auf diese Weise entstehe eine abgegrenzte, relativ geschlossene Hierarchie

berufsmäßiges Führertum, das auf Grund von Vollmachten die Angelegenheiten der Masse selbständig besorgt. Die Massen delegieren eine kleine Zahl von Einzelindividuen, die sie ständig vertritt. Der Anfang der Bildung eines berufsmäßigen Führertums bedeutet aber den Anfang vom Ende der Demokratie. Zunächst durch die logische Unmöglichkeit des "Vertreter"-Systems selbst. Rousseau und die französischen Sozialisten der ersten Hälfte des

zu den Massen in der Praxis i. Die Abdankung der Massen in der Einrichtung des Führertums (Historisdj-TbeoretiscJjes) Der Anfang der Bildung eines berufsmäßigen Führertunis bedeutet den Anfang vom Ende der Demokratie. Vorzüglich infolge der logischen Unmöglichkeit des "Vertreter"- Systems selbst, handle es sich nun um den Parlamentarismus oder um die Parteidelegation. Als Stammvater dieser Seite der

Demokratie. Zunächst durch die logische Unmöglichkeit des "Vertreter"-

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52
- 7 Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): ..., 1968, S. 247
- 8 Zur Soziologie des Parteiwesens in ..., 1957, S. 29

● 10% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

21

## Textstelle (Prüfdokument) S. 14

Eine Masse, die ihre Souveränität delegiert, d.h. einzelnen wenigen Männern aus ihr überträgt, dankt als Souverän ab<sup>2</sup>. Die Kontrolle der Führer schrumpft nicht de jure, aber de facto auf die Vorstände der jeweils unteren Organisationsebenen zusammen. Auf diese Weise entsteht eine abgegrenzte, relativ geschlossene Hierarchie mit vielen Instanzen, und "die genaue Einhaltung des Instanzenweges wird zum Paragraph I des Katechismus der Parteipflichten"<sup>3</sup>. Die oligarchischen Tendenzen innerhalb der Organisation werden durch die Übernahme parlamentarischer Mandate durch die politische Führung weiter verstärkt: diese Tätigkeit erhöht ihre Sachkompetenz und Überlegenheit und vergrößert so die ohnehin vorhandene Distanz zwischen Führung und Geführten. Die faktische Unverzichtbarkeit der Führer für ihre Partei oder Organisation nimmt auf diese Weise ständig zu. „In der Unentbehrlichkeit liegt der stärkste Rechtsanspruch der Führer“<sup>4</sup>. Diese Gesetzmäßigkeiten der Organisation sieht Robert Michels ergänzt und verstärkt durch die Gesetzmäßigkeiten der Psychologie: dem natürlichen Machthunger der Führer steht das Führungsbedürfnis der Menge gegenüber. Damit aber reduziert sich das demokratische Prinzip der Partizipation auf das schlechte Recht der Masse, sich von Zeit zu Zeit die Herrscher selbst zu wählen, von denen sie in der Folgezeit uneingeschränkt regiert wird. "Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien - das Wort Politik hier im weitesten Sinne genommen - bedingungslos unterworfen sind, mag, auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: die Organisation ist die Mutter der Herrschaft

● 18% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Systems selbst. Rousseau und die französischen Sozialisten der ersten Hälfte des xix. Jahrhunderts haben eine tiefe Wahrheit ausgesprochen: eine Masse, die ihre Souveränität delegiert, d. h. einzelnen wenigen Männern aus ihr überträgt, dankt als Souverän ab; denn der Wille des Volkes ist nicht übertragbar, nicht einmal der Wille des Einzelnen. Das gilt um so mehr für heute, wo das politische Leben

einer Zweiteilung in eine anführende Minorität und eine geführte Majorität. Aus verwaltungsmäßigen wie taktischen Gründen entstehe im Laufe der Zeit ein berufsmäßiges Führertum, dessen Kontrolle nicht de jure, aber de facto auf die Vorstände der jeweils unteren Organisationsebene zusammenschrumpfe. Auf diese Weise entstehe eine abgegrenzte, relativ geschlossene Hierarchie mit vielen Instanzen, und "die genaue Einhaltung des Instanzenweges wird zum Paragraph I des Katechismus der Parteipflichten"<sup>8</sup>. Die oligarchischen Tendenzen innerhalb der Organisation sieht Michels durch die Übernahme parlamentarischer Mandate durch die politische Führung weiter verstärkt. Diese Tätigkeit erhöhe ihre Sachkompetenz und Überlegenheit und vergrößere so die Distanz zwischen Führung und Geführten; die faktische Unverzichtbarkeit der Führer für ihre Partei nehme ständig zu. Diese Gesetzmäßigkeiten der Organisation würden zudem ergänzt und verstärkt durch die Gesetzmäßigkeiten der Psychologie: dem natürlichen Machthunger der Führer stehe das Führungsbedürfnis der Menge gegenüber. Damit aber schrumpfe das demokratische Prinzip zu dem Recht der Masse zusammen, sich an gegebenen Zeitpunkten ihre Herrscher zu

der Organisation selbst bezeichnen möchte, d. h. aus den Notwendigkeiten taktischer und technischer Natur, die aus dem Erstarken jedes sich auf politischer Bahn bewegenden disziplinierten Aggregats hervorgehen. Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien - das Wort Politik hier im weitesten Sinne genommen - bedingungslos unterworfen sind, mag, auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: die Organisation ist die Mutter

- 7 Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): ..., 1968, S. 247
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

22

## Textstelle (Prüfdokument) S. 15

der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden"<sup>5</sup>. Die zentralen Thesen Michels' sind in den auf das Erscheinen seiner Untersuchung folgenden Jahren und Jahrzehnten heftig diskutiert, kritisiert, modifiziert, gelegentlich übernommen oder schlichtweg zur Kenntnis genommen worden<sup>6</sup>. Dabei wird zunehmend eine grundsätzliche Kritik gegen die logische Struktur seiner Argumentation gerichtet, die von der radikaldemokratischen Norm der Identität von Regierenden und Regierten ausgehe, zugleich aber die Selbstregierung der Massen wegen dauernder fachlicher Inkompetenz ausschließe, so daß eine Organisation und Delegation der politischen Entscheidungskompetenz, damit aber die Aufhebung der demokratischen Identität, unvermeidlich sei. "Vor dem Hintergrund der radikaldemokratischen Norm muß Organisation also partiell gleichbedeutend mit Oligarchie sein. So gesehen stellt Michels' ehernes Gesetz keine Hypothese dar, sondern definitionsbedingt eine Tautologie. Möchte Michels diesen Schluß vermeiden, müßte er seine radikaldemokratische Norm reduzieren, begrifflich eine eindeutige Unterscheidung zwischen Organisation und Oligarchie treffen und klare Kriterien dafür angeben, wie man eine oligarchische von einer nichtoligarchischen, also demokratischen Organisation unterscheiden könne"<sup>7</sup>. Diese theoretischen Mängel der Argumentationsstruktur ließen eine systematische Auseinandersetzung mit Michels' zentralen Thesen kaum zu, da eine empirische Falsifikation seines Oligarchie-Gesetzes aus logischen Gründen gar nicht möglich sei<sup>8</sup>. Die Diskussion des Problems innerorganisatorischer Demokratie

2 Robert Michels, Soziologie des Parteiwesens, a. a. O., S. 130

1 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 12

3 ebda, S. 76

4 ebda, S. 82

5 ebda, S. 370f

6 vgl. Georg Lukacs, R. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Rezension; in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 1928; Lukacs kritisiert vor allem die unhistorische Darstellung der nichtorganisierten Masse, deren "Inkompetenz" nicht unabhängig vom Entwicklungsstand und den jeweiligen Machtverhältnissen einer Gesellschaft gesehen werden könne; an jüngeren Beiträgen zur Michels-Kritik siehe vor allem: John D. May, Democracy, Organizations, Michels, in: American Political Science Review, Nr. 59, 1965, S. 417-29; C. W. Cassinelli, The Law of

## Textstelle (Originalquellen)

der Herrschaft Schlußbetrachtung der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden. Die Bildung von Oligarchien im Schöße der mannigfaltigen Formen

die technische Unentbehrlichkeit der Führer. Das soziologische Grundgesetz, dem die politischen Parteien bedingungslos unterworfen sind, formuliert er so: Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden. Dieses Geschehen innerhalb der Parteien gilt auch für die siegreiche Demokratie, die ihren eigenen Sieg zu verlieren droht, weil sie aus sich selbst oligarchische Organisations-

mag es, auf seine kürzeste Formel gebracht, etwa so lauten: die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler"<sup>9</sup>. Diese Thesen Robert Michels' sind in den auf das Erscheinen seines Buches folgenden Jahren und Jahrzehnten Gegenstand heftigster Auseinandersetzung gewesen. Leider wurden kaum empirische Untersuchungen angestellt<sup>10</sup>, die seine Grundannahmen verbindlich hätten überprüfen können. Die Diskussion

der Führer."<sup>86</sup> Die Kritik an Michels muß vor allem bei dessen normativem Ausgangspunkt und der logischen Struktur seines Denkgebäudes beginnen. Michels bekennt sich einerseits zur radikaldemokratischen Norm der Identität von Regierenden und Regierten,<sup>37</sup> hält es aber andererseits für unmöglich, daß eine amorphe Masse sich selbst regieren könne.<sup>38</sup> Sie muß sich strukturieren, sprich: organisieren. Delegation aber bedingt Unter- und Überordnung.<sup>89</sup> Vor dem Hintergrund der radikaldemokratischen Norm muß Organisation also partiell gleichbedeutend mit Oligarchie sein. So gesehen stellt Michels' ehernes Gesetz keine Hypothese dar, sondern definitionsbedingt eine Tautologie. Möchte Michels diesen Schluß vermeiden, müßte er seine radikaldemokratische Norm reduzieren, begrifflich eine eindeutige Unterscheidung zwischen Organisation und Oligarchie treffen und klare Kriterien dafür angeben, wie man eine oligarchische von einer nichtoligarchischen, also demokratischen Organisation unterscheiden könne.<sup>40</sup> Auf der Basis einer Kritik der logischen Struktur von Michels' ehernem Gesetz

- 8 Zur Soziologie des Parteiwesens in ..., 1957, S. 369
- 9 Michels, Robert: Zur Soziologie des..., 1938, S. 383
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52
- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 117

## Textstelle (Prüfdokument) S. 16

## Textstelle (Originalquellen)

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

24

Oligarchy, in: American Political Science Review, Nr. 47, 1953, S. 773-84; Gordon Hands, Roberto Michels and the Study of Political Parties, in: British Journal of Political Science, Nr. 1, 1971 .....

7 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, in: ders. (Hrsg), Partei und System, a. a. O., S. 117

8 ebda

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 16

politische Parteien entwickelt wurden, gerade wegen ihres hohen Abstraktionsgrades aber auch für die Analyse konkreter Sozialphänomene wie politische Parteien geeignet erscheinen. Besonders häufig wird in diesem Zusammenhang die Organisationstheorie bzw. Organisationssoziologie herangezogen. Diese bietet sich insofern an, als die Definition ihres Gegenstandes auch politische Parteien einschließt: "An Organization is a social System that has an unequivocal identity, an exact roster of members, a program of activity, and procedures for replacing members"<sup>11</sup>. Die Verwendung organisationstheoretischer Fragestellungen und Erkenntnisse für die Parteienforschung ist inzwischen in einer Reihe von Arbeiten versucht und meist positiv beurteilt worden<sup>12</sup>. Dabei hat sich nicht nur die Möglichkeit der Übertragung organisationssoziologischer Phänomene auf die

<sup>11</sup> Theodore Caplow, Principles of Organization, New York 1964, S. 1; vgl. auch die Definition von Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, 3. Auflage 1968, S. 36: "Gemeinsam ist allen Organisationen erstens, daß es sich um soziale Gebilde handelt, um gegliederte Ganze mit einem angebbaren Mitgliederkreis und interner Rollendifferenzierung. Gemeinsam ist ihnen

<sup>12</sup> Lee F. Anderson, Organizational Theory and the Study of State and Local Parties, in: William J.

## Textstelle (Originalquellen)

Par-<sup>24</sup> 51<sup>1</sup> 1<sup>1</sup> Wettbewerbs-Parteien-Systeme<sup>1</sup> Chambers/<sup>1</sup> Burnham<sup>1</sup> Kaack<sup>1</sup> Valen/ Katz<sup>1</sup> Allardt/ Littunen Neumann Stammer<sup>8</sup> 8 Z.B. die von Theodore Caplow, (in: Principles of Organization, New<sup>8</sup> York et al. 1964, 1): "An Organization is a social system that has an<sup>8</sup> unequivocal collective identity, an exact roster of members, a program<sup>8</sup> of activity, and procedures for replacing members.\*<sup>8</sup> 9 Vgl. Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, Hamburg 2/ 1967, <sup>8</sup> 147. <sup>8</sup> 10 Karl W. Deutsch, "Mechanism, Organism, and Society: Some Models<sup>8</sup> in Natural and Social Sciences", in: Philosophy of Science, 18 (1951), <sup>8</sup> 234. <sup>8</sup> 81<sup>24</sup> 24

• 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 255

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

25

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 17

und Ist-Werten markiert die Effektivität der Organisation. Für die Analyse politischer Parteien hat sich vor allem **das Systemmodell** als zweckmäßig erwiesen, das die Zieldefinition nicht als autonomen organisationsinternen Vorgang, sondern in ihrem Systembezug begreift. "Organisation wird hier als eine multifunktionale Einheit angesehen, die einen Teil ihrer Mittel auch für nongoal functions verwenden muß. Dadurch kann auch das in jedem Zielmodell vorgegebene Paradox der Ineffizienz aufgelöst werden: gemäß dem Zielmodell müßte jede Organisation um so wirksamer sein, je mehr Mittel sie zur Zielverwirklichung einsetzt. Im Systemmodell kann hingegen gezeigt werden, daß eine Organisation viel effizienter ist, wenn sie gerade nicht alle ihre Mittel für das erklärte Organisationsziel einsetzt"<sup>14</sup>. Eine solche differenzierte Analyse erweist sich gerade für so komplexe Organisationen wie politische Parteien als besonders angemessen. Dennoch gilt der Hinweis auf die Einseitigkeit beider Modelle auch für die an ihnen orientierte Parteienforschung: "Wird das rationale Modell wirklichkeitsfremd, weil es die Rationalität der Organisation überbetont und alles, was nicht den Anforderungen optimaler Zweckmäßigkeit genügt, als einen Mangel abstempelt, dann fällt das zweite Modell ins andere Extrem und vernachlässigt, daß Organisationen tatsächlich zfe/gerichtete soziale Systeme sind"<sup>15</sup>. 2. Politische Parteien sind in ihrer Zieldefinition nur schwer in allgemeine Organisationstypologien einzuordnen<sup>16</sup>. Ihre Multifunktionalität schließt nicht nur verschiedene Aufgaben und Ziele, sondern vor allem unterschiedliche Funktionstypen ein, die darüber hinaus in ihrer Intensität und Dauer

14 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a. a. O., S. 46

15 Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, a. a. O., S. 49

16 vgl. Niklas Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964; Renate Mayntz, Soziologie der Organisation a. a. O., S. 58-80; Blau/Scott, Formal Organizations, A Comparative Approach, San Francisco 1962, S. 42

## Textstelle (Originalquellen)

eine Vielzahl von Funktionen speziell in ihrer Beziehung zur Umwelt auszuüben, wird nicht berücksichtigt. Diesen Einwänden versucht **das Systemmodell** im Sinne eines Optimierungsmodells zu entgehen. **Organisation wird hier als eine multifunktionale Einheit angesehen, die einen Teil ihrer Mittel auch für nongoal junctions verwenden muß.** Dadurch kann auch das in jedem Zielmodell vorgegebene Paradox der Ineffizienz aufgelöst werden: gemäß dem Zielmodell müßte jede Organisation um so wirksamer sein, je mehr Mittel sie zur Zielverwirklichung einsetzt. Im Systemmodell kann hingegen gezeigt werden, daß eine Organisation viel effizienter ist, wenn sie gerade nicht alle ihre Mittel für das erklärte Organisationsziel einsetzt. Die zentrale Frage in einem solchen Modell ist nämlich nicht, in welchem Maße die Organisation ihre Zielfunktion verfolgt, sondern wieweit die Verteilung der Organisationsmittel im

• 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 46



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Prüfdokument) S. 17

differenzierte, den verschiedenartigen Aufgaben jeweils angemessene Strukturen; Effizienz Verluste durch gegenseitige Behinderung erscheinen unter diesen Bedingungen fast zwangsläufig. Schließlich lassen sich die Funktionen der Parteien weder als einmalig zu erreichende noch eindeutig als Dauerziele bestimmen. "Für die politischen Parteien ergibt sich in dieser Typologie eine besondere Stellung durch ihre Konkurrenzsituation. Das Primärziel der politischen Parteien in der westlichen Demokratie besteht darin, durch gute Wahlergebnisse einen möglichst großen Anteil an staatlicher Macht zur Beeinflussung der Entscheidungen des politischen Systems zu erringen. Die Möglichkeit zur Zielerreichung ist nun einerseits durch den Wahlakt auf einen Zeitpunkt begrenzt, wird aber andererseits durch die Iteration von Wahlen auch wieder in Frage gestellt"<sup>18</sup>. 3. Die durch Wahlen aktualisierte Konkurrenzsituation setzt auch für die Führungs- und Autoritätsstrukturen politischer Parteien besondere Bedingungen. Auch hier bietet die Organisationstheorie wichtige Ansatzpunkte und Hypothesen für die parteiensoziologische Analyse. So konnte durch eine Reihe von Untersuchungen

<sup>18</sup> Hans-Otto Mühleisen, Organisationstheorie und Parteienforschung, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.), Partei und System, a. a. O., S. 65 f

## Textstelle (Originalquellen)

Organisationstheorie unterscheidet zwischen Organisationen mit einem einmal zu erreichenden Ziel und darauf ausgerichteten Strukturen, die sich nach der Zielerreichung auflösen, und Organisationen mit einem "Dauerziel"<sup>55</sup>. Für die politischen Parteien ergibt sich in dieser Typologie eine besondere Stellung durch ihre Konkurrenzsituation. Das Primärziel der politischen Parteien in der westlichen Demokratie besteht darin, durch gute Wahlergebnisse einen möglichst großen Anteil an staatlicher Macht zur Beeinflussung der Entscheidungen des politischen Systems zu erringen. Die Möglichkeit zur Zielerreichung ist nun einerseits durch den Wahlakt auf einen Zeitpunkt begrenzt, wird aber andererseits durch die Iteration von Wahlen auch wieder in Frage gestellt. Hier wird demnach weder das einfache Modell des Dauerzieles noch das des einmalig zu erreichenden Zieles anzuwenden sein. Zur Verdeutlichung dieses Aspektes seien drei besondere

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 65

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

27

## Textstelle (Prüfdokument) S. 20

Steigerung der Organisationsgröße über das notwendige Mindestmaß hinaus keineswegs immer ein Beitrag zur Steigerung ihrer Funktionsfähigkeit im Sinne der Realisierung spezifischer Zwecke und Ziele zu sein braucht. Man wird also in der Tat zustimmen müssen, "daß ein Großteil der Partizipationsprobleme, der in der Parteienliteratur unter dem Gesichtspunkt der Partizipation verhindernden Machtstrukturen etc. diskutiert wird, adäquater unter diesem besonderen Aspekt der formalen Organisation behandelt würde"<sup>28</sup>. 5. Der entscheidende Faktor, der einer Anwendung organisationstheoretischer Kriterien auf politische Parteien wesentliche Grenzen setzt, ist das für westliche Parteiensysteme typische Postulat innerparteilicher Demokratie. "Nach der Organisationstheorie soll jede Organisation ihre Ziele mit den dafür geeignetsten Mitteln verfolgen, d. h. daß der Zweck die Struktur und Art der Aktivitäten bestimmt. Für die Partei besteht jedoch durch die oben angeführte Doppelrolle die Situation, daß sie einerseits in Konkurrenz mit anderen Parteien möglichst effektiv sein soll und andererseits durch die Forderung nach innerparteilicher Demokratie die Organisationsstruktur nicht allein nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten planen kann"<sup>29</sup>. Eine Organisationsanalyse politischer Parteien wird demnach nicht übersehen dürfen, daß diese bei der Verfolgung ihrer Ziele die möglicherweise zweckrationalsten Mittel gerade nicht anwenden können, während die demokratischen Prinzipien, nach denen sie verfahren sollen, ihre Funktionsfähigkeit

28 Hans-Otto Mühleisen, Organisationstheorie und Parteienforschung, a.a.O., S. 76

29 ebda, S. 66f



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

der Partizipation beitragen könnte, sondern daß die Schwierigkeiten vielmehr in den eben angeführten Problemen der Teilnahme und Leistungsmotivation zu suchen sind. Man wird annehmen dürfen, daß ein Großteil der Partizipationsprobleme, der in der Parteienliteratur unter dem Gesichtspunkt der Partizipation verhindernden Machtstrukturen etc. diskutiert wird, adäquater unter diesem besonderen Aspekt der formalen Organisation behandelt würde.

c) Führer und Führung der politischen Parteien Das dritte Thema aus dem Bereich der politischen Parteien, auf den die Anwendung der Organisationstheorie möglich und nützlich erscheint,

durch das spezifische Problem der Forderung nach einer demokratischen Binnenstruktur der politischen Parteien, einer Forderung, die zum Grundverständnis der Parteiensysteme in der westlichen Demokratie gehört. Nach der Organisationstheorie soll jede Organisation ihre Ziele mit den dafür geeignetsten Mitteln verfolgen, d. h., daß der Zweck die Struktur und Art der Aktivitäten bestimmt. Für die Partei besteht jedoch durch die oben angeführte Doppelrolle die Situation, daß sie einerseits in Konkurrenz mit anderen Parteien möglichst effektiv sein soll und andererseits eben durch die Forderung nach innerparteilicher Demokratie die Organisationsstruktur nicht allein nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten planen kann. In der "normalen" Organisation bestimmt die Art der zu lösenden Aufgaben die Lösungsplanung, d. h. es gibt Aufgaben, die eine mehr zentralistisch gegliederte, und soche,

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 76
- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 66

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

28

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 22

nimmt das Ergebnis vorweg: jede Organisation, die die **Identität von** Führern und Geführten durch Delegation politischer Entscheidungskompetenz und Verantwortung aufhebt, verliert damit zugleich ihre demokratische Unschuld. Andere Autoren lehnen daher das Identitätspostulat als Leerformel ab<sup>32</sup>. "Jede **Form der politischen Wirklichkeit läuft, daran gemessen, Gefahr, als undemokratisch zu gelten. Der Sinn des Postulats muß auch dann bezweifelt werden, wenn sich seine Anhänger der Utopie des Zieles einer herrschaftsfreien Gesellschaft bewußt sind. Als ideal typisches Konzept mit Regulativfunktion ist das Identitätspostulat zu einfach, um theoretisch sinnvoll zu sein**"<sup>33</sup>. Ihm wird das parlamentarische Prinzip der Repräsentation gegenübergestellt, das realistischer und daher für die Analyse geeigneter sei, denn jede Organisation, auch **die moderne Demokratie, bedürfe der Führung als eines Instrumentes ihrer Verwirklichung**<sup>34</sup>: "Nicht die Identität von Führern und Geführten ist entscheidend für den Grad an Demokratisierung, sondern die gleiche Chance des Aufstiegs in die politische Führung für jeden Parteibürger"<sup>35</sup>. **Die Konzentration der Parteien auf diese Funktion interner Führungsauslese erscheint letztlich - von dieser "realistischen" Perspektive ausgehend - als Konsequenz, einer zunehmenden Rollendifferenzierung in der industriellen Gesellschaft, ... (die) geistige und materielle Bedürfnisse von spezialisierten Herstellern bedient**"<sup>36</sup>.



**8%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

die Lässigkeit, mit der empirische Aussagen gefällt werden. 2. Das radikaldemokratische Identitätspostulat und das Repräsentationsprinzip Das Postulat der **Identität von** Regierenden und Regierten ist eine Leerformel.<sup>43</sup> **Jede Form der politischen Wirklichkeit läuft, daran gemessen, Gefahr, als undemokratisch zu gelten. Der Sinn des Postulats muß auch dann bezweifelt werden, wenn sich seine Anhänger der Utopie des Zieles einer herrschaftsfreien Gesellschaft bewußt sind. Als idealtypisches Konzept mit Regulativfunktion ist das Identitätspostulat zu einfach, um theoretisch sinnvoll zu sein.** Jede Demokratietheorie, die von der notwendigen Unterscheidung von Herrschenden und Beherrschten ausgeht, muß letztlich reduktionistisch gegenüber dem Identitätsprinzip sein. Ein Ausweg findet sich freilich in

zu haben, d. h. die Identität von Führern und Geführten. Demgegenüber müsse neben dem demokratischen Prinzip der Identität auch das parlamentarische Prinzip der Repräsentation zur Geltung kommen. **Die moderne Demokratie bedürfe der Führung als eines Instrumentes ihrer Verwirklichung.** Für den Grad an Demokratie sei daher nicht die (ohnehin ideologische) Identität von Führern und Geführten entscheidend, sondern die gleiche Chance des Aufstiegs in die politischer Parteien besonderes Interesse verdienen<sup>308</sup>). Die Führungsschicht muß es dazu befähigten und darauf hinwirkenden Geführten möglich bleiben lassen, in den Kreis der Führung aufzurücken, denn **nicht die Identität von Führern und Geführten ist entscheidend für den Grad an Demokratisierung, sondern die gleiche Chance des Aufstiegs in die politische Führung für jeden Parteibürger**<sup>309</sup>). Wir haben festgestellt, daß eine Fluktuation in den engeren Führungszirkeln der Parteien kaum und in den weiteren Führungsgruppen nur in geringem Maße zu beobachten ist.

ohnehin ideologische) Identität von Führern und Geführten entscheidend, sondern die gleiche Chance des Aufstiegs in die politische Führung für jedes Parteimitglied. Für Otto Kirchheimer ist **die Konzentration der Parteien auf die Funktion der Führungsauslese geradezu die Konsequenz "einer zunehmenden Rollendifferenzierung in der industriellen Gesellschaft, ... (die) geistige und**

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 118
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53
- 10 Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche De..., 1963, S. 121
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

29

## Textstelle (Prüfdokument) S. 22

Wolfgang Jäger hat aufzeigen können, daß das radikaldemokratische Partizipationspostulat sich zwar im normativen Selbstverständnis von dem als elitär qualifizierten Repräsentativprinzip unterscheidet, **in der** Substanz aber nur graduell von diesem abweicht<sup>37</sup>. So hält z. B. Gerhard Leibholz den

32 Dieses Postulat wird in seiner ideengeschichtlichen Verwurzelung grundsätzlich erörtert von Ernst Fraenkel, Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 49/69, S. 3-27

33 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a.a.O., S. 118

34 siehe dazu Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 9; Werner Conze, Nachwort zur Neuauflage von Michels' Soziologie des Parteiwesens, a. a. O., S. 393; Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, aus der Reihe 'Recht und Staat', Tübingen 1957

35 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 121

36 Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. 1965, S. 39

37 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, besonders der Abschnitt "Das radikaldemokratische Identitätspostulat und das Repräsentationsprinzip", a.a.O., S. 118ff

## Textstelle (Originalquellen)

**materielle Bedürfnisse von spezialisierten Herstellern bedient**<sup>14</sup>. Die größte Hemmung der innerparteilichen Demokratie sieht Ulrich Lohmar **in der** Inkongruenz von innerparteilichen Vorstellungen und vermuteten Wählerreaktionen. Insofern behindere die "Außensteuerung der Parteien" durch

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

30



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 23

Jäger hat aufzeigen können, daß das radikaldemokratische Partizipationspostulat sich zwar im normativen Selbstverständnis von dem als elitär qualifizierten Repräsentativprinzip unterscheidet, in der Substanz aber nur graduell von diesem abweicht<sup>37</sup>. So hält z. B. Gerhard Leibholz den Repräsentativgedanken mit der "inneren Logik"<sup>38</sup> des modernen demokratischen Parteienstaates für nicht vereinbar, der "seinem Wesen wie seiner Form nach eine rationalisierte Erscheinungsform der plebiszitären Demokratie"<sup>39</sup> sei. Zugleich aber weist er darauf hin, daß auch die parteienstaatliche Demokratie unter dem ehernen Gesetz stehe, von einer politische Elite geführt werden zu müssen, sofern diese nur aus dem Volk selbst hervorgehe und durch dieses legitimiert werde<sup>40</sup>. Eine solche Beschreibung plebiszitärer Entscheidungsprozesse aber enthält nahezu alle Kennzeichen desjenigen repräsentativen Demokratiebegriffs, dem sie doch eine Alternative entgegensetzen wollte. "Die Konturen gegenüber der Repräsentation lösen sich auf; denn als Legitimationsprinzip braucht sich das plebiszitäre nicht vom repräsentativen Prinzip zu unterscheiden"<sup>41</sup>. Die Analyse der Machtstrukturen in politischen Parteien gerät angesichts dieser Kontroverse zwischen unterschiedlichen Demokratiebegriffen leicht in das Dilemma, entweder von einem theoretischen Ansatz auszugehen, der bewußt von den Sachzwängen und Gegebenheiten der Wirklichkeit absieht, mit

37 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, besonders der Abschnitt "Das radikaldemokratische Identitätspostulat und das Repräsentationsprinzip", a.a.O., S. 118ff

38 Gerhard Leibholz, Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, 3. Auflage, Berlin 1966, S. 235

39 ebda, S. 226 f

40 ebda, S. 247f

41 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a.a.O., S. 119

## Textstelle (Originalquellen)

daß sie von einer politischen Elite geführt werden muß, sofern diese nur aus dem Volk selbst hervorgeht und durch dieses legitimiert wird." Das Repräsentationsprinzip, das mit der "inneren Logik"<sup>60</sup> des modernen demokratischen Parteienstaates nicht vereinbar ist, tritt also durch die Hintertür wieder in eben diesen Parteienstaat ein. Und dabei ist es jetzt weit unreflektierter und verschwommener als es

der demokratischen Verfassung zur Folge gehabt. Leibholz hat ausgeführt, die parteienstaatliche Demokratie sei strukturell von der liberal-repräsentativen parlamentarischen Demokratie unterschieden, indem der moderne Parteienstaat eine rationalisierte Erscheinungsform der 2 plebiszitären Demokratie sei. Dem hat Herzog entgegengehalten, die Wahlentscheidungen des Volkes orientierten sich we der am einzelnen Kandidaten, noch an Sachprogrammen, sondern an dem jeweiligen Führungsteam

einem Ritzen der Oberfläche " dieses Problems gelangt sei, stellt aber mit gutem Grunde fest, daß es schon dadurch zu "einem Forschungsgegenstand ersten Ranges" erhoben worden sei. Zugleich aber weist er darauf hin, daß "die Unentbehrlichkeit monographischer Behandlung" dieses ganzen Fragenkreises deutlicher denn je werde, nachdem etwa die Fülle von Material, die allein die lange Bändereihe der Carnegiestiftung über

und verschwommener als es je im Rahmen der als obsolet gekennzeichneten " parlamentarisch-repräsentativen Demokratie" verstanden wurde. Gleichzeitig enthüllt sich der Begriff des Plebiszitären als Leerformel. Die Konturen gegenüber der Repräsentation lösen sich auf; denn als Legitimationsprinzip braucht sich das plebiszitäre nicht vom repräsentativen Prinzip zu unterscheiden. Auch Naschold ist es unmöglich zu zeigen, worin abgesehen vom normativen (radikaldemokratischen) Ausgangspunkt sein Demokratiemodell sich grundsätzlich von den als reduktionistisch kritisierten Modellen unterscheidet. Seine

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 119
- 11 Hahn, Dittmar: Innerparteiliche Dem..., 1973, S. 22
- 12 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1963, S. 232
- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 119

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

31

● 7% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Prüfdokument) S. 23

innerparteilicher Demokratisierung durch eine zunehmende "Außensteuerung" der Parteien konterkariert und schließlich aufgehoben werden könnten. Wolfgang Abendroth sieht eine solche Gefahr vor allem durch den wachsenden Einfluß **demokratisch nicht legitimierter ökonomischer** Interessenten auf die Parteien, der **durch die organisatorische und finanzielle Schwäche der Parteien** zusätzlich begünstigt werde<sup>42</sup>. Neben der latenten Verfilzung von inner- und außerparteilichen Interessengruppen<sup>43</sup> geht eine weitere, tendenziell entdemokratisierende Wirkung auch von der **"Inkongruenz von innerparteilichen Vorstellungen und vermuteten Wähleraktionen"**<sup>44</sup> aus: **"Dem Hauptinteresse einer Volkspartei, die Wahlen zu gewinnen, um dadurch in den Besitz der politischen Entscheidungsbefugnisse zu gelangen, kann die innerparteiliche Diskussion nur insoweit dienen, als sie die Partei nicht hindert, sich auf den vermuteten und in der Regel demoskopisch ermittelten Wählerwillen einzustellen"**<sup>45</sup>. In diesem Zusammenhang sieht Ulrich Lohmar die entscheidende Gefährdung **innerparteilicher Demokratie**, die Führer und Geführte in den Parteien in nahezu gleicher Weise treffe. **Die Außensteuerung** durch Meinungsforschung und moderne Kommunikationsmittel habe **eine Entdemokratisierung der politischen Parteien von außen eingeleitet**: **"Das Zurücktreten der innerparteilichen Demokratie werden die Parteiführungen nicht zugeben, aber die Parteibürger gewöhnen sich trotzdem allmählich daran, daß der Wähler ihnen gegenüber bei den Entscheidungen der Parteiführung den Vorrang hat. Das zu tun fällt den Parteibürgern um so leichter, als sie den Wunsch ihrer Führung teilen, eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen"**<sup>46</sup>. Für die Beurteilung der Umwelteinflüsse auf die Binnenstrukturen politischer Parteien ist die bereits erwähnte Studie von Samuel Eldersveld von besonderer Relevanz, da diese die Parteien bewußt in ihrem System-Umwelt-Bezug untersucht. Die von ihm

42 Wolfgang Abendroth, Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung

43 eine entgegengesetzte Position vertritt Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, a.a.O., S. 35, indem er eine zunehmende gegenseitige Unabhängigkeit von Parteien und Interessenverbänden konstatiert, da beide bei einseitiger Fesdeung auf jeweils nur einen bestimmten Partner unter ihren eigenen Mitgliedern das Entstehen von Interessenkollisionen und davon ausgehende Gefährdungen für den Bestand der eigenen Organisation befürchten müßten. Zur Funktion und Problematik von Interessenverbänden im politischen System siehe u. a. Klaus von Beyme, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969; Wolfgang Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, Stuttgart 1969; Heinz-Josef Varain, Parteien und Verbände, Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirk .....

● 8% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

aber den sicher nicht geringen Einfluß der Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter. Aus seiner "Diagnose" leitet er einen übergebührlichen Einfluß **demokratisch nicht legitimierter ökonomischer** Machtpositionen ab, die **durch die organisatorische und finanzielle Schwäche der Parteien** weiter verfestigt werde<sup>79</sup>. Hinter diesen Thesen steht ein gestörtes Verhältnis zum gesellschaftlichen Pluralismus, indem der Einfluß gewisser Gruppen als so berechtigt und selbstverständlich betrachtet wird,

Rollendifferenzierung in der industriellen Gesellschaft, ... (die) geistige und materielle Bedürfnisse von spezialisierten Herstellern bedient"<sup>14</sup>. Die größte Hemmung der innerparteilichen Demokratie sieht Ulrich Lohmar in der **Inkongruenz von innerparteilichen Vorstellungen und vermuteten Wählerreaktionen**. Insofern behindere **die "Außensteuerung** der Parteien" durch Interessengruppen einerseits und Abhängigkeit von Meinungsforschungsergebnissen und Massenmedien andererseits die Entfaltung **innerparteilicher Demokratie** mehr und mehr als

sich niemand aufzwingt; aber in dem Maße, wie sie "zwanglos" wird, bleibt sie auch wirkungs- und folgenlos. Die Meinungsforschung hat mit ihren Ergebnissen und Ratschlägen **eine Entdemokratisierung der politischen Parteien von außen eingeleitet, die sich nicht nur auf die Wähler, die Mitglieder und Funktionäre, sondern auch auf die Parteiführung** bezieht. Die Führungsgruppen haben sich in eine freiwillige Abhängigkeit begeben zu den Ergebnissen der Umfragen, und das unfreiwillige Angewiesensein auf die modernen Kommunikationsmittel

es wesentlich, warum sich die Wähler so oder anders orientieren. Das Zurücktreten der innerparteilichen Demokratie werden die Parteiführungen nicht zugeben, aber die Parteibürger gewöhnen sich **trotzdem allmählich daran, daß der Wähler ihnen gegenüber bei den Entscheidungen der Parteiführung den Vorrang hat. Das zu tun, fällt den Parteibürgern um so leichter, als sie den Wunsch ihrer Führung teilen, eine Mehrheit der Wähler zu gewinnen**. So lähmt die Inkongruenz von innerparteilichen Vorstellungen und vermuteten Wählerreaktionen auch den Willen zu einer innerparteilichen Demokratie; aus

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 82
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53
- 10 Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche De..., 1963, S. 108
- 10 Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche De..., 1963, S. 89



## Textstelle (Prüfdokument) S. 25

## Textstelle (Originalquellen)

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

33

44 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 89

45 Kurt Sontheimer, Der demokratische Prozeß in den Parteien, in: Schriftenreihe der Friedrich-Naumann-Stiftung zur Zeitgeschichte, Band 12, Parteien, Wahlrecht, Demokratie, S. 86

46 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a. a. O., S. 89 und 108; allgemeine Darstellungen der Demoskopie bieten u. a. Elisabeth Noelle-Neumann, Umfragen in der Massengesellschaft, 4. Auflage, Reinbek bei Hamburg 1968; Kurt Gayer, Das große Verhör, Fug und Unfug der Demoskopie, Gütersloh 1969; Gerhard Schmidtchen, Die befragte Nation, Frankfurt 1965; Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, a.a.O.

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 25

auf der Basis der vorhandenen Strukturen die notwendige Dominanz der jeweiligen Parteiliten zu behaupten. Auf diesen für die an allgemeingültigen Erkenntnissen interessierte Parteienforschung wesentlichen Aspekt hat schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt Alexander Schiffrin hingewiesen. In seiner "sozialistischen Michels-Kritik" so vertritt er die These, das Hauptproblem der Parteien sei nicht das der Führung, sondern das ihrer Struktur. Die Grenzen und Krisen innerparteilicher Demokratie hingen weniger vom Verhalten der Führungsgruppen als vielmehr vom konkreten organisatorischen Aufbau der Partei sowie der bestehenden politischen Umstände ab. Die mangelnde Berücksichtigung dieser Faktoren durch Robert

## Textstelle (Originalquellen)

Parteibürokratie als Oligarchie gewertet werden, sie verstärke eher die Position der Führung, von der sie abhängig sei. Einen anderen Ansatz der Kritik wählt Alexander Schiffrin. In seiner "sozialistischen Michels-Kritik" <sup>16</sup> vertritt er die These, das Hauptproblem der Parteien sei nicht das der Führung, sondern das der Struktur. Ähnlich argumentiert in einer jüngeren Untersuchung Manfred Hättich: "Innerparteiliche Demokratie ist nicht nur ein Problem des guten Willens der Führungsgruppen und der Mitglieder.

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53

● 5% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

34

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 26

Die mangelnde Berücksichtigung dieser Faktoren durch Robert Michels lasse die Ergebnisse seiner Untersuchung zweifelhaft erscheinen und verbiete ihre beanspruchte Verallgemeinerung. In einer jüngeren Untersuchung weist auch Manfred Hättich auf die Bedeutung der strukturellen Bedingungen hin: "Innerparteiliche Demokratie ist nicht nur ein Problem des guten Willens der Führungsgruppen und der Mitglieder. Es ist auch ein von den Funktionen der modernen Massenpartei bedingtes Strukturproblem"<sup>51</sup>. Es sei zu fragen, ob die Willensbildungsprozesse innerhalb der Parteien sich nicht sehr stark dem Konzept des demokratischen Zentralismus annäherten, der dadurch gekennzeichnet sei, daß zwar die Wahl der Funktionäre von unten nach oben erfolge,

51 Manfred Hättich, Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Zieburg (Hrsg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969, S. 403

## Textstelle (Originalquellen)

vertritt er die These, das Hauptproblem der Parteien sei nicht das der Führung, sondern das der Struktur. Ähnlich argumentiert in einer jüngeren Untersuchung Manfred Hättich: "Innerparteiliche Demokratie ist nicht nur ein Problem des guten Willens der Führungsgruppen und der Mitglieder. Es ist auch ein von den Funktionen der modernen Massenpartei bedingtes Strukturproblem" 17. Die Schwäche dieses - wie mir scheint - richtigen Ansatzes liegt in der (vor allem bei Schiffrin) unkritisch affirmativen Haltung, die gegenüber den vorgefundenen Parteistrukturen eingenommen wird.

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

35



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 26

oben gefällt und lediglich als Direktiven an die unteren Instanzen vermittelt würden, ohne die Möglichkeit konkurrierender Willensbildung und effektiver Führungskontrolle einzuräumen<sup>52</sup>. In diesem Sinne definiert auch Otto Stammer einen **Verband in dem Maße** als demokratisch, "in dem er seine Mitglieder zur Teilnahme an der Willensbildung der Organisation beruft und befähigt, durch ausreichende Information von oben für eine flüssige Meinungsbildung in der Verbandshierarchie von unten nach oben sorgt und die Führung, d. h. die Führungsstäbe und die breite Gruppe der 'Funktionäre', der Kontrolle der Mitgliedschaft mit dem Recht der Abberufung unterstellt"<sup>53</sup>. Leider wird die von Stammer zur Überprüfung dieses Postulates geforderte Analyse der Organisationswirklichkeit auch von den genannten Autoren kaum geleistet. Die Schwäche ihres strukturell orientierten Ansatzes liegt daher nicht in seiner Forschungsperspektive, sondern in der unkritisch affirmativen Haltung, die gegenüber den vorgefundenen Parteistrukturen eingenommen wird. So glaubt Alexander Schiffrin, durch bloße Verschiebung der Problematik von der Führung auf die Struktur der Parteien den Frontalangriff Michels' auf die aktuelle Verfaßtheit der Parteien, insbesondere der SPD, erfolgreich abgewehrt und das von ihm als allgemeines soziologisches Prinzip der Organisation formulierte "eherne Gesetz der Oligarchie" als unzulässige Verallgemeinerung einer besonderen historischen Situation widerlegt zu haben. Die entscheidende Frage, ob die Organisation der Parteien in ihren jeweiligen konkreten Strukturen überhaupt oder nur in veränderter oder modifizierter Form zur Realisierung demokratischer Part.zipa- 50 Alexander Schiffrin, Parteiapparat und Parteidemokratie, in: Die Gesellschaft, Internationale Revue für Sozialismus und Politik, hrsg. von Rudolf Hilferding, Berlin, 7. Jg. 1930 tionsprozesse geeignet ist, wird von ihm und anderen Autoren nicht gestellt. Die theoretische und praktische Bedeutung einer solchen Fragestellung ist in einem neueren Forschungsansatz deutlich geworden, der im

52 ebda, S. 404

53 Otto Stammer, Politische Soziologie, in: Soziologie, hrsg. von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, Düsseldorf 1955, zitiert nach Lenk/Neumann (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a.a.O., S. 289

● 14% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

in Führer und Geführte, so bedarf es doch des Zusammenwirkens beider Elemente, um das angestrebte Organisationsziel zu erreichen. Demokratisch ist ein **Verband in dem Maße**, in dem er seine Mitglieder zur Teilnahme an der Willensbildung der Organisation beruft und befähigt, durch ausreichende Informationen von oben für eine flüssige Meinungsbildung in der Verbandshierarchie von unten nach oben sorgt und die Führung, d. h. die Führungsstäbe und die breite Gruppe der "Funktionäre", der Kontrolle der Mitgliedschaft mit dem Recht der Abberufung unterstellt. Wenn heute von Parteien und Gewerkschaften gefordert wird, daß ihre Willensbildung demokratischen Grundsätzen entsprechen soll, so ist klar, daß dieses Postulat der Demokratisierung nicht mit

auch ein von den Funktionen der modernen Massenpartei bedingtes Strukturproblem" 17. Die Schwäche dieses - wie mir scheint - richtigen Ansatzes liegt in der (vor allem bei Schiffrin) unkritisch affirmativen Haltung, die gegenüber den vorgefundenen Parteistrukturen eingenommen wird. Durch bloße Verschiebung der Problematik von der Führung auf die Struktur der Parteien glaubt Schiffrin den Frontalangriff Michels' auf die aktuelle Verfaßtheit der Parteien, insbesondere der SPD, erfolgreich abgewehrt und das von ihm als allgemeines soziologisches Prinzip der Organisation formulierte "eherne Gesetz der Oligarchie" als unzulässige Verallgemeinerung einer besonderen historischen Situation entlarvt zu haben. Dagegen muß die entscheidende Frage doch wohl die sein, ob die bestehenden Parteistrukturen überhaupt die geeigneten organisatorischen Voraussetzungen für innerparteiliche Demokratie darstellen.

- 7 Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): ..., 1968, S. 289
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

36

## Textstelle (Prüfdokument) S. 28

und sozialer Prestigegewinne droht. Als wesentliches Ergebnis dieser Analyse eines amerikanischen Interessenverbandes, dessen vorsichtige Übertragung auf die ähnliche Problematik innerhalb politischer Parteien aufgrund nachfolgender, an der Forschungsperspektive Lipsets orientierter Untersuchungen möglich erscheint<sup>57</sup>, ist festzuhalten, daß "bei interner sozialer Differenzierung und internen ideologischen Konflikten ... ein organisationsinternes Parteiensystem die Chancen für angemessene Artikulierung und Aggregierung der Mitgliederinteressen sowie die Beteiligung der Mitglieder an den organisationsrelevanten Entscheidungen beträchtlich steigern"<sup>58</sup> kann - allerdings bei Aufrechterhaltung der oligarchischen Strukturen in den einzelnen Gruppierungen oder Parteien. Die Studie von Lipset hat eine intensive und kontroverse wissenschaftliche Diskussion ausgelöst und viele der nachfolgenden Untersuchungen beeinflusst. Unbestritten ist der Fortschritt

57 vgl. etwa die Untersuchungen von Eldersveld, Political Parties, und Barnes, Party Democracy, a. a. O. ; Barnes gewichtet die Faktoren allerdings etwas anders als Lipset, für ihn ist die Existenz vielfältiger, voneinander unabhängiger Kommunikationskanäle der entscheidende Ansatzpunkt innerparteilicher Demokratie

58 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 38

## Textstelle (Originalquellen)

Lipset allerdings nicht näher einget ein höheres Maß an organisationsinterner Demokratie erbringt als die nach dem traditionellen Konzept der direkten bzw. repräsentativen Demokratie aufgebaut Organisationen. Bei interner sozialer Differenzierung und internen ideologischen Konflikten kann ein organisationsinternes Parteiensystem die Chancen für angemessene Artikulierung und Aggregierung der Mitgliederinteressen sowie die Beteiligung der Mitglieder an den organisationsrelevanten Entscheidungen beträchtlich steigern. Die Weiterentwicklung des Konzeptes des innerorganisatorischen Parteienwettbewerbs Die Parteien- und Verbandsforschung nach 1956 übernahm weitgehend den normativen Ansatz und das methodische Vorgehen der Analyse von

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 38

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

37

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 29

aller Organisationsmitglieder bei allen relevanten Entscheidungen reduziert sich auf minimale Richtungsbeeinflussung durch periodische Stimmabgabe und Führungsauswahl **unter vorgegebenen Alternativen**. Dieser Verlust an normativer Substanz des Demokratiebegriffs rechtfertigt sich durch den Anspruch, "more realistic"<sup>63</sup> zu sein. **"Diese bedeutungsvolle Reduzierung des Demokratiebegriffes auf ein 'more realistic' Konzept wird jedoch nicht theoretisch, sondern allein empirisch und pragmatisch begründet"**<sup>64</sup>. Die Frage nach den soziologischen Bedingungen organisationsinterner Demokratie ist folglich mit dem Nachweis der Voraussetzungen der Entstehung und Aufrechterhaltung eines innerverbandlichen Parteienwettbewerbs nicht hinreichend beantwortet, jedenfalls dann nicht, wenn das demokratische Postulat nach möglichst breiter

63 S. M. Lipset, Einführung zu Michels, a.a.O., S. 35

64 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 48

## Textstelle (Originalquellen)

Mitgliederbeteiligung als eines Mittels zur individuellen Selbstentwicklung vollständig aufgegeben. Demokratische Mitwirkung wird so auf periodische Führungsauslese **unter vorgegebenen Alternativen** und auf eine minimale Richtungsbestimmung beschränkt. **Diese bedeutungsvolle Reduzierung des Demokratiebegriffes auf ein >more realistic" Konzept wird jedoch nicht theoretisch, sondern allein empirisch und pragmatisch begründet**. Es ist deshalb erforderlich, die in dem heute vorherrschenden Konzept des Parteienwettbewerbs gemachten Annahmen wie auch die aufgestellten empirischen Hypothesen nochmals zu überprüfen. Zunächst ist

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 48

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

38

## Textstelle (Prüfdokument) S. 31

ein wesentlicher Faktor für die Funktionsfähigkeit und das Demokratiepotezial einer Organisation, die weit größere Gefährdung beider Aspekte müsse aber in den Umweltbedingungen gesehen werden<sup>70</sup>. Naschold zeigt den allen vier thesenartig dargestellten Argumentationen gemeinsamen Versuch auf, "die Frage nach der internen Struktur von Organisationen entweder als belanglos auszuschließen oder doch zumindest in ihrer Bedeutung einzuschränken. Dabei mußten sich alle Hypothesen auf theoretisch problematische, empirisch weitgehend ungesicherte, wenn nicht gar unzutreffende Annahmen stützen und konnten somit keine Lösung der Frage bringen"<sup>71</sup>. Ein solcher Versuch ist überhaupt nur sinnvoll und erfolgversprechend auf der Basis eines Demokratieverständnisses, das sich mit der Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Führungsauswahl und nur indirekt und periodisch auch der Organisationspolitik begnügt. Will man dagegen

70 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 8, 92ff und 108

71 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 16

## Textstelle (Originalquellen)

damit aber, daß in ihr das Problem der innerorganisatorischen Demokratie relativiert wird, ist es noch nicht beseitigt. In den hier vorgetragenen Argumentationen wurde jeweils versucht, die Frage nach der internen Struktur von Organisationen entweder als belanglos auszuschließen oder doch zumindest in ihrer Bedeutung einzuschränken. Dabei mußten sich alle Hypothesen auf theoretisch problematische, empirisch weitgehend ungesicherte, wenn nicht gar unzutreffende Annahmen stützen und konnten somit keine Lösung der Frage bringen. Ein für den Fortgang dieser Untersuchung entscheidendes Argument muß noch gegen diese Hypothesen vorgebracht werden: Alle vier Gegenargumente basieren auf einem stark verengten Demokratieverständnis. Demokratie wird

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 16

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

39

## Textstelle (Prüfdokument) S. 31

der Basis eines Demokratieverständnisses, das sich mit der Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Führungsauswahl und nur indirekt und periodisch auch der Organisationspolitik begnügt. Will man dagegen auf das im traditionellen Demokratieverständnis implizierte Partizipationspostulat nicht verzichten, "dann greifen alle vier Hypothesen, ganz abgesehen von den obigen Einwänden, von vornherein zu kurz"<sup>72</sup>. 2.4. Problemstellung Die Darstellung der verschiedenartigen theoretischen Ansätze zur Problematik der innerorganisatorischen Demokratie zeigt deutlich, wie sehr die Festlegung der Untersuchungsperspektive und ihrer Kriterien vom jeweiligen Demokratieverständnis abhängt. .... " Insofern setzt die Formulierung der konkreten Problemstellung dieser Studie die vorherige Definition des eigenen Demokratiebegriffes voraus. Ohne an dem Konzept der direkten Demokratie festhalten zu wollen oder zu können, deren Realisierung in der Tat an den Bedingungen einer modernen Gesellschaft scheitern müßte, soll doch mit der auch theoretisch notwendigen Einführung des Repräsentationsgedankens die klassische Idee der möglichst allgemeinen Partizipation der Bürger an der Politik nicht aufgegeben werden. Das Partizipationspostulat, das, für sich allein genommen, keinen praktikablen Entwurf des politischen Systems tragen könnte, gewinnt ... eine eminente praktische Bedeutung als normativ unerläßliche Korrektur und Ergänzung der realistischeren Pluralismusmodelle"<sup>73</sup>. Die Modifizierung des Konzeptes der direkten Demokratie durch die Repräsentativinstitutionen des modernen Verfassungsstaates soll daher in der Definition Peter Weber-Schäfers als "der Versuch gesehen werden, den einzelnen Bürger trotz der zahlenmäßig unüberschaubar gewordenen Gesellschaftsgröße unmittelbar an der Leitung der politischen Geschäfte der Gemeinschaft zu beteiligen"<sup>74</sup>. Die Frage nach den soziologischen Bedingungen organisationsinterner Demokratie soll unter diesen Prämissen durch eine Analyse beantwortet werden, die die konkrete innere Struktur einer Organisation, hier einer politischen Partei, und ihre durch sie gesetzten Partizipationschancen zum

72 ebda, S. 17

73 Fritz Scharpf, Demokratie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970, S. 74

74 Peter Weber-Schäfer, "Sozial" und "Rational", Anmerkungen zur Demokratiediskussion, in: Der Staat, Heft 1, 1968, S. 26f

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

von Organisationsmitgliedern auch einen Zweck in sich selbst. 17 Akzeptiert man diesen traditionellen weiten Demokratiebegriff auf den später noch näher und unter modernen Bedingungen eingegangen wird, dann greifen alle vier Hypothesen, ganz abgesehen von den obigen Einwänden, von vornherein zu kurz. Damit erscheint diese ganze Forschungsrichtung, welche die gestellte Frage zu umgehen trachtet, als grundsätzlich unbefriedigend, und die Frage nach der innerorganisatorischen Demokratie bleibt ein zentrales

Ansätzen, die auf der radikaldemokratischen Norm beharren, in einen nur graduellen Unterschied. Dieser freilich bleibt bedeutsam genug. Man kann Scharpf nur zustimmen, wenn er feststellt: "Das Partizipationspostulat, das, für sich allein genommen, keinen praktikablen Entwurf des politischen Systems tragen könnte, gewinnt... eine eminente praktische Bedeutung als normativ unerläßliche Korrektur und Ergänzung der realistischeren Pluralismusmodelle." 7 Eine solche Korrektur bietet sich auf zwei Ebenen an. Einmal wird eine Neudefinition des Politischen gefordert, eine Ausweitung auf alle bisher "privaten" Machtkonzentrationen (z. B. die großen

Industriegesellschaft wieder spezifisch eigene Probleme aufgeworfen hat. Überdies aber kann auch in der Ablösung der direkten Demokratie der Antike durch die Repräsentativinstitutionen der modernen Verfassungsdemokratie der Versuch gesehen werden, den einzelnen Bürger trotz der zahlenmäßig unüberschaubar gewordenen Gesellschaftsgröße unmittelbar an der Leitung der politischen Geschäfte der Gemeinschaft zu beteiligen. Die demokratische Repräsentativverfassung als moderne Variante der antiken Herrschaftsform, die von Aristoteles unter dem Titel der Politie beschrieben wurde, kann also durchaus

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 17
- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 109
- 14 Weber-Schäfer, Peter: 'Sozial' und ..., 1968, S. 26

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

40



## Textstelle (Prüfdokument) S. 32

Zuordnung, sondern die Orientierung an bestimmten sozialen Gruppen, Interessen oder konkreten politischen Problemen ist. Eine solche Fragestellung, der diese Studie nachgehen will, wird sich nicht nur aus forschungspraktischen, sondern auch aus theoretischen Gründen vor allem auf die unterste Organisationsebene der Parteistruktur konzentrieren müssen, da sie die einzige, dem einfachen Mitglied unmittelbar zugängliche Verbindung mit einer politischen Partei darstellt. Wenn damit die allgemeine Problematik der Strukturdefekte innerparteilicher Demokratie durch die besondere Orientierung der Untersuchung auf die Probleme der unteren Organisationsebene scheinbar verkürzt wird, so findet dies seine Rechtfertigung in der entscheidenden Bedeutung gerade dieser Perspektive. Die mit höherer Organisationsstufe zunehmende Selektion der Parteirepräsentanten, die in der Regel mit einer Steigerung zumindest der technisch-politischen Qualifikation verbunden ist, setzt jedem Versuch der Behinderung demokratischer Willensbildungsprozesse in übergeordneten Gremien der Parteien natürliche und wesentliche Grenzen<sup>76</sup>. Insofern entscheidet sich die Möglichkeit innerparteilicher Demokratie an der Struktur der unteren Organisationsebenen und ihrer Eingliederung in die Gesamtpartei. 3. Parteien im Parteienstaat Mit der Definition des Demokratiebegriffs ist ein Kriterium für die Beurteilung innerparteilicher Strukturen und Vorgänge gewonnen, ein anderes muß in dem konkreten, zum Teil verfassungsrechtlich fixierten Rahmen gesehen werden, der politischen Parteien

76 zu dieser Einschätzung kommt Eldersveld in seiner Studie Political Parties, a.a.O., S. 408f

● 15% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

die entscheidende Frage doch wohl die sein, ob die bestehenden Parteistrukturen überhaupt die geeigneten organisatorischen Voraussetzungen für innerparteiliche Demokratie darstellen. Eine solche Fragestellung wird sich auf die unterste Organisationsebene der Parteistruktur konzentrieren müssen, da sie die einzige dem einfachen Mitglied unmittelbar zugängliche Verbindung mit einer Partei darstellt. Wenn damit die Fragestellung nach den Strukturdefekten innerparteilicher Demokratie durch ihre Orientierung auf die Untersuchung der untersten Organisationsebene scheinbar verkürzt wird, so findet

Mitglied unmittelbar zugängliche Verbindung mit einer Partei darstellt. Wenn damit die Fragestellung nach den Strukturdefekten innerparteilicher Demokratie durch ihre Orientierung auf die Untersuchung der untersten Organisationsebene scheinbar verkürzt wird, so findet dies seine Rechtfertigung in der entscheidenden Bedeutung gerade dieser Perspektive. Die mit höherer Organisationsstufe zunehmende Selektion der Parteirepräsentanten setzt jedem Versuch der Behinderung demokratischer Willensbildungsprozesse in übergeordneten Gremien der Parteien natürliche und wesentliche Grenzen. Die Möglichkeit innerparteilicher Demokratie entscheidet sich an der Struktur der untersten Organisationsebene der Partei und ihrer Eingliederung in die Gesamtpartei. Das Regionalprinzip der Parteiorganisation und

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

41

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 33

politischen Parteien und ihren Tätigkeiten gesetzt ist. Gerade die Vernachlässigung des institutionellen Kontextes läßt eine parteiensoziologische Analyse in ihren Ergebnissen leicht spekulativ erscheinen, da ihre Kriterien eben nicht innerhalb der Parteien selbst zu finden sind, "auch nicht aus allgemeinen Kategorien ‚der‘ Demokratie, sondern einzig aus der Verträglichkeit der jeweiligen Art und Weise innerparteilicher Willensbildung mit den institutionellen Erfordernissen der konkret gegebenen Staatsform"<sup>1</sup>. Dabei ist wegen der unvermeidlichen Spannung und Diskrepanz zwischen den Verfassungsnormen einer Staatsform und ihrer sozialen und politischen Wirklichkeit eine Berücksichtigung nicht nur des formal gesetzten Rechts, sondern vor allem auch der real bestehenden Verhältnisse

<sup>1</sup> Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, a.a.O., S. 52

## Textstelle (Originalquellen)

bewegen. Gewiß sei die innerparteiliche Struktur es wert, untersucht zu werden; ] die Kriterien für ihre Analyse seien "aber nicht innerhalb der Parteien selbst zu finden auch nicht aus allgemeinen Kategorien 'der' Demokratie, sondern einzig aus der Verträglichkeit der jeweiligen Art und Weise innerparteilicher Willensbildung mit den institutionellen Erfordernissen der konkret gegebenen Staatsform. [...]" aus dem Bereich des Politisch-Soziologischen in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution erhebt. [Köser 1973a, Seite 35, Z. 1-6 u. 11-14] [... bei Eldersveld, Valen/Katz und Barnes angewandt werden.] Allen Autoren

- 5 Köser, Helmut: Parteien und Verbänd..., 1973, S. 0

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

42

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 33

geführte Diskussion über den rechtlichen Status politischer Parteien von Anfang an längst von der soziologischen Realität überholt war, ist wohl selbst den Protagonisten dieser Auseinandersetzung grundsätzlich klar gewesen. So hatte Heinrich von Treitschke schon 1871 eingeräumt, "das **Parteileben ist eine Notwendigkeit für freie Völker, das unentbehrliche Mittel, um aus dem Gewirr der Interessen, Leidenschaften, Meinungen einen Durchschnittswillen herauszubilden, den Einzelwillen Ordnung und Gliederung und dadurch Macht zu bringen, durch Stoß und Gegenstoß der also gescharten Kräfte dem Staate eine feste Richtung zu geben**"<sup>2</sup>. Dennoch war mehr als ein halbes Jahrhundert später noch umstritten, ob die politischen Parteien einen "extrakonstitutionellen Status" im Sinne des Verfassungsrechts besaßen (so Heinrich Triepel), oder ob sie auch juristisch als die "**staatsbildenden Kräfte des Gesellschaftslebens**" (so Richard Schmidt) betrachtet und behandelt werden mußten<sup>3</sup>. Die Weimarer Verfassung hatte sich zugunsten der ersten Alternative entschieden und damit die faktisch wichtigsten Institutionen der politischen Willensbildung der unbeschränkten Vereinigungsfreiheit und weitgehend unkontrollierten Tätigkeit überlassen.

<sup>2</sup> Heinrich von Treitschke, Parteien und Fractionen, in: Preußische Jahrbücher, hrsg. von Heinrich von Treitschke und Wilhelm Wehrenpfennig, 27. Band, Berlin 1871, zitiert nach Lenk/Neumann, Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a.a.O., S. 92

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Tage, die in der Parteiung schlechthin ein staatsgefährliches Uebel sah, findet heute nur noch vereinzelt Bekenner. Wir wissen es Alle, das Parteileben ist eine Nothwendigkeit für freie Völker, das unentbehrliche Mittel, um aus dem Gewirr der Interessen, Leidenschaften, Meinungen einen Durchschnittswillen herauszubilden, den Einzelwillen Ordnung und Gliederung und dadurch Macht zu bringen, durch Stoß und Gegenstoß der also gescharten Kräfte dem Staate eine feste Richtung zu geben. Die Sünden des öffentlichen Parteikampfs sind um nichts häßlicher als das verdeckte Ränkespiel, das die Machthaber unfreier Staaten umschleicht, und sie werden reichlich aufgewogen durch

- <sup>7</sup> Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): ..., 1968, S. 92

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

43

## Textstelle (Prüfdokument) S. 34

und weitgehend unkontrollierten Tätigkeit überlassen. Diese Ignorierung der Parteien in der Reichsverfassung<sup>4</sup> hatte nach Ansicht eines ihrer schärfsten Kritiker, des Staatsrechtlers Gustav Radbruch, der zeitweilig auch als Reichsder tagsabgeordneter und Justizminister tätig war, ihre Ursache "weniger in der Ideologie Demokratie als in der überkommenen und auch im neuen Staat folgerichtig festgehaltenen Ideologie des Obrigkeitsstaates. Der Obrigkeitsstaat, dessen Regierung sich nicht auf die parteipolitische Mehrheit des Parlaments stützte, hatte zu seiner notwendigen Grundlage den ideologischen Glauben an die Möglichkeit eines Standpunktes über den Parteien: „Das Vaterland über der Partei“. Die Überparteilichkeit der Regierung war geradezu die Legende, die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates"<sup>5</sup>. Das Bonner Grundgesetz macht zum erstenmal in der deutschen Verfassungsgeschichte den Versuch, durch die ausdrückliche Berücksichtigung der politischen Parteien die Wirklichkeit mit dem geschriebenen Recht in Übereinstimmung zu bringen. Im ersten Absatz des Artikels 21 heißt

<sup>4</sup> die Weimarer Verfassung erwähnt politische Parteien nur in negativer Form: nach Art. 13 sind Beamte Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei

<sup>5</sup> Gustav Radbruch, Die politischen Parteien, a.a.O., S. 289

## Textstelle (Originalquellen)

gedenkt ihrer "charakteristischerweise nur mit einer negativen Geste sprödester Abwehr".<sup>6</sup> Diese Ignorierung der Partei in der Reichsverfassung hat ihre Wurzel weniger in der Ideologie der Demokratie als in der überkommenen und auch im neuen Staat folgewidrig festgehaltenen Ideologie des Obrigkeitsstaates. Der Obrigkeitsstaat, dessen Regierung sich nicht auf die parteipolitische Mehrheit des Parlaments stützte, hatte zu seiner notwendigen Grundlage den ideologischen Glauben an die Möglichkeit eines Standpunktes über den Parteien: "Das Vaterland über der Partei." Die Ueberparteilichkeit der Regierung war geradezu die Legende, die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates. Von diesem Standpunkte aus erschien ihm der Parteikampf als ein überflüssiger "Hader der Parteien", als ein sadilicher Arbeit schädliches Gezänk, als Aeüßerung eines Parteigeistes, der

<sup>6</sup> Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): ..., 1968, S. 19

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

44



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 34

Bonner Grundgesetz macht zum erstmalig in der deutschen Verfassungsgeschichte den Versuch, durch die ausdrückliche Berücksichtigung der politischen Parteien die Wirklichkeit mit dem geschriebenen Recht in Übereinstimmung zu bringen. Im ersten Absatz des Artikels 21 heißt es: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben". Die Relevanz dieses Artikels besteht weniger in einer juristischen Deskription der politischen Wirklichkeit - ein solcher Versuch war nicht beabsichtigt und müßte notwendigerweise unvollkommen bleiben - als in der grundsätzlichen Festlegung, daß "Art. 21 Abs. 1 GG die Parteien aus dem Bereich des Politisch-Soziologischen in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution erhebt"<sup>6</sup>. Die von Hans Kelsen zum erstmalig nachdrücklich dargestellte Entwicklung der modernen Demokratie zum Parteienstaat<sup>7</sup> ist damit im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich nachvollzogen worden, "von Bundes wegen ist der moderne demokratische Parteienstaat legalisiert; die Parteien sind in die Verfassung eingebaut"<sup>8</sup>. Der Abgeordnete Eben konnte in seinem Bericht über den von den drei Fraktionen des Bundestages gemeinsam eingebrachten Entwurf eines Parteiengesetzes zu der durch das Grundgesetz geschaffenen rechtlichen Situation bündig feststellen: "Die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist kraft zwingenden Verfassungsrechts als Parteienstaat geformt"<sup>9</sup>. Die parteienstaatliche Struktur des politischen Systems der Bundesrepublik hat die alte Kontroverse über die Dominanz repräsentativer oder plebiszitärer Elemente im modernen demokratischen Verfassungsstaat neu belebt und zugleich auf eine neue, durch politische Entwicklungen und rechtliche

<sup>6</sup> SRP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952, BVerfGE 2, S. 73

<sup>7</sup> Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, a. a. O.,

<sup>8</sup> G. Leibholz/H. J. Rinck, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar an Hand der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts, Köln und Marienberg 1966, S. 275

<sup>9</sup> Verhandlungen des deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Anlage zu den stenographischen Berichten Band 113 zu Drucksache V/1918, S. 2

## Textstelle (Originalquellen)

zur zentralen Frage der Demokratie überhaupt, denn in einem modernen demokratischen System findet Demokratie entweder in den politischen Parteien statt oder überhaupt nicht. <sup>1</sup> 1 GG, Art. 21, Abs. 1: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben. <sup>2</sup> 2 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Auflage 1929, Neudruck Aalen, S. 19 f <sup>3</sup> 3 auf der einen Seite wird den Parteien ein "extrakonstitutioneller Status" zugesprochen, so H. Triepel, J. C. <sup>3</sup> Bluntschli, G.

Stellung des Grundgesetzes zu den politischen Parteien hat sich das Bundesverfassungsgericht bereits im SRP-Urteil vom 23. Oktober 1952 (BVerfGE 2, 1 [10 ff., 73]) ausgesprochen. Dort ist ausgeführt, daß Art. 21 Abs. 1 GG die Parteien aus dem Bereich des Politisch-Soziologischen in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution erhebt. Schon in einer früheren Entscheidung hatte das Gericht die Parteien als "integrierende Bestandteile des Verfassungsaufbaus und des verfassungsrechtlich geordneten politischen Lebens" bezeichnet (BVerfGE 1, 208 [225]). Schließe

- <sup>1</sup> Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktionen..., 1973, S. 58
- <sup>15</sup> BVerfGE 5, 85 - KPD-Verbot, 1956, S.

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

45



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Prüfdokument) S. 35

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Problematik staatlicher Parteienfinanzierung, das wegen seiner extensiven Interpretation des Artikels 21 GG und seiner die Regelungen des Parteiengesetzes präjudizierenden Bestimmung der Funktionen politischer Parteien im politischen System der Bundesrepublik ausführlicher zitiert werden soll. "Die politischen Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes vornehmlich durch ihre Beteiligung an den Wahlen mit, die ohne Parteien nicht durchgeführt werden könnten. Sie sind darüber hinaus Zwischenglieder zwischen den einzelnen und dem Staat, Instrumente, durch die der Bürgerwille auch zwischen den Wahlen verwirklicht werden kann, ‚Sprachrohr‘ des Volkes. Sie stellen, sofern sie die Regierung stützen, die Verbindung zwischen Volk und politischer Führung her und erhalten sie aufrecht. Als Parteien der Minderheit bilden sie die politische Opposition und machen sie wirksam. Sie sind als Mittler beteiligt am Prozeß der öffentlichen Meinung. Sie sammeln die auf die politische Macht und ihre Ausübung gerichteten Meinungen, Interessen und Bestrebungen, gleichen sie in sich aus, formen sie und versuchen, ihnen auch im Bereich der staatlichen Willensbildung Geltung zu verschaffen. In der modernen Massendemokratie üben die politischen Parteien entscheidenden Einfluß auf die Besetzung der obersten Staatsämter aus. Sie beeinflussen die Bildung des Staatswillens, indem sie in das System der staatlichen Institutionen und Ämter hineinwirken, und zwar insbesondere durch Einflußnahme auf die Beschlüsse und Maßnahmen von Parlament und Regierung"<sup>12</sup>. Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 bringt die notwendige inhaltliche Ausfüllung der allgemeinen Bestimmungen des Artikels 21 GG; durch seine Begriffsdefinition setzt es Parteien von anderen politisch engagierten sozialen Gruppen ab, macht demokratische Binnenstrukturen durch Festlegung verbindlicher Rahmenbedingungen für

<sup>12</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur staatlichen Parteienfinanzierung vom 19. 7. 1966 BVerfGE 20, S. 101

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

zu privilegieren. Antidemokratische Tendenzen gedachten sie dabei mit Auflagen und Beschränkungen aufzufangen. Der die Aufgaben der Parteien formulierende erste Satz des Artikels 21 im Grundgesetz "Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit" ist freilich viel zu vage gefaßt, um die tatsächliche Funktion der Parteien in der modernen parlamentarischen Demokratie mit annähernder Deutlichkeit zu umschreiben. Doch mit

gegenüber den Partikularinteressen der Gesellschaft führte, ist auch heute noch lebendig. So degradiert das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Parteifinanzierung die Parteien zu Wahlvorbereitungsorganisationen und definiert sie als "Zwischenglieder zwischen den Einzelnen und dem Staat"<sup>3</sup>. Obgleich die Voraussetzungen gänzlich anders sind, wird die Regierung immer noch als ein erhabener, überparteilicher und tabuisierter "Staat" dargestellt. " Daß in einer Parteidemokratie, deren Regierungen

Funktion des Bundesrates: Th. Eschen bürg S. 4141 präsentieren und in den Wahlen um die Legitimierung dieser Führer durch die Mehrheit zu "werben. Sie haben als Mehrheitspartei die Verbindung zwischen Volk und politischer Führung herzustellen, als Parteien der Minderheit die politische Opposition zu bilden und wirksam zu machen. Sie haben die auf die politische Macht und ihre Ausübung gerichteten Meinungen, Interessen und Bestrebungen hervorzubringen oder zu sammeln, sie gestaltend zu formen und geltend zu machen, und zwar sowohl im Bereich der Vorformung des politischen Willens wie im Bereich

- 16 Koplín, Raimund: Die Parteien und d..., 1966, S. 523
- 17 Der Bundestag von innen gesehen. 24..., 1969, S. 208
- 18 Die verfassungsrechtliche Stellung ..., 1959, S. 25

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
46

## Textstelle (Prüfdokument) S. 36

die Parteien weder ein Privileg zur Aufstellung von Kandidaten für Volksvertretungen noch ein Monopol im Bereich der politischen Meinungs- und Willensbildung, nahezu alle relevanten sach- und personalpolitischen Entscheidungen werden de facto aber von ihnen getroffen. "Gewiß sind die Entscheidungen der staatlichen Organe der politischen Willensbildung formell Entscheidungen dieser Organe; der Sache nach sind sie, sicher in wechselndem, im ganzen aber nicht wegzuleugnendem Umfang vielfach Entscheidungen der diese Organe tragenden Parteien. Dieser durch Art. 21 I GG prinzipiell legitimierte Tatbestand mag durch Personalunionen zwischen Staatsämtern und Parteiämtern verdeckt werden; er wird dadurch nicht aufgehoben, weil grundsätzlich der staatliche politische Wille wirksam nur mit dem Rückhalt an einer Partei gebildet werden kann"<sup>14</sup>. Im Mittelpunkt der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik steht naturgemäß der Bundestag, der als die zentrale politische Institution zugleich die Strukturen des gesamten westdeutschen Parteiensystems bestimmt. Über ihn - und fast ausschließlich über ihn - erfolgt die Führungsauslese

<sup>14</sup> Konrad Hesse, Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen Staat,



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

nicht nur Art und Grundlagen des Funktionierens und des Zusammenspiels der Organe der staatlichen Willensbildung, sondern verschieben sich auch die Gewichte zugunsten der mitwirkenden Parteien. Gewiß sind die Entscheidungen der staatlichen Organe der politischen Willensbildung formell Entscheidungen dieser Organe; der Sache nach sind sie, sicher in wechselndem, im ganzen aber nicht wegzuleugnendem Umfang vielfach Entscheidungen der diese Organe tragenden Parteien. Dieser durch Art. 21 I GG prinzipiell legitimierte Tatbestand mag durch Personalunionen zwischen Staatsämtern und Parteiämtern verdeckt werden; er wird dadurch nicht aufgehoben, weil grundsätzlich der staatliche politische Wille wirksam nur mit dem Rückhalt an einer Partei gebildet werden kann. Seine Folge ist, daß die staatlichen Organe der Willensbildung an eigener institutioneller Bedeutung verlieren), ist ein Verlust an institutionalisierter Staatlichkeit jedenfalls dann, wenn den Parteien nicht die Stellung einer staatlichen

- 18 Die verfassungsrechtliche Stellung ..., 1959, S. 24

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

47

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 39

kann keinen ernsthaften Zweifel daran geben, daß unter den gegebenen realen Verhältnissen eine Einflußnahme auf politische Entscheidungen in der Bundesrepublik nur über die Parteien, und zwar über die bestehenden, im Bundestag vertretenen Parteien möglich ist. Die Vorstellung vom souveränen Wähler erweist sich zunehmend als Fiktion, "Der Wähler ist zum souveränen Statisten in der Politik geworden"<sup>24</sup>. Die offenkundige Dominanz der Parteien im politischen Prozeß läßt das jahrzehntelang unbestrittenfreie Mandat des Abgeordneten inzwischen als Widerspruch zur gewollten Parteienstaatlichkeit erscheinen und in seiner Rechtfertigung in Zweifel ziehen<sup>25</sup>. Es kennzeichnet die Entwicklung und die

24 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 30

25 siehe dazu u. a. Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958, bes. das Kapitel: der Strukturwandel der modernen Demokratie, S. 88-111; Christoph

## Textstelle (Originalquellen)

unvermeidbar ein Parteienstaat"<sup>2</sup>. Die über hundert Jahre alte Diskussion über den rechtlichen Status der Parteien in der Demokratie<sup>3</sup> ist von der Realität längst überholt worden. Die Vorstellung vom souveränen Wähler erweist sich zunehmend als Fiktion, "der Wähler ist zum souveränen Statisten in der Politik geworden"<sup>4</sup>. Einfluß auf politische Entscheidungen kann er nur auf dem Umweg über Parteien ausüben. "Die Meinungsbildung durch Diskussion findet nur noch innerhalb der Parteien statt, der

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

48

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 39

inzwischen als Widerspruch zur gewollten Parteienstaatlichkeit erscheinen und in seiner Rechtfertigung in Zweifel ziehen<sup>25</sup>. Es kennzeichnet die Entwicklung und die Tendenzen des modernen Parteienstaates, daß die wichtigste Funktion eines fortbestehenden, verfassungsrechtlich geschützten freien Mandats, das "an Aufträge und Weisungen nicht gebunden"<sup>26</sup> ist, in der auch rechtlich durchsetzbaren Sicherung innerparteilicher Demokratie gesehen wird<sup>27</sup>. Unter diesen, die politische Wirklichkeit bestimmenden Verhältnissen muß das Problem der innerparteilichen Demokratie als zentrales Problem der Demokratie überhaupt gesehen werden. Es mußte um so akuter werden, je weiter der Bereich des vorformierten politischen Willens und damit die Reduktion politischer Handlungsalternativen durch die Parteien wurde<sup>28</sup>. "Die Chance der Freiheit in einem nicht mehr infrage gestellten Gesellschaftssystem liegt in der Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie"<sup>29</sup>. Man mag diese etwas apodiktische Aussage Ekkehart Krippendorfs für übertrieben und provozierend halten, der politischen Herausforderung, die sie formuliert, wird man sich nicht entziehen dürfen.

### 3.3. Aufgaben und Funktionen

Für die Analyse der Organisationswirklichkeit politischer Parteien ist entscheidend, welche konkreten Aufgaben und Funktionen die Parteien

25 siehe dazu u. a. Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958, bes. das Kapitel: der Strukturwandel der modernen Demokratie, S. 88-111; Christoph

26 Art. 38 I GG

27 so z. B. Otto Kirchheimer, Parteistruktur und Massendemokratie in Europa, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Nr. 79, 1953/54

28 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a.a.O., S. Ulf

29 Ekkehart Krippendorf, Das Ende des Parteienstaates, a.a.O., S. 70

## Textstelle (Originalquellen)

ist. Das bedeutet unter anderem, daß das Gemeinerechtsmitglied möglichst nur Vertreter der Gemeindebürger und ihrer In- ist - dem läuft nicht zuwider, daß auch er an Aufträge und Weisungen nicht gebunden ist -, was auf der anderen Seite eine möglichst große Unabhängigkeit von seiner Partei erfordert. Eine solche Unabhängigkeit ist aber gegen die Intention der Parteien, die

über Parteien ausüben. "Die Meinungsbildung durch Diskussion findet nur noch innerhalb der Parteien statt, der Kampf zwischen den Parteien ist kein Meinungskampf, sondern ein Machtkampf"s. Unter diesen, die politische Wirklichkeit kennzeichnenden Voraussetzungen muß das Problem der innerparteilichen Demokratie als zentrales Problem der modernen Demokratie überhaupt gesehen werden. "Die Chance der Freiheit in einem nicht mehr in Frage gestellten Gesellschaftssystem liegt in der Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie"<sup>6</sup>. Man mag diese etwas apodiktische Aussage Ekkehart Krippendorfs für perspektivistisch verzerrt halten: ihre grundsätzliche Richtigkeit ist nicht zu bestreiten. Die allgemeine Problematik der innerparteilichen Demokratie Die Beschäftigung mit Fragen der innerparteilichen Demokratie steht noch

- 19 Lintz, Gerd: Die politischen Partei..., 1973, S. 73
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

49

## Textstelle (Prüfdokument) S. 39

Organisationswirklichkeit politischer Parteien ist entscheidend, welche konkreten Aufgaben und Funktionen die Parteien im jeweiligen politischen System zu erfüllen haben und welche Möglichkeiten oder Einschränkungen die vorgefundenen Organisationsstrukturen der Parteien für die Erfüllung dieser Funktionen bieten. "Es ist unmöglich, das Problem der innerparteilichen Demokratie sinnvoll zu diskutieren, ohne sich darauf explizit festzulegen, welche Funktionen die Parteien im politischen System ausüben sollen. Die Entscheidung darüber setzt Akzente in der gewünschten Struktur der innerparteilichen Willensbildung"<sup>30</sup>. Diese Akzente sind in der wissenschaftlichen Diskussion durchaus unterschiedlich gesetzt worden, wobei Entwicklungsstand und Rahmenbedingungen des politischen Systems sich in der Definition der Parteifunktionen deutlich niederschlugen<sup>31</sup>. Für das westdeutsche Parteiensystem ist diese strittige Frage insofern

30 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a.a.O., S. 125; vgl. auch

31 siehe dazu Howard A. Scarrow, The Function of Political Parties, A Critique of the Literature

## Textstelle (Originalquellen)

nur um die innerparteiliche Willensbildung, sondern um die Frage, wer die autoritativen Entscheidungen für die Gesamtgesellschaft trifft. Die Konsequenzen dieser Problemausweitung aber werden nicht bedacht. Es ist unmöglich, das Problem der innerparteilichen Demokratie sinnvoll zu diskutieren, ohne sich darauf explizit festzulegen, welche Funktionen die Parteien im politischen System ausüben sollen. Die Entscheidung darüber setzt Akzente in der gewünschten Struktur der innerparteilichen Willensbildung.<sup>83</sup> Nascholds undiskutierte Entscheidung beweist dies. Systemtheoretisch umformuliert heißt das: Zunächst muß eine Entscheidung über die Grenze des Systems gegenüber seiner Umwelt getroffen werden. So stellt

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 125

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

50

## Textstelle (Prüfdokument) S. 40

regelt. Aus dem im § 1 Abs. 1 formulierten Bekenntnis zum modernen Parteienstaat, der verfassungsmäßigen Inkorporation der Parteien in das staatlich-demokratische System, werden im zweiten Absatz konsequent die dieser Stellung entsprechenden Aufgaben der Parteien gefolgert und festgelegt:

"(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe. (2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Willensbildung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen. (3) Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder"<sup>32</sup>. Gegen diesen etwas summarischen Aufgabenkatalog läßt sich sicherlich der Einwand mangelnder Präzision und Systematik geltend machen. Dennoch ist er deutlich genug, um manche theoretischen Definitionen der Parteifunktionen als unzulässige Verkürzungen nachzuweisen. Besonders bemerkenswert erscheint die

32 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967, § 1

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe. (2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen. (3) Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder. (4) Die Parteien verwenden ihre Mittel ausschließlich für die ihnen nach dem Grundgesetz und diesem Gesetz obliegenden Aufgaben. 1 § 2 Begriff der Partei (1) Parteien sind Vereinigungen von Bürgern,

- 20 Gesetz über die politischen Parteie..., 1967, S. 1

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
51

## Textstelle (Prüfdokument) S. 41

hat den Vorzug, so weit gefaßt zu sein, daß sie als systematische Zusammenfassung der im Parteiengesetz formulierten Einzelaufgaben politischer Parteien verwendet werden kann. 1. **Organisation des chaotischen öffentlichen Willens:** Die Parteien sollen als Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppeninteressen die natürliche Distanz zwischen Individuum und Gemeinwesen überbrücken. Die Meinungsbildung innerhalb der Parteien soll zur Strukturierung und Artikulation der öffentlichen Meinung dienen. 2. **Integration des einzelnen in die politische Gesamtheit:** Die Parteien sollen sich dadurch von pressure groups unterscheiden, daß sie dem einzelnen und seinen Partikularinteressen ein Bild des Gemeinwesens als Ganzem aufzeigen, seine Wünsche den kollektiven Bedürfnissen anpassen und notfalls auch opfern. 3. **Bindeglied zwischen Regierung und öffentlicher Meinung:** Die Parteien stellen die wichtigsten Kommunikationskanäle zwischen Führern und Geführten dar. Die Ausübung der Kommunikationsfunktion soll die Parteien zu kontrollierenden Instanzen des Regierungssystems unter den Bedingungen einer repräsentativen Demokratie machen. 4. **Demokratische Führungsauslese:** Den Parteien fällt die Aufgabe zu, in demokratischen Auswahlverfahren und unter Berücksichtigung des Konkurrenzprinzips das politische Führungspersonal des Staates bereitzustellen. Die Leistungsfähigkeit der Organisationsstrukturen der Parteien ist an diesen den Aufgabenkatalog des Parteiengesetzes umfassenden Funktionsbereichen zu überprüfen. Das organisatorische Konzept kann damit als leistungsfähig

● 16% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

zu erfüllen, die sich etwa in folgende vier Funktionsbereiche systematisieren lassen<sup>23</sup> : 1. **Organisation des chaotischen öffentlichen Willens.** Die Parteien sollen Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppeninteressen sein und dadurch die natürliche Distanz zwischen Individuum und Gemeinwesen überbrücken. Die Meinungsbildung innerhalb der Partei soll zur Strukturierung und Artikulation der öffentlichen Meinung dienen. 2. **Integration des einzelnen in die politische Gesamtheit.** Die Parteien unterscheiden sich dadurch von Interessenverbänden, daß sie dem einzelnen und seinen Partikularinteressen ein Bild des Gemeinwesens als Ganzem aufzeigen. 3. **Bindeglied zwischen Regierung und öffentlicher Meinung.** Die Parteien werden so die wichtigsten Kommunikationskanäle zwischen Führern und Geführten. 4. **Demokratische Führungsauslese.** Den Parteien fällt die Aufgabe zu, in demokratischen Auswahlverfahren das politische Führungspersonal bereitzustellen. Die auf dem Organisationsprinzip der Ortsgruppe aufgebauten Parteistrukturen können - an diesen Kriterien gemessen - nicht als funktionstüchtig betrachtet werden. Die Analyse der

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 54

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
52

## Textstelle (Prüfdokument) S. 42

diejenige geographische, politische oder soziale Einheit definiert, innerhalb derer die Befriedigung elementarer Bedürfnisse des Menschen, sowohl materieller wie immaterieller Art, erwartet und ermöglicht wird<sup>2</sup>. Der führende deutsche Gemeinsoziologe Ren König sieht die Gemeinde daher als "eine globale Gesellschaft vom Typus einer lokalen Einheit, die eine unbestimmte Mannigfaltigkeit von Funktionskreisen, sozialen Gruppen und anderen sozialen Erscheinungen in sich einbegreift, welche zahllose Formen sozialer Interaktionen und gemeinsamer Bindungen sowie Wertvorstellungen bedingen; außerdem hat sie neben zahlreichen Formen innerer Verbundenheiten, die sich in den erwähnten Teilen abspielen mögen, selbstverständlich auch ihre sehr handgreifliche institutionell-organisatorische Außenseite"<sup>3</sup>. Diese Vielzahl der Funktionskreise schließt eine "Totalität des Lebens" ein und mache damit die Gemeinde zu einem "gesellschaftlichen Vollgebilde", das neben der Familie und anderen verwandtschaftlichen Ordnungen "eine der bedeutsamsten sozialen Erscheinungen der vergesellschafteten Menschheit überhaupt"<sup>4</sup> sei. Der Nachweis der überaus komplexen Strukturen dieser sozialen Einheit führt König zu der soziologischen Schlußfolgerung, "daß die Gemeinde eine Eigenexistenz besitzt, auch unabhängig von den gesamtgesellschaftlichen Gebilden höherer Ordnung, die an sich die komplexen Gesellschaften überragend bestimmen"<sup>5</sup>. Im Zusammenhang mit der konkreten Fragestellung und Zielsetzung dieser Studie sind zwei Aspekte dieser gemeinsoziologischen Erkenntnisse von besonderer Relevanz: zum einen der funktionale Charakter der Gemeinde als Ort elementarer Bedürfnisbefriedigung und Funktionserfüllung, zum anderen die

2 vgl. etwa Norton E. Long, The Local Community as an Ecology of Games, in: The American Journal of Sociology 64, Nr. 3, November 1958

3 Ren König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Hamburg 1958, S. 28

5 ebda, S. 84

## Textstelle (Originalquellen)

die obigen Ausführungen eine vorläufige Definition des Begriffes der Gemeinde zu geben, die im folgenden nach mehreren Richtungen hin erweitert werden soll. Gemeinde ist zunächst eine globale Gesellschaft vom Typus einer lokalen Einheit, die eine unbestimmte Mannigfaltigkeit von Funktionskreisen, sozialen Gruppen und anderen sozialen Erscheinungen in sich einbegreift, welche zahllose Formen sozialer Interaktionen und gemeinsamer Bindungen sowie Wertvorstellungen bedingen; außerdem hat sie neben zahlreichen Formen innerer Verbundenheiten, die sich in den erwähnten Teilen abspielen mögen, selbstverständlich auch ihre sehr handgreifliche institutionell-organisatorische Außenseite. Damit allein ist dann schon gesagt, daß Aufzählungen vom Typus <Familie, Nachbarschaft, Gemeinde, Beruf> (wie man sie immer wieder lesen kann) völlig untragbar sind, da

fristen (R. König). Ob und inwieweit die als Gemeinde bezeichnete politische Verwaltungseinheit mit der Gemeinde im soziologischen Sinne zusammenfällt, kann nur durch empirische Untersuchungen entschieden werden. Neben der -" Familie und anderen verwandtschaftlichen Ordnungen ist die Gemeinde eine der bedeutsamsten sozialen Erscheinungen der vergesellschafteten Menschheit überhaupt. Allgemein entwicklungsgeschichtlich gesehen kann man sagen, daß außer der Familie im engsten Sinne die anderen Elementarformen der Gesellschaft auf verwandtschaftlicher Basis (wie

wonach die gegebene >Konstellation< einer Gemeinde beurteilt werden kann. Dieser Punkt ist für die Gemeinsoziologie von entscheidender Bedeutung, denn erst mit ihm zeigt sich endgültig, daß die Gemeinde eine Eigenexistenz besitzt auch unabhängig von den gesamtgesellschaftlichen Gebilden höherer Ordnung, die an sich die -> komplexen Gesellschaften überragend bestimmen. Dieses Problem wird in der Gemeinsoziologie nicht immer ganz klar gesehen. So finden wir viele Gemeindeuntersuchungen, deren einzige Funktion darin liegt, daß sie bestimmte Züge

- 21 König, Ren : Grundformen der Gesell..., 1958, S. 14
- 22 König, Ren (Hrsg.): Soziologie, Fisc..., 1969, S. 53
- 22 König, Ren (Hrsg.): Soziologie, Fisc..., 1969, S. 56

## Textstelle (Prüfdokument) S. 43

trotz ihrer nachgewiesenen praktischen Unabhängigkeit en mlteinander verbunden: das für moderne, hochentwickelte Gesellschaften charakteristische Auseinanderfallen der politisch-administrativen und der sozialen Dimension ist die unmittelbare Folge einer veränderten Bedürfnis- und Funktionserfüllung im Bereich der Gemeinde. "Die Erwartung des Menschen richtet sich auf eine im Grunde totale Erfüllung aller Funktionsbedürfnisse im Bereich seiner Gemeinde als Heimat. Diese Gemeinde enthielte danach eine Gesamtmatrix für seine Bedürfniserfüllungen"<sup>6</sup>. Der Begriff des Gemeindeerlebnisses soll in diesem Sinne als das Erlebnis von Funktionserfüllungen im Bereich der Gemeinde verstanden werden. Für den einzelnen Bürger bestimmt sich sein Gemeindeerlebnis also durch das Ausmaß an konkreten Funktionserfüllungen, das

<sup>6</sup> Gerhard Elschner, Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt, in: Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, hrsg. von

## Textstelle (Originalquellen)

der traditionsgemäß als "Heimat" bezeichnet wird. In der Idealvorstellung ist es nicht der Inbegriff "verschiedener" Funktionsumwelten, sondern eine räumliche und zeitliche Einheit aller relevanten Funktionsumwelten. Die Erwartung des Menschen richtet sich auf eine im Grunde totale Erfüllung aller Funktionsbedürfnisse im Bereiche seiner Gemeinde als Heimat. Diese Gemeinde enthielte danach eine Gesamtmatrix für seine Bedürfniserfüllungen. Das ist eine sehr rationale und funktionelle Beschreibung. Wie auch oben schon mehrfach betont, muß man sich unter dem Begriff Funktionserfüllung nicht nur die Befriedigung

• 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 19

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

54

## Textstelle (Prüfdokument) S. 43

Gemeinde bietet. Das Gemeindeerlebnis wird um so stärker sein, je vollständiger und intensiver das Erfüllungserlebnis in diesem Bereich ist, und umgekehrt um so schwächer, je lästiger und nachhaltiger ein Mangel an erwarteten Funktionserfüllungen empfunden wird. "Die total erlebte Gemeinde setzte voraus, daß die topographische Gemeindeeinheit - bestenfalls im Sinne des Heimatbegriffes um Nachbarbereiche erweitert - identisch ist mit der gesamten personalen Funktionsumwelt"<sup>1</sup>. Totales oder vollständiges Gemeindeerlebnis ist demnach nur möglich, wenn die Erwartungen eines bestimmten Bürgers nicht größer sind als die Funktionen, die seine Gemeinde bieten kann, zugleich aber auch nicht kleiner als die tatsächlich bereitgestellte Funktionsmatrix

## Textstelle (Originalquellen)

reproduzieren. Sie bietet zugleich im Sinne der Modernität alle Möglichkeiten, die von einzelnen Gemeindemitgliedern zur Reproduktion ihrer jeweils ganz individuellen und unterschiedlichen Umwelten verlangt werden. Die total erlebte Gemeinde setzte voraus, daß die topographische Gemeindeeinheit - bestenfalls im Sinne des Heimatbegriffes um Nachbarbereiche erweitert - identisch ist mit der gesamten personalen Funktionsumwelt. Anders ausgedrückt: die Gemeinde, die ich tatsächlich voll erlebe, setzt ein völliges Übereinstimmen der gesamten topographischen Einheit mit meiner Funktionsumwelt voraus. Meine Funktionsumwelt darf dann

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 20

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

55

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 44

Realisierbaren oder jedenfalls Verfügbaren sprengen. Es ist also festzuhalten, daß die Gemeinde weder eine vollständige **Matrix zur Bedürfniserfüllung** des einzelnen Bürgers bieten noch der einzelne für seine individuell begrenzte Funktionsumwelt die ganze Gemeindematrix ausschöpfen kann. "**Die Gemeinde bleibt partielle Matrix gegenüber der Erfüllung aller Funktionserfordernisse**"<sup>9</sup>. Die für die moderne Gesellschaft typische und durch die Medien der Massenkommunikation ständig vermittelte Differenzierung der Lebensformen, Wertvorstellungen und Ansprüche **und die** damit verbundene Auflösung einheitlicher, geschlossener Funktionsumwelten läßt die beiden Dimensionen des Gemeindebegriffes, die

<sup>9</sup> Gerhard Elschner, Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt, a. a. O..S. 18

## Textstelle (Originalquellen)

hinaus. Also müssen wir feststellen: Die Funktionsumwelt kann einerseits nie die ganze Gemeinde brauchen; die Gemeinde kann andererseits nie die gesamte **Matrix zur Bedürfniserfüllung** bieten. **Die Gemeinde bleibt partielle Matrix gegenüber der Erfüllung aller Funktionserfordernisse**. Hier spielt nun wiederum die Modernität eine besondere Rolle. Denn mit dieser Modernität hat sich eine weitere Differenzierung des Lebens **und die** Auflösung geschlossener, einheitlicher

• 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 21

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

56

## Textstelle (Prüfdokument) S. 44

Gemeinde die räumliche Nähe zu ihren Institutionen durchaus nicht garantiert. Die Aufsplitterung der personalen Funktionserfüllung auf verschiedene, meist benachbarte Gemeinden nimmt somit zu und damit zugleich die Parzellierung des Gemeindeerlebnisses. Die Definition der Gemeinde als "eine mehr oder weniger große lokale und gesellschaftliche Einheit, in der Menschen zusammenwirken, um ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben gemeinsam zu fristen"<sup>10</sup> verliert ihren Wirklichkeitsbezug durch offensichtlich zunehmenden Verlust dieser Gemeinsamkeit. Unter diesen veränderten Bedingungen erscheint die traditionelle soziologische Bewertung der Gemeinde als eine der wesentlichen Sozialisationsformen der Gesellschaft immer fragwürdiger. Das aus dem Sozialisationsfeld der Familie

10 Ren König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, a.a.O., S. 26

## Textstelle (Originalquellen)

eine globale Gesellschaft zu sein, keine Entscheidung über eventuelle Isolierung, Autonomie, Autarkie oder Selbst genügsamkeit der Gemeinde impliziert. Die Gemeinde bleibt auch in diesem Falle eine mehr oder weniger große lokale und gesellschaftliche Einheit, in der Menschen zusammenwirken, um ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben gemeinsam zu fristen. Daher ist es in diesem Zusammenhang auch verhältnismäßig gleichgültig, ob es sich um einen Weiler, einen Flecken, ein Dorf, eine kleine Stadt, eine Polis oder

- 21 König, Ren : Grundformen der Gesell..., 1958, S. 12

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

57

## Textstelle (Prüfdokument) S. 45

Größe und Ausstattung einer Gemeinde entweder die eine oder die andere Tendenz überwiegt. Gemeinsam ist allen, in ihren konkreten Erscheinungsformen noch so verschiedenartigen Gemeinden damit auch das Problem der Integration. Die kommunale Praxis zeigt allgemein, "daß die Differenzierungen so übermächtig sind, daß schon in kleinen Gebilden eine anstandslos funktionierende Integration auf der Ebene des Alltags nicht gefunden werden kann"<sup>15</sup>. Um die Ermittlung möglicher Integrationsfaktoren hat sich die gemeindesoziologische Forschung besonders bemüht. Dabei wurde in zahlreichen Untersuchungen deutlich, "daß der räumliche Faktor an sich keineswegs notwendigerweise eine solche integrale Ganzheit schafft. Im Gegenteil, die Forschung scheint durchweg zu beweisen, daß der räumliche Faktor allein einzig unter außergewöhnlichen Verhältnissen integrierend wirkt, etwa bei Neusiedelungen. Hier wirkt er sich vielleicht darum so stark aus, weil einfach noch keine Gelegenheit gegeben war, andere Medien der sozialen Verbindung zu entdecken. Es zeigt sich jedenfalls regelmäßig, daß der Faktor Raum sehr bald durch andere wenigstens teilweise verdrängt zu werden pflegt, z. B. kulturelle Affinitäten"<sup>16</sup>. Aus diesem Grunde ist gerade in bezug auf kommunale Integration die Unterscheidung zwischen physischer Nähe oder Ferne und "funktionaler Distanz"<sup>17</sup> gemacht worden. Eine sozialpsychologische Untersuchung bürgerschaftlicher Aktivitäten in Stuttgart hat gezeigt, daß die Verfolgung verschiedenartiger Interessen die Bürger einer Gemeinde voneinander trennt und

15 Rene König, Die soziale Struktur der Stadt, in: Soziologische Orientierungen, Köln 1965, auszugsweise abgedruckt in: Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 50

16 Ren König, Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, a.a.O., S. 113

17 siehe dazu Leon Festinger/St Stanley Schachter und Kurt Back, Social Pressures in Informal Groups, New York 1950

## Textstelle (Originalquellen)

es zu einem allgemeinen Problem wird, wie sich solche komplexen sozialen Gebilde integrieren können. Wenn wir nun von der Wirklichkeit des Alltags ausgehen, zeigt sich, daß die Differenzierungen so übermächtig sind, daß schon in kleinen Gebilden eine anstandslos funktionierende Integration auf der Ebene des Alltags nicht gefunden werden kann. Gerade hier wird aber nun die kulturelle Dimension von überragender Bedeutung. Jede Stadt hat an sich eine ästhetische Erscheinungsform, die nun wirklich mehr oder weniger

in zweiter Linie noch immer der räumliche Faktor, der oft so stark unterstrichen worden ist. Hier konnte jedoch auf Grund zahlreicher Untersuchungen gezeigt werden, daß der räumliche Faktor an sich keineswegs notwendigerweise eine solche integrale Ganzheit schafft. Im Gegenteil, die Forschung scheint durchweg zu beweisen, daß der räumliche Faktor allein einzig unter außergewöhnlichen Verhältnissen integrierend wirkt, etwa bei Neusiedelungen. Hier wirkt er sich vielleicht darum so stark aus, weil einfach noch keine Gelegenheit gegeben war, andere Medien der sozialen Verbindung zu entdecken. Es zeigt sich jedenfalls regelmäßig, daß der Faktor Raum sehr bald durch andere wenigstens teilweise verdrängt zu werden pflegt, z. B. kulturelle Affinitäten. Natürlich bleiben aber gelegentlich die räumlichen Umstände so augenfällig, daß man unwillkürlich verleitet wird, von der Einheit der Raumgestalt auf eine innere Einheit zu schließen.

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 123
- 21 König, Ren : Grundformen der Gesell..., 1958, S. 113

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

58



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 47

Weise von der des Bundes oder der Länder im föderativen Staatssystem der Bundesrepublik Deutschland, und dies gilt auch dann, wenn die jeweils subjektiven Vorstellungen von Politik sich auf den verschiedenen Ebenen politischen Handelns unterschiedlich artikulieren; "denn in Deutschland bilden die verschiedenen Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden auch rechtlich keine eindeutige Hierarchie, sondern sind jeweils andere Bereiche"<sup>23</sup>, aber eben allesamt staatliche Bereiche. Im Unterschied zu anderen, tatsächlich nichtstaatlichen sozialen Gebilden ist Teilhabe an der Gemeinde als Kooperations- und Integrationssystem weder freiwillig noch auf bestimmte Zwecke begrenzt. Jeder einzelne Bürger ist ihren Herrschaftsakten

23 Peter Oel, Die Gemeinde im Blickfeld ihrer Bürger, a.a.O., S. 19

## Textstelle (Originalquellen)

Kandidat zur Wahl in eine gesetzgebende Körperschaft annimmt". Art. 137 des Bonner Grundgesetzes schreibt vor, daß die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes und Richtern des Bundes, der Länder und der Gemeinden gesetzlich beschränkt werden könne. Gemäß Gesetz vom 4. August 1953 haben die in den deutschen Bundestag gewählten Beamten und Richter mit dem Tag der Annahme der Wahl

- 23 Fraenkel, E.: Deutschland und die w..., 1964, S. 160

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

59

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 49

Probleme einer Gemeinschaft verbindlich geregelt werden, ohne dabei den Anspruch objektiver Interessen- und Bedürfnisbefriedigung erheben zu wollen. Auch in dieser Beziehung gleichen sich kommunalpolitische und gesamtstaatliche Strukturen immer mehr an. Die Integration einer Gemeinde, die "im Bereich des Sozialen auf Grund seiner Vielschichtigkeit und Diversität der beteiligten Interessen nicht (oder nur selten) erreicht werden kann"<sup>29</sup>, muß durch Politik und ihre verantwortlichen Entscheidungen erst hergestellt werden. Nur der Vollzug von Politik läßt die diffuse soziale Wirklichkeit Gemeinde zu einer geschlossenen politischen Einheit werden. Der soziologische Hinweis Ren Königs, "daß sich Integration nicht von selbst vollzieht, sondern daß sie als mehr oder weniger bewußter Akt aus der sozialen Dimension in eine andere projiziert werden muß"<sup>30</sup>, bezeichnet zugleich eine der wesentlichen Funktionen moderner Kommunalpolitik. Dabei wird vor allem die Frage bedeutsam, woher sich die Inhalte einer solchen kommunalen Politik rekrutieren lassen, und wo die Parteien und andere soziale Organisationen, denen diese

29 Ren König, Grundformen der Gesellschaft, a.a.O., S. 124

30 ebda

## Textstelle (Originalquellen)

für die Integration der Gemeinde Wir möchten also mit einem Wort der Vermutung Ausdruck geben, daß eine Integration trotzdem möglich sein könnte, selbst wenn sie im Bereich des Sozialen auf Grund seiner Vielschichtigkeit und Diversität der beteiligten Interessen nicht (oder nur selten) erreicht werden kann. Vielleicht ist es überhaupt so, daß sich Integration nicht von selbst vollzieht, sondern daß sie als mehr, oder weniger bewußter Akt aus der sozialen Dimension in eine andere projiziert werden muß, z. B. in die kulturelle. Dann könnte etwa im Symbol eine Integration verwirklicht werden, die in der sozialen Wirklichkeit unerreichbar ist. Die Symbolik, die mit dem Begriff <

- 21 König, Ren : Grundformen der Gesell..., 1958, S. 124

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

60

## Textstelle (Prüfdokument) S. 50

möglich zu machen<sup>31</sup>. Diese Aufgabe kann eine Partei aber dann nicht leisten, wenn sie dem parzellierten Politikerlebens mit einem einheitlichen, scheinbar geschlossenen Organisationsmodell, d.h. mit einer an kommunalen "Einheiten" orientierten Organisation und Politik zu entsprechen sucht. "Wenn eine Partei nur eine einheitliche Leistung und eine einheitliche Politik darzubieten versucht, wird sie hoffnungslos zur Partei einer Minderheit werden, der diese Einheitlichkeit gerade eben noch entspricht. Den anderen hat sie dann nichts mehr zu sagen, denn sie leistet dann absolut nichts für die Reproduktion der Umwelten dieser anderen"<sup>32</sup>. Je größer eine Stadt oder Gemeinde ist, desto größer ist in der Regel auch die Neigung der Partei, die als Handlungsebene zu große "Einheit" der ganzen Gemeinde in eine Vielzahl kleiner und überschaubarer Teil-, "Einheiten" auf regionaler Basis aufzulösen. Diese Regionalisierung der Parteiorganisation innerhalb einer Gemeinde, also unterhalb der kommunalen

<sup>31</sup> vgl. Gerhard Elschner, Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt, a.a.O., S. 26

<sup>32</sup> ebda, S. 27

## Textstelle (Originalquellen)

und auf übergreifende Ziel gerichteten Charakter tragen. Die Einheit kann sich auf gewisse Prinzipien beziehen. Sie ist aber für die tatsächlich zu leistende Politik unsinnig. Wenn eine Partei nur eine einheitliche Leistung und eine einheitliche Politik darzubieten versucht, wird sie hoffnungslos zur Partei einer Minderheit werden, der diese Einheitlichkeit gerade eben noch entspricht. Den anderen hat sie dann nichts mehr zu sagen, denn sie leistet dann absolut nichts für die Reproduktion der Umwelten dieser anderen. Der Begriff der Gemeinde, wie wir ihn heute im Sprachgebrauch haben, ist hier besonders irreführend. Wir könnten ihn bestenfalls noch im formalen Sinne gebrauchen. Etwa

• 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 30

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

61

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 50

gemeindlichen Politikerlebnisses entstehenden Teilbereiche, die eben nicht räumlich, sondern sachlich, d. h. an konkreten Interessen und Problemen orientiert sind. Auch der naheliegende Bezug der Organisationsstruktur der Parteien auf Stadt- oder Ortsteile schafft ' keineswegs zwangsläufig politisch funktionsfähige Handlungseinheiten. "Der Großstädter gehört nicht mehr der Stadt an, sondern einem Stadtteil, aber auch diesem nicht vollständig, denn die Trennung von Arbeitsstätte und Wohnstätte, die in ganz verschiedenen Stadtvierteln liegen, verhindert die volle Identifikation des Großstädtlers mit einem Teilbezirk. Er findet seine Erholung womöglich noch in einem dritten Stadtteil; so gehört er zu mehreren Bezirken und zu keinem wirklich" <sup>33</sup> . Diese Differenzierung der Lebensbereiche prägt und erzwingt ein parzelliertes kommunales Politikerlebnis, das die Gemeindeeinheit nur noch als Verwaltungseinheit erfahrbar macht; "so wird dem durchschnittlichen Großstädter die Gemeinde nur noch als seine Behörde bewußt, zu der er in einem Abhängigkeitsverhältnis steht" <sup>34</sup> . Politikerlebnis als Herrschaftserfahrung: dies ist der kleinste gemeinsame Nenner in dem diffusen System parzellierter und in der Regel unvermittelter Erfahrungen von Politik in Gemeinden. Die Integration der durch Interessen- und Bedürfnisdifferenzierung gekennzeichneten sozialen Wirklichkeit Gemeinde

33 Elisabeth Pfeil, Politische und kirchliche Gemeinde in der Großstadt, auszugsweise abgedruckt in: Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 52

34 ebda

## Textstelle (Originalquellen)

spiegelt sich die bauliche und soziale Entwicklung der großen Städte wider: das Auseinanderfallen in Gruppen und in Stadtteile, die kaum noch eine Beziehung miteinander haben. Der Großstädter gehört nicht mehr der Stadt an, sondern einem Stadtteil, aber auch diesem nicht vollständig, denn die Trennung von Arbeitsstätte und Wohnstätte, die in ganz verschiedenen Stadtvierteln liegen, verhindert die volle Identifikation des Großstädtlers mit einem Teilbezirk. Er findet seine Erholung womöglich noch in einem dritten Stadtteil; so gehört er zu mehreren Bezirken und zu keinem wirklich. Die Selbstverwaltung wurde dem Gesichtsfeld der Bürger entrückt; das Ehrenamt in der bürgerlichen Gemeinde war fortan nicht mehr erstrebenswert. Die meisten Großstädter wissen kaum noch,

den sozialen Bewährungsausweis. Es wäre ja auch kein Forum da, auf dem sich die Bewährung sichtbar abspielte. (Denn die Presse scheut man, nicht ohne Grund.) So wird dem durchschnittlichen Großstädter die Gemeinde nur noch als seine Behörde bewußt, zu der er in einem Abhängigkeitsverhältnis steht. Selbst die gewerblichen Unternehmen sind in Abhängigkeit von der Administration geraten. Der Rückzug des Großstädtlers auf das private Feld ist fast vollständig. Wenn ein Freundeskreis

• 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 125

## Textstelle (Prüfdokument) S. 51

beschrieben und fast ebenso häufig beklagt worden<sup>38</sup>, in einer arbeitsteiligen, hochentwickelten und demokratisch organisierten Gesellschaft erscheint sie jedenfalls als geradezu zwangsläufig. Dies gilt für den Bereich der Gemeinde ebenso wie für die Bundes- und Landesebene. "Wie es Verwaltungsrömantiker gibt, denen die ‚unpolitische‘ Verwaltung und der ‚unpolitische‘ Beamte als Ideal vorschwebt, so müssen andererseits manche Vertreter einer lebendigen demokratischen Selbstverwaltung einsehen, daß auch sie romantisch denken, wenn sie glauben, die bürgerschaftliche Selbstverwaltung heute noch durch unmittelbare Heranziehung der einzelnen, nicht gruppenzugehörigen Bürger entscheidend stärken zu können"<sup>39</sup>. Politische Beteiligung als Artikulation und Verfolgung persönlicher Interessen verspricht nur organisiert, also in Gruppen, Erfolg. Die monopolartige Stellung der Parteien ist in den letzten Jahren erstmals durch Bürgerinitiativen, Aktionskomitees und andere spontane Gruppierungen angegriffen und gelegentlich auch aufgebrochen worden, die sich vor allem im kommunalen Bereich als durchaus fähig erwiesen haben, politische Interessenvertretung in der Gemeinde außerhalb der etablierten Parteien

38 insbes. für die gemeindliche Willensbildung ist eingewandt worden, daß "ein ausgereifter Parteienstaat das Ende der kommunalen Selbstverwaltung bedeutet": Arnold Kötting, Die Krise d.

39 Otto Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, a.a.O., S. 91

## Textstelle (Originalquellen)

letzteres ist zum Unterschied von der staatlichen Verwaltung neben der formellen Eigenständigkeit ein wesentliches Merkmal der kommunalen Selbstverwaltung. Man muß aber noch einen Schritt weitergehen: Wie es Verwaltungsrömantiker gibt, denen die "unpolitische" Verwaltung und der "unpolitische" Beamte als Ideal vorschwebt, so müssen andererseits manche Vertreter einer lebendigen demokratischen Selbstverwaltung einsehen, daß auch sie romantisch denken, wenn sie glauben, die bürgerschaftliche Selbstverwaltung heute noch durch unmittelbare Heranziehung der einzelnen, nicht gruppenzugehörigen Bürger entscheidend stärken zu können. Daran ändern auch wenig die zahlreichen Versuche gerade in den letzten Jahren, von Seiten der Bürger, aber auch von der Verwaltung aus den direkten Kontakt

- 24 Politische Parteien und kommunale S..., 1971, S. 91

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

63

## Textstelle (Prüfdokument) S. 54

sozialen System einer Gemeinde bestimmt sich aber nahezu ausschließlich nach dem Ausmaß ihrer Leistungsfähigkeit in bezug auf ihre wesentliche politische Funktion der Artikulation und Integration parzellierter gemeindlicher Interessen; ohne die Erfüllung dieser Funktion sind Parteien "im strengen Sinne innerhalb der Gemeinde soziologisch nicht unbedingt wichtiger ... als freie und spontane Assoziationen wie ein Klub oder ein Verein, ad usum gebildete Wohltätigkeitszirkel, Initiativkomitees oder Kränzchen, denen anzugehören für den Neubürger etwa von so großer Bedeutung sein kann, daß sich damit sein Einleben oder Nichteinleben entscheidet, oder auch informelle Gruppen, Cliques, Klüngel, die hinter den Kulissen oft einen unangreifbaren, darum aber unter Umständen um so nachhaltigeren und wirksamen Druck auf die Gemeindegeschäfte ausüben ..."54 . Eine solche Entwicklung aber, die an die Stelle oft schwerfälliger, wenig problembezogen arbeitender Parteiorganisationen spontane und wechselnde Gruppierungen mit konkret artikulierter, informell organisierter und unkontrolliert realisierter Interessenvertretung setzte, könnte weder für die Parteien noch für

54 Ren König, Grundformen der Gesellschaft, a.a.O., S. 40

## Textstelle (Originalquellen)

Raum einnimmt als sonst, wodurch auch der lokalen "Sitte" eine größere Bedeutung eingeräumt wird. Das heißt natürlich auch, daß die Organisationen (politischen Parteien) und Verbände im strengen Sinne innerhalb der Gemeinde soziologisch nicht unbedingt wichtiger sind als freie und spontane Assoziationen, wie ein Klub oder ein Verein, ad usum gebildete Wohltätigkeitszirkel, Initiativkomitees oder Kränzchen, denen anzugehören für den Neubürger etwa

Bedeutung eingeräumt wird. Das heißt natürlich auch, daß die Organisationen (politischen Parteien) und Verbände im strengen Sinne innerhalb der Gemeinde soziologisch nicht unbedingt wichtiger sind als freie und spontane Assoziationen wie ein Klub oder ein Verein, ad usum gebildete Wohltätigkeitszirkel, Initiativkomitees oder Kränzchen, denen anzugehören für den Neubürger etwa von so großer Bedeutung sein kann, daß sich damit sein Einleben oder Nichteinleben entscheidet, oder auch informelle Gruppen, Cliques, Klüngel, die hinter den Kulissen oft einen ungreifbaren, darum aber unter Umständen um so nachhaltigeren und wirksamen Druck auf die Gemeindegeschäfte ausüben, einzelne Prestigepersönlichkeiten oder lockere Freundschafts- und Interessenbeziehungen zwischen ihnen, in

großer Bedeutung sein kann, daß sich damit sein Einleben oder Nichteinleben entscheidet, oder auch informelle Gruppen, Cliques, Klüngel, die hinter den Kulissen oft einen ungreifbaren, darum aber unter Umständen um so nachhaltigeren und wirksamen Druck auf die Gemeindegeschäfte ausüben, einzelne Prestigepersönlichkeiten oder lockere Freundschafts- und Interessenbeziehungen zwischen ihnen, in kleinen Gemeinden (Stammtische) usf. Die soziologische Untersuchung einer Gemeinde ist ganz besonders an solchen

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 11
- 21 König, Ren : Grundformen der Gesell..., 1958, S. 24
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 11

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

64



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 56

Umfang der einzelnen Organisationsstufen konkret zu regeln sind, werden damit grundsätzlich auf das regionale Organisationsprinzip verpflichtet. Neben dieser allgemeinen Festlegung, daß die Parteien sich in Gebietsverbände gliedern, enthält das Gesetz darüber hinaus die bemerkenswerte Forderung, "die gebietliche Gliederung muß soweit ausgebaut sein, daß den einzelnen Mitgliedern eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung der Partei möglich ist"<sup>2</sup>, eine vermeintliche Präzisierung, die allerdings offen läßt, ob und inwieweit eine regionale Strukturierung überhaupt die gewünschte "angemessene Mitwirkung" an innerparteilichen Willensbildungsprozessen zuläßt. Die Organisation aller Parteien in der Bundesrepublik entspricht grundsätzlich diesen gesetzlichen Mindestanforderungen, "die Gliederung der Parteien richtet sich in immer stärkerem Maße nach der Gliederung der staatlichen Verwaltung"<sup>3</sup>. CDU und FDP gliedern sich unterhalb der Bundesebene in Landes-, Kreis- und Ortsverbände, der organisatorische Aufbau der CSU, die wegen ihrer Beschränkung auf ein Bundesland organisatorisch den Charakter einer Landespartei hat, unterscheidet sich nur durch

## Textstelle (Originalquellen)

durch eine schriftliche Satzung bestimmt werden müssen. Darüber hinaus enthält es aber eine für die innerparteiliche Demokratie bedeutsame Forderung: "Die gebietliche Gliederung muß so weit ausgebaut sein, daß den einzelnen Mitgliedern eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung der Partei möglich ist"<sup>23</sup>). Dieser Satz zielt darauf ab, dafür Sorge zu tragen, daß die Parteien untere Gebietseinheiten bilden, die so klein sind, daß das einzelne Mitglied sie zu

Mitglieder gegebenenfalls aktiv mitarbeiten kann. Das erscheint nicht gesichert, wenn die Zahl der Mitglieder der unteren Gebietseinheit allzu groß ist. V erwaltungsgliederung und Gliederung der Parteiorganisationen Die Gliederung der Parteien richtet sich in immer stärkerem Maße nach der Gliederung der staatlichen Verwaltung 24). Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, daß eine Ebene der Parteienorganisation einer entsprechenden Ebene der staatlichen Organisation zugeordnet ist. Das Flauptwirkungsfeld der Parteien sind die

- 25 Kaack: Geschichte und Struktur des ..., 1971, S. 75

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

65

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 56

der Bundesrepublik gemeinsame Organisationsprinzip. Alle Mitglieder der bei-  
1 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967, § 7  
Abs. 1 2 ebda 3 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen  
Parteiensystems, a.a.O., S. 372 4 das Statut der CDU regelt die Gliederung wie  
folgt: "Organisationsstufen der CDU sind: a) Die Bundespartei, b) die  
Landesverbände, c) die Kreisverbände, d) die Ortsverbände. Wo es  
zweckmäßig erscheint, können mehrere Kreisverbände zu Wahlkreis- oder zu  
Bezirksverbänden, mehrere Ortsverbände zu Amtsverbänden oder ähnlich  
gearteten Verbänden zusammengefaßt werden" ; Statut der Christlich  
Demokratischen Union Deutschlands, in: CDU Dokumentation, hrsg. von der  
Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, 1969, S. 92 den großen Parteien sind in  
einem von mehreren Tausend Ortsverbänden<sup>6</sup> organisiert und nahezu  
ausschließlich über diese mit höheren Parteigremien

<sup>6</sup> in der Literatur finden sich unterschiedliche und widersprüchliche Zahlenangaben über die  
Ortsverbände der beiden großen Parteien. So gliedert sich die SPD nach Angaben Ulrich  
Lohmars aus dem Jahre 1968 in etwa 8000 Ortsverbände, während die CDU und CSU über  
ungefähr 6500 Ortsverbände verfügen sollen (Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.  
O., S. 38). Demgegenüber nennt Kaack für die SPD Ende 1967, also etwa zum gleichen  
Zeitpunkt, 8830 Ortsvereine; allein die CDU - ohne die CSU - soll bereits 1964 insgesamt  
10076 Ortsverbände gehabt haben (Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen  
Parteiensystems, a. a. O., S. 489). Es ist kaum anzunehmen, daß sich diese Zahl innerhalb von  
nur vier Jahren halbiert haben könnte. Überhaupt keine Angaben macht Helmut Pütz, Die CDU,  
Entwi .....

## Textstelle (Originalquellen)

übersteigt<sup>30</sup>). Auch die Gliederung der CDU ist im Statut nicht genau  
festgelegt. Es heißt dort in § 15: "Wo es zweckmäßig erscheint, können  
mehrere Kreisverbände zu Wahlkreisoder zu Bezirksverbänden, mehrere  
Ortsverbände zu Amtsverbänden oder ähnlich gearteten Verbänden  
zusammengefaßt werden." <sup>40</sup>) Erstmals tritt hier die Bezeichnung  
Wahlkreisverband auf. Sie weist darauf hin, daß neben dem staatlichen Aufbau  
auch die Wahlkreiseinteilung für die Aktionseinheiten der politischen Parteien

- 25 Kaack: Geschichte und Struktur des ..., 1971, S. 78



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

66

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 57

jeweiligen Parteiführungen ernannt oder zumindest nachträglich von diesen bestätigt werden müssen<sup>7</sup>, wengleich nicht zu übersehen ist, daß einzelne Arbeitsgemeinschaften inzwischen gewichtige innerparteiliche Machtfaktoren geworden sind und sich insofern von sonstigen Parteiausschüssen und -kommissionen deutlich abgesetzt haben. "Der Einfluß dieser Gremien auf den verschiedenen Ebenen der Partei kann nicht sehr hoch bemessen werden; die Ausschüsse tagen unregelmäßig, den Vorsitz führt jeweils ein Mitglied des regionalen bzw. des Bundesvorstandes der Partei, Beschlüsse oder Empfehlungen werden nicht veröffentlicht"<sup>8</sup>. Funktion und Aufgaben solcher Vereinigungen oder Ausschüsse sind in den Satzungen der Parteien meist gar nicht oder nur sehr ungenau definiert. So heißt es etwa im Statut der CDU: "Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen (Junge Generation, Frauen, Arbeitnehmer, Kommunalpolitik, Mittelstand, Wirtschaft, Vertriebene und Flüchtlinge) zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren". Es ist bemerkenswert, daß schon im nächsten Absatz dieses Paragraphen das Regionalprinzip zum Zuge kommt: "Ihr organisatorischer Aufbau entspricht dem der Partei"<sup>9</sup>. Die mangelnde Kompetenz und Durchsetzungskraft solcher Ausschüsse oder Arbeitsgemeinschaften ergibt sich vor allem aus dem Umstand, daß sie zur Verwirklichung ihrer eigenen Beschlüsse Parteigremien befassen müssen, in denen sie selbst direkt nicht vertreten und somit auf die Unterstützung von Delegierten der jeweiligen Gebietsverbände angewiesen sind. Die Vertretung sachlicher Probleme oder Interessen, die

<sup>7</sup> Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands § 10, Abs. 1

<sup>8</sup> Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 58

<sup>9</sup> Statut der CDU, § 39, a. a. O., S. 97

## Textstelle (Originalquellen)

Gliederung der Ausschüsse des Bundestages und der Arbeitskreise der Bundestagsfraktionen an; die Sozialdemokratie hat also die Konstruktion ihrer Fachgremien weitgehend auf die Bundespolitik hin orientiert. Der Einfluß dieser Gremien auf den verschiedenen Ebenen der Partei kann nicht sehr hoch bemessen werden; die Ausschüsse tagen unregelmäßig, den Vorsitz führt jeweils ein Mitglied des regionalen bzw. des Bundesvorstandes der Partei. Beschlüsse oder Empfehlungen werden nicht veröffentlicht, sie üben daher (im Gegensatz zu den publizierten Forderungen mancher Ausschüsse der CDU) keine Wirkung auf die öffentliche Meinungsbildung aus; lediglich dem Parteivorstand werden sie

- 10 Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche De..., 1963, S. 1958

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

67

## Textstelle (Prüfdokument) S. 61

in jeder Beziehung gerecht zu werden. Die bislang vorliegende Literatur über die innerparteiliche Funktion von Parteitage befäßt sich fast ausschließlich mit den Bundeskongressen der Parteien<sup>26</sup>. Die als "gesichertes Ergebnis" dieser Analysen formulierte Einschätzung Jürgen Dittbners, "daß die Parteitage der großen Parteien in der Bundesrepublik charakterisiert sind durch ein politisches Übergewicht der Parteiführungen gegenüber den Delegierten aus den Organisationsgliederungen"<sup>27</sup>, wird durch die Beobachtungen auf kommunaler Ebene im wesentlichen durchaus bestätigt. Sämtliche sechs vom Kreisvorstand durch eine von ihm eingesetzte und in ihren Ergebnissen durch ihn bestätigte Kommission eingebrachten Satzungsänderungsanträge wurden vom Kreisparteitag gebilligt, vier

26 Jürgen Dittbner, Funktionen westdeutscher Parteitage, in: Otto Stammer (Hrsg), Parteiensysteme, Parteiorganisationen und die neuen politischen Bewegungen, Berlin 1968, S. 119ff;

27 Jürgen Dittbner, Die Parteitage von CDU und SPD, in: Dittbner/Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise, a.a.O., S. 83

## Textstelle (Originalquellen)

Frage nach der Rolle der Parteitage im historischen Prozeß. Analysen der innerparteilichen Rolle der Parteitage liegen vor<sup>5</sup>, und es kann als gesichertes Ergebnis angesehen werden, daß die Parteitage der großen Parteien in der Bundesrepublik charakterisiert sind durch ein politisches Übergewicht der Parteiführungen gegenüber den Delegierten aus den Organisationsgliederungen. Der vorlie- Jahr CDU-Parteitage Ort SPD-Parteitage Ort 1945 4. 6. Dezember Bad Godesberg ") 5. 7. Oktober Wennigsen b) 1946 9. 11. Mai Hannover 1947 29. Juni- -2. Juli Nürnberg 1948 12. 14. September Düsseldorf 1949 1950 20. 22. Oktober Goslar 21. 25. Mai Hamburg 1951 18. 21.

- 4 Dittbner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 1970

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

68

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 64

des Kreisparteitages, 3. die Benennung von Vertretern des Kreisverbandes als Mitglieder der Landesfachausschüsse, falls kein Ausschuß auf Kreisebene besteht."<sup>40</sup> Dieses Gremium ist nach dem Vorbild der Bundes- und Landesparteiausschüsse konstruiert, die - in der Interpretation des Parteiengesetzes - "nach der Satzung umfassende Zuständigkeiten für die Beratung oder Entscheidung politischer und organisatorischer Fragen der Partei besitzen"<sup>41</sup>. Ihm gehören die Mitglieder des Vorstandes, die Vorsitzenden der Vereinigungen und die von den Ortsverbänden für je angefangene 50 Mitglieder gewählten Vertreter stimmberechtigt, die Vorsitzenden der Fachausschüsse und die Mitglieder des Parteigerichts mit beratender Stimme an<sup>42</sup>.

40 Satzung des Kreisverbandes, § 17.6

41 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967, § 12.1

42 Satzung des Kreisverbandes, § 17.1-4

## Textstelle (Originalquellen)

werden. Seine Mitglieder können auch vom Vorstand gewählt oder durch die Satzung bestimmt werden.<sup>5</sup> § 12 Allgemeine Parteiausschüsse (1] Die Mitglieder von allgemeinen Parteiausschüssen und ähnlichen Einrichtungen, die nach der Satzung umfassende Zuständigkeiten für die Beratung oder Entscheidung politischer und organisatorischer Fragen der Partei besitzen können auch von nachgeordneten Gebietsverbänden gewählt werden. (2] Der Vorstand und Angehörige des in § 11 Abs. 2 genannten Personenkreises können einem solchen

- 20 Gesetz über die politischen Parteien..., 1967, S. 5

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

69

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 72

Selbständige 3 4 Arbeiter 1 1 2 Angestellte 4 1 12 Beamte 4 - 2 Rentner - - -  
Hausfrauen 2 1 in Ausbildung 1 1 1 Helfer in Fam.-betreuung - - insgesamt 15  
4 21 Sozialstruktur Fraktions- Arbeits- Kom- Sonim vorstand kreise missionen  
stige Selbständige \_ 2 1 Arbeiter - - - - Angestellte 3 4 4 2 Beamte 2 1 2 -  
Rentner - - - - Hausfrauen - - 2 in Ausbildung - - - 2 Helfer in Fam.-betreuung -  
- - insgesamt 5 7 9 4 "Die politische Willensbildung in den Parteien der  
Bundesrepublik ist also personell, soziostrukturell und gruppenmäßig begrenzt.  
Hier sind vor allem Angehörige der Mittelschicht, die sich für die Berufsrolle  
des Politikers entschieden haben, erfolgreich"<sup>78</sup>. Diese die Führungsstrukturen  
der Parteien und Parlamente auf nationaler Ebene betreffende Feststellung trifft  
auch auf kommunaler Ebene schon weitgehend zu. Der Vergleich der  
Sozialstrukturen auf beiden Ebenen zeigt deutlich, daß der soziale  
Selektionsprozeß von der

78 Jürgen Dittberner, Entwicklungstendenzen des Parteiensystems, a.a.O., S. 479

## Textstelle (Originalquellen)

bei den innerparteilichen Führungsrekrutierungen<sup>43</sup>. Die von Dietrich Herzog  
analyisierte Professionalisierung der politischen Führungspositionen ist ein  
weiteres Faktum, das zur sozialen Einschränkung personeller  
Entscheidungsprozesse beiträgt. Die politische Willensbildung in den Parteien  
der Bundesrepublik ist also personell, soziostrukturell und gruppenmäßig  
begrenzt: Hier sind vor allem Angehörige der Mittelschicht, die sich für die  
Berufsrolle des Politikers entschieden haben, erfolgreich.  
Gesamtgesellschaftlich betrachtet dienen die Parteien mithin in personeller  
Hinsicht als Ausleseorgane für politische Führungspositionen zugunsten von  
Berufspolitikern aus der Mittelschicht. Finden schon die "unteren" Schichten

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 254

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

70

## Textstelle (Prüfdokument) S. 73

Beamte 21,0 26,0 Rentner - (keine Angaben) Hausfrauen 5,3 (keine Angaben) in Ausbildung 10,5 (keine Angaben) Helfer in Farn.-Betr. - - Die ernüchternden empirischen Befunde über die formalen Willensbildungs- und Führungsstrukturen politischer Parteien machen die Bemühungen der modernen Parteienforschung verständlich, nachzuweisen, "wie gering unser Wissen über die innerparteiliche Willensbildung ist und daß das Urteil über die innerparteiliche Demokratie bisher um so positiver ausfiel, je tiefer man in die informelle Struktur eindrang"<sup>81</sup>. Dies ist insofern sicher richtig, als eine solche Analyse in der Regel nachweist, daß auch und gerade die dominierenden Gremien selten homogene Gruppierungen sind, daß vielmehr gerade dort die miteinander konkurrierenden Auffassungen und Personen unmittelbar

81 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a.a.O., S. 123

## Textstelle (Originalquellen)

der oft den Augen der Öffentlichkeit entgeht. "Rebellionen und Disziplin sind nur ein Teil des Informationsflusses in diesem Prozeß."<sup>76</sup> Die vorliegenden empirischen Untersuchungen machen deutlich, wie gering unser Wissen über die innerparteiliche Willensbildung ist und daß das Urteil über die innerparteiliche Demokratie bisher um so positiver ausfiel, je tiefer man in die informelle Struktur eindrang. Es ist seltsam, daß die Identitätsanhänger, die sonst so sehr auf die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge hinweisen, sich beim empirischen Befund des innerparteilichen Geschehens fast nur auf

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 123

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

71



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 73

Gruppierungen durch deren führende Funktionsträger in sich integriert und dadurch eine Vorabklärung möglicher innerparteilicher Konflikte in kleinem Kreis und unter weitgehendem Ausschluß auch der Parteiöffentlichkeit ermöglicht, wenn nicht erzwingt<sup>82</sup>. Dennoch kann gerade ein solcher informeller, "tendenziell demokratisierend wirkender Gruppenpluralismus in sein Gegenteil umschlagen, wenn er dazu beiträgt, Entscheidungen aus den Parteitag heraus in die Führungsgremien zu verlagern, wo sie dann eher auf dem Wege des Kompromisses als der Mehrheitsentscheidung gelöst werden"

83. Eine informelle Entscheidungsstruktur, deren Reduzierung bis auf ein Triumvirat von drei Personen mit jeweils strategischen Positionen, ohne deren gegenseitige Kontaktaufnahme und Vorklärung eine gewichtige, insbesondere personalpolitische Entscheidung dem gesamten Kreisvorstand kaum vorgelegt wird, im Kreisverband B.

82 dem Kreisvorstand gehören beide Abgeordnete, der Vorsitzende der Ratsfraktion, vier von fünf Mitgliedern des Fraktionsvorstandes, drei von vier Vereinigungsvorsitzenden und vier Ortsvorsitzende an



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Parteitags- und Fraktionsentscheidungen würden weitgehend in der Spitze antizipiert, da in ihr auch alle wichtigen innerparteilichen Interessengruppen vertreten sind. So kann der tendenziell demokratisierend wirkende Gruppenpluralismus in sein Gegenteil umschlagen, wenn er dazu beiträgt, Entscheidungen aus den Parteitagen heraus in die Führungsgremien zu verlagern, wo sie dann eher auf dem Wege des Kompromisses als der Mehrheitsentscheidung gelöst werden Die den Entscheidungsspielraum der Parteitage einengende Funktion der Fraktionen stand bereits in anderem Zusammenhang zur Diskussion. Auf der Ebene der Führung wirkt sie aber nochmals

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 82

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

72

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 74

nur quantitative Analyse ihrer Aktivitäten eher verschleiern als aufdecken würde. Der Kreisverband B. ist regional in 21 Ortsverbände untergliedert, die in ihren jeweiligen Mitgliederzahlen wie in ihrer räumlichen Ausdehnung nicht unerhebliche Differenzen aufweisen. 83 Oscar W. Gabriel, Innerparteiliche Demokratie, in: **Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 82**; vgl. auch Bodo Zeuner, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 95 zitiert aufweisen. Zunächst ist bemerkenswert, daß die regionale Abgrenzung der einzelnen Ortsverbände voneinander nicht durchgängig derjenigen der statistischen Stadtbezirke entspricht<sup>88</sup>, obwohl die Anzahl beider Organisationseinheiten mit 21 bzw. 22 fast

<sup>88</sup> zur Einteilung der statistischen Bezirke der Stadt siehe die entsprechende Übersichtskarte, hrsg.



**4%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

bn und Reform sehen Integration oynupbt; ubi raicipuyiaminc uci vihrstlich-Demokratischen Parteien Westeuropas, Dezember 1971 Material zur Diskussion der Hochschulreform Dezember 1972 22 23 24 25 Material zur Demokratie-Diskussion Dezember 1972 **Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft** Dezember 1972 Material zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen März 1973 \* bedeutet: vergriffen. AB 8079<sup>5</sup> 5 ParteienG §§ 11-17<sup>4</sup> 4 Vgl. HESSE, Konrad: Grundzüge des Verfassungsrecht der<sup>4</sup> Bundesrepublik Deutschland; Karlsruhe 1967, S. 70<sup>7</sup> 7 ParteienG §§ 4, 25; GG Art. 21, Abs. 4<sup>8</sup> 8 Vgl. HERZIG, a.a.O., S. 8<sup>8</sup> 9

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 149

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

73

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 75

der Parteien ergibt sich zwingend aus ihrer politischen Willensbildungsfunktion<sup>95</sup>. Zur Wahrnehmung dieser Funktion erscheinen die Ortsverbände von ihrer sozialen Struktur wie von ihrer politischen Aktivität her besonders wenig geeignet, die ihnen nur selten erlauben, zur "Organisation des chaotischen öffentlichen Willens durch Artikulationsund lierung und Strukturierung öffentlicher Interessen"<sup>96</sup> im Rahmen innerparteilicher Willensbildungsprozesse beizutragen. Die soziologische Struktur der Ortsverbände als regionale Zusammenschlüsse verschiedenartiger sozialer Schichten und Interessen, die von den Repräsentanten der Parteien gerne als Ausweis ihrer politischen Leistungsfähigkeit ausgegeben wird, verhindert weitgehend

<sup>95</sup> vgl. Jürgen Dittberner, Die Parteitage von CDU und SPD, a.a.O., S. 82

## Textstelle (Originalquellen)

einzelnen näher zu zeigen ist. zu 1. (Artikulationsfunktion) Die Ortsgruppen der Parteien sind von ihrer sozialen Zusammensetzung wie von ihrer politischen Aktivität her durchaus ungeeignet, zur Organisation des chaotischen öffentlichen Willens und zur Strukturierung und Artikulation der öffentlichen Meinung durch innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung beizutragen. Es fällt schwer, ihre Tätigkeit - sofern vorhanden - überhaupt als politisch zu

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 54

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

74

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 76

Willensbildungsprozesse beizutragen. Die soziologische Struktur der Ortsverbände als regionale Zusammenschlüsse verschiedenartiger sozialer Schichten und **Interessen, die von den Repräsentanten der Parteien** gerne als Ausweis ihrer politischen Leistungsfähigkeit ausgegeben wird, verhindert weitgehend die geforderte Interessenartikulation, die "**als vollbewußte Willenskonstante zielgerichteten Handelns eindeutig und erkennbar motiviert**"<sup>97</sup> sein sollte; eben diese Eindeutigkeit aber ist unter den dargestellten gemeindesoziologischen Bedingungen durch regionale Organisation von Interessen nicht herzustellen, sofern es sich nicht gerade um solche handelt, die in der Tat die Region als Ganzes

<sup>97</sup> Lothar Döhn, Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970, S. 330

## Textstelle (Originalquellen)

dies, daß die Rolle **der Parteien** im aktuellen Willensbildungsprozeß determiniert sein soll zumindest **von den** jeweils manifesten und aktuellen **Interessen, die** wie Lothar Döhn formuliert "**als vollbewußte Willenskonstante zielgerichteten Handelns eindeutig und erkennbar motiviert**"<sup>2</sup> sind. Darüber hinaus wird sich die Beteiligung an der politischen Willensbildung für die Parteien nicht im Reagieren erschöpfen, sondern für sie gehört ebenso dazu, auf

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 82

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

75

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 77

eine Bestätigung denn als eine Widerlegung dieser Beobachtung gelten, denn diese Versammlungen sind von ihrer Zusammensetzung wie von ihrer Absicht her zur Artikulation von Interessen und zur Strukturierung der öffentlichen Meinung nicht in der Lage. "Wenn die Parteien dennoch erhebliche Mittel und die Politiker sehr viel Zeit in diese Veranstaltungen investieren, so spricht das mehr für das organisatorische Beharrungsvermögen der Parteien als für die Qualität dieser Veranstaltungen"<sup>103</sup>. Wo immer sich öffentliche Meinung artikulieren mag, in den Versammlungen der Ortsverbände sicherlich am allerwenigsten. Politische Meinungs- und Willensbildung in einem halbwegs anspruchsvollen Sinn findet dort, wenn überhaupt, nur selten statt. Die Ortsverbände als unterste

103 Lohmar, a.a.O., S. 43

## Textstelle (Originalquellen)

öffentlichen Versammlungen der Parteien, von den Ortsgruppen getragen, weisen einen so schlechten Besuch auf, daß von einer Meinungsbildung auf diesem Wege kaum gesprochen werden kann. Wenn die Parteien dennoch erhebliche Mittel und die Politiker sehr viel Zeit in diese Veranstaltungen investieren, so spricht das mehr für das organisatorische Beharrungsvermögen der Parteien als für die Qualität der Veranstaltungen"<sup>2</sup>S. Zu dem gleichen desillusionierenden Ergebnis kommt Renate Mayntz in ihrer exemplarischen Untersuchung eines einzelnen Kreisverbandes - übrigens einer anderen Partei als derjenigen, auf welche

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 54

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

76

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 78

vor allem in den westlichen politischen Systemen die eigentliche Funktion der Aggregation bzw. Integration dieser von jenen formulierten Interessen zufalle<sup>105</sup>. Eine solche, scheinbar systemrationale Arbeitsteilung ist nicht ganz unproblematisch, da sie die Parteien leicht als "Zwischenstationen oder Zuträger des Verbandsinteresses zu den Regierungsinstitutionen"<sup>106</sup> erscheinen läßt, jedenfalls dann, wenn sie in diesem Entscheidungsprozeß nicht mehr als die Vermittlung von Einzelinteressen zu leisten imstande sind. Integration von Interessen aber bedeutet, Partikularinteressen einem komplexen Bild des politischen Ganzen einzuordnen, zum Ausgleich

105 Gabriel A. Almond/Bingham G. Powell, Comparative Politics, A Developmental Approach,

106 Helmut Köser, Parteien und Verbände in westlichen Demokratien, in: Wolfgang Jäger (Hrsg.),

## Textstelle (Originalquellen)

ein enges Interaktionsgeflecht mit den Regierungsinstitutionen bilden. Damit rücken die Aktionen des "pressure" und des "lobbying" ins Zentrum der empirischen Forschung, die Parteien erscheinen als **Zwischenstationen oder Zuträger des Verbandsinteresses zu den Regierungsinstitutionen**. Die Konzeptualisierung eines solchen linearen Prozesses von den Verbänden über die Parteien hin zu den Regierungsinstitutionen ist zwar in der empirischen Forschung weit verbreitet, unterliegt

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 158

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

77

## Textstelle (Prüfdokument) S. 78

einem komplexen **Bild des politischen Ganzen** einzuordnen, zum Ausgleich zu bringen und dadurch einzelne und Gruppen **in das Gemeinwesen zu "integrieren"**<sup>107</sup>. Wenn den Parteien genau diese Aufgabe zufällt, dann ist zunächst **die Frage** zu beantworten, **woher sie ein solches komplexes Gesamtbild überhaupt gewinnen können. Dabei müssen für die Bildung des Parteiwillens, durch den dieses integrierte politische Konzept zu entwickeln ist, dieselben demokratischen Prinzipien gelten wie für die Bildung des staatlichen Gesamtwillens** auch, den sie zu formen beanspruchen; **wenn es also zutrifft, daß "die Demokratie als Parteienstaat den Gemeinschaftswillen nur als Resultante der Parteiwillen entstehen lassen will" und daher "auf die Fiktion eines überparteilichen .organischen' Gesamtwillens verzichten"**<sup>108</sup> kann und muß, dann ist **auch der Parteiwillen selbst in einem** demokratisch strukturierten politischen System nur als Resultante innerparteilicher Willensbildung zu legitimieren. An einem solchen Willensbildungsprozeß müßten alle in der Partei auf den verschiedenen Ebenen vertretenen oder zumindest vorhandenen Interessen mit gleichen Chancen und Rechten beteiligt sein, bevor in einer demokratischen Entscheidung der für alle

<sup>107</sup> Sigmund Neumann, Toward a Comparative Study of Political Parties, a.a.O., S. 367

<sup>108</sup> Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, a.a.O., S. 23

## Textstelle (Originalquellen)

den einzelnen **in das Gemeinwesen zu integrieren**, indem sie ihm und seinen Partikularinteressen ein komplexes **Bild des politischen Ganzen** vorstellen, dann stellt sich **die Frage, woher sie ein solches komplexes Gesamtbild überhaupt gewinnen können. Dabei müssen für die Bildung des Parteiwillens dieselben demokratischen Prinzipien gelten wie für die Bildung des staatlichen Gesamtwillens; d. h., wenn es zutrifft, daß "die Demokratie als Parteienstaat den Gemeinschaftswillen nur als Resultante der Parteiwillen entstehen lassen will" und sie daher "auf die Fiktion eines überparteilichen .organischen' Gesamtwillens verzichten"**<sup>27</sup> kann, dann kann sich **auch der Parteiwille in einem** demokratischen System nur als Resultante innerparteilicher Willensbildung legitimieren. Eine solche Willensbildung aber findet gerade nicht statt. Was

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 55

● 8% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

78

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 78

Entscheidung der für alle Mitglieder verbindliche Parteiwille bestimmt wird. Ein so definierter Willensbildungsprozeß **aber findet** zumindest auf unteren Ebenen der Parteiorganisation, in den Ortsverbänden, **nicht statt. Was als** Parteiwillen **proklamiert und** von den jeweiligen Führungspersönlichkeiten **gern als Ausgleich der unterschiedlichen Interessen innerhalb der Partei ausgegeben wird, ist** in der Regel nichts anderes **als die Meinung kleiner, meist informeller Kreise auf mindestens mittlerer Ebene der Parteihierarchie**. Die wenigen wirklich politischen Impulse, die in den Ortsverbänden registriert werden konnten, gingen fast ausnahmslos auf Initiativen des Vorsitzenden oder anderer Vorstandsmitglieder zurück, die anschließend meistens, aber durchaus nicht immer, der Mitgliederversammlung zur formellen Bestätigung

## Textstelle (Originalquellen)

Parteiwille in einem demokratischen System nur als Resultante innerparteilicher Willensbildung legitimieren. Eine solche Willensbildung **aber findet gerade nicht statt. Was als** Parteiwille **proklamiert und so gern als "Ausgleich der unterschiedlichen Interessen innerhalb der Partei" ausgegeben wird, ist** faktisch nicht viel mehr **als die Meinung kleiner, meist informeller Kreise auf mindestens mittlerer Ebene der Parteihierarchie**. Dazu Gerhard Leibholz: "Es muß vermieden werden, daß die zahlenmäßig kleinen, innerparteilich-oligarchischen Führungsgruppen mit Hilfe des Parteiapparates und der Parteibürokratie unter Verwendung der modernen

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 55

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

79

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 79

Rande mit ein"<sup>110</sup>. Damit aber beginnt schon auf der unteren Ebene der Parteiorganisation genau derjenige Oligarchisierungsprozeß, der gerade unter den Bedingungen der Parteidemokratie um jeden Preis verhindert werden müßte, da er sich dahin fortsetzen könnte, "daß die zahlenmäßig kleinen innerparteilicholigarchischen Führungsgruppen mit Hilfe des Parteiapparates und der Parteibürokratie ihren Willen dem Willen der Parteibürger entgegensetzen und ihn den letzteren und schließlich dem ganzen Volke auferlegen"<sup>111</sup>. Dabei muß unter dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit und Partizipationschancen bestimmter Parteistrukturen festgehalten werden, daß dieser Oligarchisierungsprozeß weniger auf die Ambitionen und Attitüden der amtierenden Vorstände als vielmehr auf die Lethargie der Mitglieder zurückzuführen ist. Die

110 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S. 102 und 105

111 Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, a.a.O., S. 123f

## Textstelle (Originalquellen)

Dazu Gerhard Leibholz: "Es muß vermieden werden, daß die zahlenmäßig kleinen, innerparteilich-oligarchischen Führungsgruppen mit Hilfe des Parteiapparates und der Parteibürokratie unter Verwendung der modernen Organisationstechnik ihren Willen dem Willen der Parteibürger entgegensetzen und ihn den letzteren und schließlich dem ganzen Volke auferlegen"<sup>28</sup>. In der Tat. Doch die bestehenden Strukturen sind dazu kaum in der Lage. zu 3. (Kommunikationsfunktion) Unter diesen Voraussetzungen muß festgehalten

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 55

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

80

## Textstelle (Prüfdokument) S. 80

anderen Verwaltungseinheit zuzuordnen und durch Verpflichtung auf ein gemeinsames, demokratisch entwickeltes Konzept deren politische Integration herzustellen, so sind die Leistungsschwächen der Parteiorganisation auf unterer Ebene unübersehbar. 5.2.3. Kommunikationsfunktion Nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes sollen die Parteien "für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen"<sup>117</sup>, eine Forderung, die für den kommunalen Bereich nicht weniger gilt als für die Landes- oder Bundesebene. "Die Funktion des Bindegliedes zwischen Volk und Staatsorganen ist praktisch ein Monopol der Parteien, das sie infolge ihrer Eigenschaft, gleichzeitig ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil des politischen Systems sowie ein Gestaltungsfaktor des gesellschaftlichen Bereichs zu sein, besitzen"<sup>118</sup>. Diese den Parteien vorbehaltenen unmittelbaren Verbindung zwischen staatlichen Organen und der breiten Öffentlichkeit legt ihnen die Aufgabe auf, einen ständigen Kommunikationsprozeß zu organisieren, der Informationen aus politischen Entscheidungsinstanzen in die verschiedenen Parteigremien vermittelt und zugleich

<sup>117</sup> Gesetz über die politischen Parteien, § 1 Abs. 2

<sup>118</sup> Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a.a.O., S. 371

## Textstelle (Originalquellen)

die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und ") BGBl 1967 I, S. 774, § 2,2. 10) BGBl 1967 I, S. 774, § 2,3. 20) BGBl 1967 I, S. 773, § 1,1. Der Begriff Partei nach dem Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 371 8. für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen<sup>21</sup>). Zur Überprüfbarkeit der Funktionserfüllung Die tatsächliche Erfüllung dieser Funktionen durch die Parteien ist unterschiedlich gut feststellbar. Die lebendige Verbindung zwischen Volk und

politischer Bildung zeigt sich nur indirekt und läßt sich nicht quantifizierbar konstatieren. Gleichwohl sind beide Faktoren für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie von besonderer Bedeutung. Die Funktion des Bindegliedes zwischen Volk und Staatsorganen ist praktisch ein Monopol der Parteien, das sie infolge ihrer Eigenschaft, gleichzeitig ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil des politischen Systems sowie ein Gestaltungsfaktor des gesellschaftlichen Bereichs zu sein, besitzen. Die Aufgabe der politischen Bildung hingegen teilen sie sich mit vielen anderen Institutionen, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Verbänden und auch der Regierung. Ebenfalls schwer meßbar ist,

- 25 Kaack: Geschichte und Struktur des ..., 1971, S. 74

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

81



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 81

beiden großen Parteien in der Bundesrepublik immer wieder feststellte und beklagte Tatsache<sup>121</sup>, die damit zugleich dokumentiert, daß die Parteien in ihrer augenblicklichen organisatorischen Struktur eben nicht die Kommunikationskanäle im Sinne ihrer gesetzlich geforderten Funktion sind. "Die Mitgliedschaft der Parteien ist nur in unzureichendem Grade als Mittler zwischen Führung und Bevölkerung anzusprechen. Sie hat weder in der innerparteilichen Willensbildung noch in der Meinungsbildung nach außen Bedeutung erlangen können"<sup>122</sup>. Es kennzeichnet die ernstesten Strukturprobleme der Parteien, daß im Zusammenhang mit den ihnen auferlegten und nur partiell erfüllten Funktionen zunehmend auf "die Bedeutung der Umfrageforschung als demokratisches Gegengewicht gegen oligarchische Sondergruppen" mit der Begründung verwiesen wird, "daß ein ständiger Kommunikationsprozeß von der Bevölkerung und Parteimitgliedern zur Parteiführung auf Grund struktureller Schwierigkeiten nur schwer zu realisieren ist"<sup>123</sup>. Wie untauglich ein solcher Versuch sein muß, fehlende Kommunikationsprozesse durch verstärkten Einsatz der Meinungsforschung zu kompensieren, hat die bisherige Erfahrung deutlich gezeigt. Nach den Beobachtungen Ulrich Lohmars hat gerade die Meinungsforschung "mit ihren Ergebnissen und Ratschlägen eine Entdemokratisierung der Parteien von außen eingeleitet, die sich nicht nur auf die Wähler, die Mitglieder und Funktionäre, sondern auch auf die Parteiführung bezieht. Die Führungsgruppen haben sich in eine freiwillige Abhängigkeit begeben zu den Ergebnissen der Umfragen, und das unfreiwillige Angewiesensein auf die modernen Kommunikationsmittel tut ein übriges. Die Außensteuerung der politischen Parteien droht sie nicht nur in ihrer Zielsetzung, sondern auch in ihrem Wesen zu entfremden"<sup>125</sup>. Die Analyse der Leistungsfähigkeit von Ortsverbänden als Kommunikationskanälen zeigt insgesamt ein ambivalentes Bild. Die festgestellten Defizite vor allem im Bereich der Meinungsbildung, die auf der unteren Ebene erfolgen und nach oben vermittelt werden sollte, lassen

121 so z. B. Helmut Kohl für die CDU: "Die aktuelle Willensbildung der Partei ist heute weitgehend auf die Führungsgremien und die Fraktionen verengt" (H. Kohl, Zwischen Ideologie und

122 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 43

123 Albert Baumhauer, Problemanalyse, in: Material zur Situation der christlich-demokratischen Bewegung in Westeuropa, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz 1968, S. 14

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

revidieren, wonach die Parteien (in Gestalt ihrer Mitglieder) die Funktion der Delegation des Bevölkerungswillens von unten nach oben erfüllten<sup>1</sup>). Wir schließen uns dieser Ansicht an. Die Mitgliedschaft der Parteien ist nur in unzureichendem Grade als Mittler zwischen Führung und Bevölkerung anzusprechen. Sie hat weder in der innerparteilichen Willensbildung noch in der Meinungsbildung nach außen Bedeutung erlangen können. Die Mitgliedschaft als Kurationsorgan: Haben die Mitglieder Einfluß auf die Zusammensetzung der innerparteilichen Vertretungs- und Führungskörperschaften und auf die Auswahl der Kandidaten, die von ihren Parteien

Es ist eine Autorität, die sich niemand aufzwingt; aber in dem Maße, wie sie "zwanglos" wird, bleibt sie auch wirkungs- und folgenlos. Die Meinungsforschung hat mit ihren Ergebnissen und Ratschlägen eine Entdemokratisierung der politischen Parteien von außen eingeleitet, die sich nicht nur auf die Wähler, die Mitglieder und Funktionäre, sondern auch auf die Parteiführung bezieht. Die Führungsgruppen haben sich in eine freiwillige Abhängigkeit begeben zu den Ergebnissen der Umfragen, und das unfreiwillige Angewiesensein auf die modernen Kommunikationsmittel tut ein übriges. Die Außensteuerung der politischen Parteien droht sie nicht nur ihrer Zielsetzung, sondern auch ihrem Wesen zu entfremden. Die Parteien haben sich bisher nicht darüber verständigen können, dem Sog dieser Entwicklung widerstehen zu wollen. Sie

Bedeutung der Information aus Sicht der Kapitaleigner sowie von deren Glaubwürdigkeit werden vor allem im Rahmen einer grundlagenorientierten Diese unterscheiden sich aber grundlegend, nicht nur in ihrer Zielsetzung, sondern auch Organisation, Aktivitäten etc. Gleichfalls stellen sie keinen wesentlichen Bestandteil der Kapitalmärkte dar. Betrachtung im nachfolgenden Teil II, aber auch an späterer Stelle<sup>11</sup> wiederholt als Ausgangsbasis für

- 10 Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche De..., 1963, S. 43
- 10 Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche De..., 1963, S. 108
- 26 Internet Financial Reporting, 1972, S. 3

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

82

## Textstelle (Prüfdokument) S. 82

## Textstelle (Originalquellen)

125 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 108

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

83

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 82

und damit an ein parteiinternes Informationssystem anzuschließen sind. Von ihrem organisatorischen Zuschnitt her sind daher die Ortsverbände als regionale Gliederungen aller Mitglieder als Informationsstrukturen der Partei am ehesten geeignet. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die **Motivation, in einem politischen Diskussions- und Informationszusammenhang zu stehen**, als Grund für die Mitgliedschaft in einer Partei nur sehr schwach ausgeprägt ist<sup>126</sup>. Dies mag die nach wie vor geringe Partizipation der Mitglieder an den Veranstaltungen erklären<sup>127</sup>, es kennzeichnet darüber hinaus das eigentliche Dilemma regional

126 Nach Angaben von Armin Meyer entfallen nur 10 Prozent aller Nennungen von befragten Parteimitgliedern auf die besseren Möglichkeiten politischer Information und Diskussion als Motivation für einen Parteibeitritt gegenüber 42 Prozent, die eine politische Partei stärken und ihre Ziele unterstützen wollen, und 44 Prozent, die eine Verpflichtung zur Einflußnahme auf

127 im untersuchten Kreisverband nahmen an den Versammlungen der Ortsverbände zwischen 5 und 50 Prozent der ihnen angehörenden Mitglieder teil, die durchschnittliche Beteiligungsquote aller Ortsverbände betrug 26 Prozent. Die geringsten Beteiligungsquoten waren in innenstädtischen oder ihnen benachbarten Ortsverbänden festzustellen, während die außerhalb

## Textstelle (Originalquellen)

besser über Politik informiert wird und mehr Menschen findet, mit denen man über Politik diskutieren kann. 103 48 55 10 10 10 Nichts davon 10 5 5 1 1 1 Weiß nicht, keine Angabe 35 18 17 3 4 3 N = 1046 492 554 100 Auffällig ist, daß die **Motivation, in einem politischen Diskussions- und Informationszusammenhang zu stehen** und nach der Frageformulierung ist hiermit ein geringes Engagement im außerparteilichen oder innerparteilichen Verhalten angesprochen schwach ausgeprägt ist. Wenn man die beiden anderen Nennungen betrachtet,

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 68

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

84

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 82

zur Erfüllung derjenigen Funktionen, die sie wahrnehmen sollen und wollen, kaum in der Lage, andererseits aber prädestiniert für ein besonderes Angebot an politischer Information, für das bei den eigenen Mitgliedern nur eine geringe Nachfrage besteht. 5.2.4. Selektionsfunktion Die Bilanz wird unerfreulich. Die untere, regional gegliederte Organisationsebene der Parteien erweist sich nicht oder nur teilweise in der Lage, ihre Funktionen der Artikulation, der Integration und der Kommunikation hinreichend zu erfüllen. Dieses Ergebnis deckt sich mit früheren empirischen Befunden, die Ulrich Lohmar zu der Folgerung veranlaßt hatten, die Führungsauslese innerhalb der Parteien sei die "einzig verbliebene Chance, partiell eine demokratische Willensbildung von unten nach oben zu vollziehen"<sup>128</sup>. Mit dieser außerordentlich kritischen Einschätzung der innerparteilichen Partizipationschancen vor allem in der SPD befindet er sich in Übereinstimmung mit den Beobachtungen von Renate Mayntz in einem Berliner Kreisverband der CDU: "Die Willensbildung geht fast ausschließlich innerhalb der Hierarchie der Amtsträger vor sich; dabei spielen die informellen Beziehungen eine besonders wichtige Rolle. Wer persönlich an politischer Mitbestimmung interessiert ist, bewirbt sich deshalb in der Regel um ein Amt"<sup>129</sup>. Wird damit politische Mitbestimmung und innerparteiliche Demokratie schon auf den sehr viel engeren Begriff der Führungsauslese - fraglos unzulässigerweise<sup>130</sup> - reduziert, so muß die Feststellung um so schwerer wiegen, daß selbst dieses Minimum auf der unteren

● 22% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

es den Schluß nahe, daß für die befriedigende Erfüllung dieser beiden nicht nur in der Richtung verschiedenen Funktionen auch unterschiedliche, differenzierte Strukturen erforderlich sind. zu 4. (Selektionsfunktion) Die Bilanz wird unerfreulich und die Ansprüche an die Funktionstüchtigkeit der Parteien immer kleiner. Offensichtlich sind die Parteien nicht in der Lage, ihre Funktionen der Artikulation, der Integration und der Kommunikation hinreichend zu erfüllen, und so hält Ulrich Lohmar denn auch die Führungsauslese innerhalb der Parteien für die "einzig verbliebene Chance, partiell eine demokratische Willensbildung von unten nach oben zu vollziehen"<sup>130</sup>. Mit dieser Einschätzung befindet er sich in Übereinstimmung mit den (spärlichen) empirischen Befunden. "Die Willensbildung geht fast ausschließlich innerhalb der Hierarchie der Amtsträger vor sich;

zu nennen sind lediglich die Untersuchungen von Renate<sup>10</sup> Mayntz, Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde, in: <sup>10</sup> Zeitschrift für Politik, 1955, und: Parteigruppen in der <sup>10</sup> Großstadt, Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband <sup>10</sup> der CDU, Köln 1959 <sup>11</sup> 11 Sigmund Neumann, Toward a Comperative Study of Political Parties, in: Modern Political Parties, Hrsg. S. Neumann, Chicago 1956, S. 405 f <sup>12</sup> 12 Werner Conze, Nachwort zur Neuauflage von Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, a.a.O., S. 388 ff <sup>13</sup> 13 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 2 u. S. 118 ff <sup>14</sup> 14 Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahrszeitschrift, 6. Jahrgang 1965, S. 39 <sup>15</sup> 15 Die Gegenposition vertritt Otto Kirchheimer, a.a.O. S. 35, <sup>15</sup> der eine zunehmende gegenseitige Unabhängigkeit von Parteien und Interessenverbänden konstatiert; vgl.

die informellen Beziehungen eine besonders wichtige Rolle. Wer persönlich an politischer Mitbestimmung interessiert ist, bewirbt sich deshalb in der Regel um ein Amt"<sup>131</sup>. Wird so politische Mitbestimmung und innerparteiliche Demokratie schon auf den engeren Bereich der Führungsauslese reduziert, so muß die Feststellung um so schwerer wiegen, daß selbst dieses Minimum

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 55
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 55

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

85

## Textstelle (Prüfdokument) S. 83

Parteiebene kaum realisiert werden kann. Dieselben Autoren, die von der Führungsauswahl als der einzig verbliebenen Chance auch nur partieller Mitbestimmung reden, müssen einräumen, daß jedenfalls auf der Ebene der Ortsverbände wenig Interesse an der Übernahme von Vorstandsämtern besteht. "Die Alternative einer Wahl zwischen mehreren Personen stellt sich in einer solchen Situation gar nicht. Häufig geht es nicht darum, wer als Kandidat gewählt wird, sondern wie man eine ausreichende Zahl von Bewerbern findet"<sup>131</sup>. Renate Mayntz stellt bündig fest: "Die Selektion von Vorstandsmitgliedern gewinnt dadurch Züge der Kooptation"<sup>132</sup>. Die Untersuchungen im Kreisverband B. ergeben ein weniger einheitliches Ergebnis als die zitierten früheren Befunde, die weder durchgängig bestätigt noch widerlegt werden konnten. Im angegebenen Untersuchungszeitraum fanden in mehr als der Hälfte der Ortsverbände Neuwahlen der

128 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 118

129 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S. 154

130 vgl. dazu den Abschnitt 3.3. Aufgaben und Funktionen, bes. S. 87

131 Heino Kaack, a.a.O., S. 474

132 Renate Mayntz, a.a.O., S. 143

## Textstelle (Originalquellen)

zumindest auf unterer Parteiebene kaum realisiert werden kann. Dieselben Autoren, die von der Führungsauswahl als der einzig verbliebenen Chance auch nur partieller Mitbestimmung reden, müssen einräumen, daß jedenfalls auf der Ebene der Ortsgruppe wenig Interesse an der Übernahme von Vorstandsämtern besteht. "Die Selektion von Vorstandsmitgliedern gewinnt dadurch Züge der Kooptation"<sup>32</sup>. An dieser Stelle wird vielleicht am deutlichsten, wie sehr die ganze Problematik der innerparteilichen Demokratie weniger eine

einig verbliebenen Chance auch nur partieller Mitbestimmung reden, müssen einräumen, daß jedenfalls auf der Ebene der Ortsgruppe wenig Interesse an der Übernahme von Vorstandsämtern besteht. "Die Selektion von Vorstandsmitgliedern gewinnt dadurch Züge der Kooptation"<sup>32</sup>. An dieser Stelle wird vielleicht am deutlichsten, wie sehr die ganze Problematik der innerparteilichen Demokratie weniger eine Frage der Führung ist als ein Problem

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 55

● 17% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

86

## Textstelle (Prüfdokument) S. 83

aufweist. Hier wurde durch den entsprechenden Antrag einer kleinen oppositionellen Gruppe innerhalb des Ortsverbandes die traditionell hierarchische Gliederung des Ortsverbandsvorstandes zugunsten einer gleichberechtigten Führungsgruppe korrigiert und schließlich die Wahl ihres Sprechers in dieses Führungsgremium durchgesetzt<sup>135</sup>. Hier wie in den meisten anderen Fällen bestätigte sich allerdings die Beobachtung Ulrich Lohmars, daß Machtkämpfe meist auf derselben Ebene stattfinden, so daß Abwählen von Vorstandsmitgliedern zumeist auf Initiativen von deren Kollegen zurückgehen<sup>136</sup>. Dabei fällt insgesamt auf, daß bei den Wahlen auf Ortsverbandsebene solche Kriterien fast gar keine Rolle spielen, die für den Auswahlprozeß von Parlamentskandidaten oder auch bereits von Kreisvorstandsmitgliedern immer wieder relevant werden: Alter, sozialer Status,

<sup>135</sup> siehe den entsprechenden Antrag in der Dokumentation unter 5.9.

<sup>136</sup> Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 85

## Textstelle (Originalquellen)

der Behandlung der von Kant und Hegel aufgestellten Theorie der Bestrafung hebt Marx als eine charakteristische Besonderheit der idealistischen Philosophie hervor, "daß der deutsche Idealismus hier, wie in den meisten anderen Fällen, nur die Gesetze der bestehenden Gesellschaft durch übersinnliche Argumente sanktioniert." (Siehe vorl. Band, S. 508.) Marx beweist in seinem Artikel, daß das Verbrechen nur durch die Liquidierung

der Literatur bestätigt: "Revolutionen" gegen die Parteispitze werden wegen deren Kontrolle über das Kommunikationssystem gar nicht erst versucht<sup>13</sup>. Machtkämpfe finden auf der gleichen Ebene statt, so daß Abwählen von Vorstandsmitgliedern zumeist auf Initiativen von deren Kollegen zurückgehen<sup>14</sup>. Besonders auffällig ist die Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden in der SPD: Schumacher und Ollenhauer schieden durch ihren Tod aus dem Parteivorsitz aus, Brandt konnte sich

- 27 KARL MARX FRIEDRICH ENGELS, 1967, S.
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 86

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

87



5% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 84

benennen, bis schließlich nach mehr als einem halben Jahr totaler politischer Abstinenz des gesamten Ortsverbandes die Neuwahl eines Vorstandes zustande kam, nachdem der Kreisverband durch seinen Vorsitzenden die Initiative ergriffen hatte. Es ist zweifellos richtig, "daß eine innerparteiliche Demokratisierung vor allem bei den innerparteilichen Wahlen ansetzen muß"<sup>140</sup>, ob diese aber wirklich "als die Aktivität betrachtet werden (dürfen), zu der die Parteimitglieder noch am leichtesten mobilisiert werden können"<sup>141</sup>, ist keineswegs sicher. Die Hauptversammlungen der Ortsverbände, bei denen Vorstandswahlen angekündigt waren, wiesen im Durchschnitt durchaus keine höhere Beteiligung der Mitglieder auf als bei sonstigen Veranstaltungen. In einem Ortsverband konnte ein Vorstand überhaupt erst in

140 Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 137

141 ebda; vgl. auch Samuel H. Barnes, Party Democracy and the Logic of Collective Action, in: W. J. Crotty (Hrsg), Approaches to the Study of Party Organization, a.a.O., S. 124

## Textstelle (Originalquellen)

Orientierungskonflikt zwischen Parteitag und Fraktion könnte so die Richtungskontrolle der Parteimitglieder über ihre Abgeordneten verstärkt werden. Es kann kaum bezweifelt werden, daß eine innerparteiliche Demokratisierungsstrategie vor allem bei den innerparteilichen Wahlen ansetzen muß; dürfen diese doch als die Aktivität betrachtet werden, zu der die Parteimitglieder noch am leichtesten mobilisiert werden können.<sup>141</sup> Ob der Verstärkereffekt der Parteitage für die Vorstellungen innerparteilicher Minoritäten allerdings ausreicht, diese Demokratisierung spürbar voranzutreiben, ist fraglich. Sie müßte gekoppelt sein mit jener von

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 137

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

88

## Textstelle (Prüfdokument) S. 89

ansonsten keineswegs selbstverständlichen Umstand erklären, daß bis auf die Wahl der Vorsitzenden, die zugleich stellvertretende Parteivorsitzende ist, in allen anderen Wahlgängen mehrere Kandidatinnen zur Verfügung standen<sup>161</sup>. Die mitgliederstärksten der im Kreisverband bestehenden Vereinigungen sind die Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), die unterhalb der Kreisebene in drei Betriebsgruppen organisiert sind. In der Arbeit dieser Betriebsgruppen, an deren regelmäßigen Veranstaltungen zu betriebsbezogenen oder allgemeinen gesellschaftspolitischen Problemen meist auffallend viele Mitglieder und sympathisierende Berufskollegen teilnehmen, sieht die Vereinigung

<sup>161</sup> zum politischen Engagement von Frauen und den Frauenorganisationen der Parteien siehe die



4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Durch die Gründung der Einheitsgewerkschaft blieb die Chance gering, sich auch hier auf ein externes Organisationsnetz zu stützen. Deshalb gründete die CDU bereits 1947 "auf Reichsebene" die Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) als ein eigenes Vorfeld. Die CDA sollte einen Ersatz für die christlichen Gewerkschaften der Weimarer Republik bilden. Nicht nur personell, sondern auch von ihrem Selbstverständnis

- 28 Die Adenauer-CDU, 1945, S.

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

89



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 91

selbst für den Anteil weiblicher Mitglieder, der mit über 34 Prozent noch höher ist als der schon ungewöhnliche Wert der Kreispartei<sup>173</sup>. Die starke Verjüngung der Mitgliederschaft politischer Jugendorganisationen entspricht auf der einen Seite der empirischen Erfahrung, "daß etwa zwei Drittel der 14/15jährigen sich nicht mehr als völlig offen bezeichnen, sondern eine gewisse Richtungspräferenz vorgenommen" haben<sup>174</sup>. Andererseits ist damit die Mehrheit der gesamten Mitgliederschaft durch einen Personenkreis gekennzeichnet, für den nach verschiedenen in der Bundesrepublik durchgeführten Untersuchungen "ein niedriges politisches Informationsniveau, geringes Interesse und nur eine oberflächliche demokratische Einstellung typisch" ist<sup>175</sup>, ein Verhaltensmuster, das wiederum auf viele ältere Mitglieder motivationshemmend wirkt<sup>176</sup>. Der Schwerpunkt der Tätigkeit in den Ortsverbänden der Jungen Union ist unter diesen Bedingungen notwendigerweise durch mindestens monatliche Informations- und Bildungsveranstaltungen bestimmt, bei denen

173 siehe den Anhang zum Geschäftsbericht, Dokumentation 6.4.; während die Zahlenangaben für die Alters- und Berufsstruktur mit denen des Bundesverbandes der Jungen Union übereinstimmen, ist der Anteil weiblicher Mitglieder noch um mehr als 10 Prozent höher als im gesamten Verband (vgl. JU-Statistisches, in: Die Entscheidung, 22. Jg. Nr. 1, 1974, S. 13); die entsprechenden Zahlen für den CDU-Kreisverband siehe im Abschnitt 5.1.3. Mitglieder- und Führungsstrukturen

174 Peter Menacher, Jugendliche und Parteien, Ein Beitrag zur politischen Bildung unter besonderer Berücksichtigung der Kenntnisse und Stellungnahmen der Schüler beim Abschluß der Hauptschule, 2. Auflage, München 1972, S. 103

175 ebda, S. 44; vgl. auch die dort referierten Untersuchungsergebnisse von Sigulla, Herkommer, Traeger, Jaide, Blücher und Lenne (S. 40-44) sowie die neueren Studien von Ulrich Lohmar, Politik in der Hauptschule, Gütersloh 1970, und Walter Jaide, Jugend und Demokratie, München 1970

176 siehe dazu das Austrittsschreiben eines JU-Mitgliedes, Dokumentation 6.6.

## Textstelle (Originalquellen)

dung schon getroffen zu haben. Fast die Hälfte gibt an, bereits "so ungefähr" zu wissen, welcher Partei sie einmal die Stimme geben möchte. Dies bedeutet, daß etwa zwei Drittel der 14/15jährigen sich nicht mehr als völlig offen bezeichnen, sondern eine gewisse Richtungspräferenz vorgenommen hat. Bei dieser und den folgenden Fragen ist auf die Problematik der sog. "Wechselwähler" nicht eingegangen. Wenngleich also damit noch keine endgültige Festlegung behauptet werden

Unterordnung unter den Begriff des Patriardialismus fragwürdig erscheinen. Insgesamt also zeichnen die in der BRD durchgeführten Untersuchungen ein wenig erfreuliches Bild von Jugendlichen, für die ein niedriges politisches Informationsniveau, geringes Interesse und nur eine oberflächlich demokratische Einstellung typisch sei<sup>8</sup>). 1. 5. 2 Befunde in den USA  
Wenngleich eine unmittelbare Übertragung ausländischer Daten nicht statthaft ist, so können Ansätze und Ergebnisse anderer Systeme

- 29 Menacher, Peter: Jugendliche und Pa..., 1970, S. 103
- 29 Menacher, Peter: Jugendliche und Pa..., 1970, S. 44

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

90



0%

Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 96

durch die Existenz "effektiver innerparteilicher Gruppenbildung"<sup>200</sup> erzielt werden kann und muß, weil Politik überhaupt nur in realen sozialen Gruppen, ihren Problemen und Interessen konkret wird, dann müssen die diesen Gruppen und Problemen entsprechenden Parteistrukturen, "die heute nur als ungeliebte Konzessionen existieren, ... die eigentlichen Träger der Artikulation politischer Meinung für ihre jeweiligen Bereiche werden"<sup>201</sup>. Diese Funktion aber können sie innerparteilich wie nach außen in die Bevölkerung hinein nur dann glaubwürdig und effektiv wahrnehmen, wenn sie tatsächlich neben den Regionalstrukturen ein "zusätzlicher Weg der Mitbestimmung von unten" und damit zugleich auch ein "zweiter innerparteilicher Aufstiegsweg"<sup>202</sup> werden. Diese Bedingung trifft unter den gegebenen Verhältnissen allenfalls für die Vereinigungen zu, die sich auch von allen Parteistrukturen noch am ehesten zur Ausfüllung der Artikulationsfunktion fähig

201 Gerhard Elschner, Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 38

202 Bodo Zeuner, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 94f

## Textstelle (Originalquellen)

Die Parteien müßten als Funktionsgruppen nach den Ergebnissen dieser Untersuchungen ihre Struktur, ihre Arbeitsweisen und dementsprechend ihr Statut ändern. Die Vereinigung als Bünde oder Gruppen, die heute nur als ungeliebte Konzessionen existieren, hätten die eigentlichen Träger der Artikulation politischer Meinung für ihre jeweiligen Bereiche zu werden. Und damit die Träger der partiellen Kommunikation mit den zu ihnen in bezug stehenden Bevölkerungsgruppen: z.B. Arbeitnehmer, Handwerker, Mittelstand, Bauern, Wirtschaftler, Beamte, Akademiker

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 38

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

91

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 96

der unteren Organisationsebene zur Attraktivität auch gegenüber denjenigen parteipolitisch nicht oder noch nicht gebundenen Bürgern verhelfen, denen die Mitarbeit in Ortsverbänden unergiebig und die in Arbeitskreisen oder Kommissionen aufgrund der dargestellten Bedingungen irrelevant erscheinen muß. "Die stärkere Beteiligung der parteipolitisch nicht gebundenen oder ausdrücklich an der Parteiarbeit nicht interessierter Bürger ist nur über sachbezogene oder projektorientierte Arbeit, die das eigene unmittelbare Interesse tangiert, möglich"<sup>204</sup>. Eine solche Verbreiterung innerparteilicher Partizipationschancen erscheint angesichts der deutlichen Defekte sowohl der regionalen wie der nichtregionalen Parteistrukturen nur möglich durch eine Organisationsreform, die die "erheblichen Gleichgewichtsstörungen" des , theoretisch beanspruchten Interessenpluralismus"<sup>205</sup> innerhalb der Partei zu korrigieren in der Lage ist. 5.4. Die Öffentlichkeitswirkung der kommunalen Parteiorganisation Die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Organisationsstrukturen innerhalb der Parteiorganisation muß neben den Beiträgen, die sie für den innerparteilichen Willensbildungsprozeß zu leisten imstande sind, auch von ihrer Öffentlichkeitswirkung her beur-

204 Bernhard Gebauer, Rolle und Funktion kommunalpolitischer Opposition und die Marginalfunktion der Vereinigungen, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit, a.a.O., S. 114

205 Herbert Kühr, Probleme innerparteilicher Demokratie in der CDU, a.a.O., S. 7

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

einer Organisationsstruktur örtlicher und regionaler Parteiarbeit, die einen intensiven Meinungs- und Willensbildungsprozeß ermöglicht und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Öffnung in den vopolitischen Raum initiiert. Die stärkere Beteiligung der parteipolitisch nicht gebundenen oder ausdrücklich an der Parteiarbeit nicht interessierter Bürger ist nur über sachbezogene oder projektorientierte Arbeit, die das eigene unmittelbare Interesse tangiert, möglich. Mancherorts muß der Prozeß der Beteiligung überhaupt erst eingeleitet werden, d. h. die Partei muß als sich selbst genügsame und in ihren eigenen Problemen schmorende "geschlossene Gesellschaft"

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 114

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

92

## Textstelle (Prüfdokument) S. 97

den Beiträgen, die sie für den innerparteilichen Willensbildungsprozeß zu leisten imstande sind, auch von ihrer Öffentlichkeitswirkung her beur- 200 Bodo Zeuner, Wahlen ohne Auswahl, a.a.O., S. 186ff teilt werden, insofern als die Partei als Ganzes letztlich eine „Kampforganisation“ ist, "die innerhalb einer politischen Gebietskörperschaft (Staat, Gemeinde usw.) mittels der Übernahme von Stellen im Herrschaftsapparat so viel Macht besitzt oder zu erwerben sucht, daß sie ihre ideellen oder (bzw.: und) materiellen Ziele verwirklichen kann"<sup>206</sup>. Die Öffentlichkeitswirkung einer Partei vollzieht sich durch eine Vielzahl formeller und informeller Kommunikationsprozesse, deren Verlauf und Ergebnisse nur schwer erfaßbar sind. Das für die kommunale Partei bedeutendste Medium der Information und Selbstdarstellung ist trotz ihrer

206 Ossip K. Flechtheim, Parteien, in: Ernst Fraenkel/Dietrich Bracher, Staat und Politik, Neuausgabe Frankfurt 1964, S. 243f

## Textstelle (Originalquellen)

Dietrich: Staat und Politik; Frankfurt a. M. 1964, S. 243 f.: "Eine Partei ist eine auf mehr oder weniger freier Werbung beruhende relativ fest gefügte Kampforganisation, die innerhalb einer politischen Gebietskörperschaft (. . .) mittels der Übernahme von Stellen im Herrschaftsapparat so viel Macht besitzt oder zu erwerben sucht, daß sie ihre ideellen oder (bzw. und) materiellen Ziele verwirklichen kann." 12 Vgl. GREWE, Wilhelm: Zum Begriff der politischen Partei; in: ZIEBURA, Gilbert (Hg.): Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 85 13 ParteienG § 2, Abs. 1 14 Vgl. die entsprechenden Passagen in den

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 76

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

93

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 100

wie der Parteien. Dieses Problem ist ebenso unbestritten wie ungelöst, und auch die mit Eifer betriebene Ausweitung der Mitgliederzahlen politischer Parteien und Verbände geht an seinem eigentlichen Kern, der Ermöglichung bzw. Erweiterung politischer Partizipation, vorbei: "Formelle Mitgliedschaft in einer Partei bedeutet nicht ständige politische Aktivität. Vielmehr scheint die Entscheidung, Parteimitglied zu werden, sehr häufig ein individuelles Ereignis zu sein, das durch allerlei Zufälle der Biographie des Individuums gesteuert wird, das aber kaum etwas mit aktiver Teilnahme am politischen Entscheidungsprozeß zu tun hat. Politische Teilnahme und Aktivität bedeuten ein Minimum an Einsicht des Individuums in den politischen Entscheidungsprozeß. Politische Teilnahme wird also um so intensiver sein, je intensiver das Gefühl bei Mitgliedern vorhanden ist, daß man wenigstens einen gewissen Einfluß auf politische Entscheidungen ausüben kann"<sup>223</sup>. Diese Bedingung ist in der gegenwärtigen organisatorischen Verfassung der Parteien nur in sehr geringem Maße gegeben. Die augenblickliche, im Parteiengesetz sogar rechtlich fixierte Praxis der vornehmlich regionalen Organisation politischer Teilnahme in den Parteien erweist sich immer mehr als unzureichend; die Ortsgruppe ist entgegen überkommenen Auffassungen eben nicht mehr das adäquate Organisationsprinzip der modernen Massenpartei<sup>224</sup>, ihre lange Tradition, die wesentliche soziologische Veränderungen unberücksichtigt gelassen hat, spricht eher gegen als für sie. Das in der Organisationsstruktur

223 Niels Diederich, Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD, a.a.O., S. 55

224 Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 45



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

dürfte es sich für die Parteien als zweckmäßig erweisen, die Mitarbeit in solchen Arbeitskreisen und Ausschüssen auch denjenigen zu öffnen, die aus verschiedensten Gründen die formelle Mitgliedschaft in einer Partei ablehnen. Oft sind dies gerade besonders qualifizierte und sachkundige Bürger in höheren Positionen, auf deren Urteilsvermögen die Parteien kaum verzichten können. Die Zusammenfassung und Bündelung

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

94

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 101

überkommenen Auffassungen eben nicht mehr das adäquate Organisationsprinzip der modernen Massenpartei<sup>224</sup>, ihre lange Tradition, die wesentliche soziologische Veränderungen unberücksichtigt gelassen hat, spricht eher gegen als für sie. Das in der Organisationsstruktur der Parteien dominierende Regionalprinzip **berücksichtigt zu wenig die konkreten Interessen des Bürgers an der Politik und überschätzt die Bedeutung der örtlichen Bezugseinheit. Politik wird erlebt - vom Staatsbürger wie vom Parteimitglied - in konkreten Sachproblemen und weniger in den oft zufälligen regionalen Bereichen. Durch die durchgängige Fixierung der Parteistrukturen auf solche regionalen "Einheiten" wird die notwendige Konfrontation der Parteien mit den parzellierten Interessen an der Politik erschwert, wenn nicht verhindert, "weil die Parteien als regionale Vereine mit der Fiktion der Einheit des politischen Interesses und Erlebnisses und der eben solchen Fiktionen einer Einheit des regionalen Gebietes, für welches die Parteieinheit gültig sein soll, sich selbst im Wege stehen"**<sup>225</sup>. Die kaum vermeidbare Konsequenz dieses Zustandes ist eine relativ geringe Attraktivität der Parteien für ihre eigenen Mitglieder, die zwar - möglicherweise aufgrund politischer Richtungspräferenzen - zum Beitritt motiviert, nicht aber für die aktive politische Mitarbeit gewonnen werden

224 Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 45

225 Gerhard Elschner, Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 38

● 10% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

der modernen demokratischen Massenpartei bezeichnet<sup>19</sup>, soll hier die These vertreten werden, daß das Prinzip der regionalen Organisationsstruktur sich immer mehr als unzureichend erweisen wird. Es **berücksichtigt zu wenig die konkreten Interessen des Bürgers an der Politik und überschätzt die Bedeutung der örtlichen Bezugseinheit. Politik wird "erlebt" in konkreten Sachproblemen und weniger in den oft zufälligen regionalen Einheiten. Durch die** Fixierung der Parteistrukturen auf solche politischen "Einheiten" wird die notwendige Konfrontation mit den parzellierten Interessen an der Politik erschwert, wenn nicht verhindert.

der örtlichen Bezugseinheit. Politik wird "erlebt" in konkreten Sachproblemen und weniger in den oft zufälligen regionalen Einheiten. Durch die Fixierung der Parteistrukturen auf solche politischen **"Einheiten" wird die notwendige Konfrontation** mit den parzellierten Interessen an der Politik erschwert, wenn nicht verhindert. Ihre unvermeidliche Konsequenz ist eine zunehmend geringere Attraktivität der Parteien für potentielle Mitglieder, deren

den oft zufälligen regionalen Einheiten. Durch die Fixierung der Parteistrukturen auf solche politischen "Einheiten" wird die notwendige Konfrontation mit den parzellierten Interessen an der Politik **erschwert, wenn nicht verhindert**. Ihre unvermeidliche Konsequenz ist eine zunehmend geringere Attraktivität der Parteien für potentielle Mitglieder, deren Bereitschaft zum aktiven politischen Engagement in hohem Maße davon abhängt, ob

Wir sagten, daß die Parteiarbeit insofern versagte, als sie die unbedingte Forderung nach Kommunikationen nicht erfüllt habe. Die Kommunikationen konnten auch kaum ausreichend zustande kommen, **weil die Parteien als regionale Vereine mit der Fiktion der Einheit des politischen Interesses und Erlebnisses und der eben solchen Fiktionen einer Einheit des regionalen Gebietes, für welches die Parteieinheit gültig sein soll, sich selbst im Wege**

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 53
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 54
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 38

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

95

## Textstelle (Prüfdokument) S. 101

der Parteien für ihre eigenen Mitglieder, die zwar - möglicherweise aufgrund politischer Richtungspräferenzen - zum Beitritt motiviert, nicht aber für die aktive politische Mitarbeit gewonnen werden können<sup>226</sup>, die in hohem Maße davon abhängt, ob ihnen die subjektive Chance zur Vertretung persönlicher Interessen und zur Lösung unmittelbarer Probleme geboten wird<sup>227</sup>. Eine im wesentlichen regional orientierte Parteistruktur kann diese beanspruchte Chance der effektiven Interessenvertretung und Problemlösung durch ihre weitgehende Nivellierung gerade dieser Interessenbezüge kaum bieten und provoziert insofern zur innerparteilichen Abstinenz. "Nobody likes to feel that he is wasting his time, and that feeling may be induced by contributing to a campaign which never looks as if it has a chance"<sup>228</sup>. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß Politik und Parteien zunehmend in ein Konkurrenzverhältnis mit anderen Angeboten an Freizeit- und Konsumgütern geraten und attraktiv genug sein müssen, um überhaupt eine ausreichende Nachfrage nach Politik bei den Wählern wachhalten zu können<sup>229</sup>. Die bestehenden Organisationsstrukturen der Parteien sind - gemessen an diesen Kriterien - kaum attraktiv. Sie finden ihre Rechtfertigung primär in organisationslogischen Gesichtspunkten: sie stimmen in der Regel, wenn auch nicht immer, mit den kommunalen und regionalen Verwaltungseinheiten überein, sie entsprechen mehr oder weniger genau der Einteilung der Wahlkreise, sie sind recht gut überschaubar und insgesamt gut zu managen, oder zutreffender: zu verwalten. Einer kritischen Überprüfung ihrer Leistungsfähigkeit für die Funktionen, die politische Parteien in der modernen Demokratie zu erfüllen haben, können sie kaum standhalten und bestätigen insofern die These von Robert Michels, daß Organisationen dazu tendieren, von einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck zu werden: "

● 32% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Konsequenz ist eine zunehmend geringere Attraktivität der Parteien für potentielle Mitglieder, deren Bereitschaft zum aktiven politischen Engagement in hohem Maße davon abhängt, ob ihnen die Chance zur Vertretung persönlicher Interessen und zur Lösung unmittelbarer Probleme geboten wird. Eine nahezu ausschließlich regional orientierte Parteistruktur kann diese Chance durch ihre weitgehende Nivellierung dieser Interessenbezüge und -gegensätze kaum bieten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Politik und Parteien zunehmend in ein Konkurrenzverhältnis mit anderen Angeboten an Freizeit- und Konsumgütern geraten und attraktiv genug bleiben müssen, um überhaupt eine ausreichende Nachfrage nach Politik bei den Wählern wachhalten zu können<sup>20</sup>. Die bestehenden Organisationsstrukturen der Parteien, deren Unzulänglichkeit längst erkannt und in aller wünschenswerten Deutlichkeit beschrieben worden ist<sup>21</sup>, ohne daß daraus allerdings die Konsequenz einer Modifizierung dieser Strukturen gezogen worden wäre, sind - allein an diesem Kriterium gemessen - eindeutig nicht attraktiv. Sie finden ihre Rechtfertigung lediglich in organisatorischen Gesichtspunkten: sie stimmen in der Regel mit den kommunalen und regionalen Verwaltungseinheiten überein, sie entsprechen im großen und ganzen der Einteilung der

dem nimmt man an, daß er sich den Gewohnheiten seines Staates fügt. 16. Unter den Kindern haben die männlichen den Vorrang; im Anfange wohl deshalb, weil in der Regel, wenn auch nicht immer, sie zur Verwaltung großer Angelegenheiten, insbesondere zur Führung der Kriege geeigneter sind; nachher, als dieser Vorrang sich zur Gewohnheit ausgebildet hatte, deshalb, weil dieser Gewohnheit

gezogen worden wäre, sind - allein an diesem Kriterium gemessen - eindeutig nicht attraktiv. Sie finden ihre Rechtfertigung lediglich in organisatorischen Gesichtspunkten: sie stimmen in der Regel mit den kommunalen und regionalen Verwaltungseinheiten überein, sie entsprechen im großen und ganzen der Einteilung der Wahlkreise, sie sind recht gut überschaubar und insgesamt relativ leicht zu "managen". Einer kritischen Überprüfung ihrer Tauglichkeit für die Funktionen, die politische Parteien in der modernen Demokratie zu erfüllen haben, können sie kaum standhalten und bestätigen

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 54
- 30 Grundzüge der Philosophie, 1918, S. 179
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 54

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

96

## Textstelle (Prüfdokument) S. 102

Als oberstes Gesetz der Partei bildet sich die Tendenz, alles fernzuhalten, was in die Speichen ihres Räderwerkes eingreifen und ihre äußere Form, die Organisation, bedrohen könnte<sup>230</sup>. Will man im Sinne der Organisationssoziologie ein Organisationsmodell dann als rational bezeichnen, "wenn man in der Organisation in erster Linie ein Instrument, ein Mittel zum Zweck sieht und sich für die Voraussetzungen einer optimalen Zielverwirklichung interessiert"<sup>231</sup>, dann hat das gegenwärtige Organisationskonzept der Parteien den Verdacht der Irrationalität gegen sich, selbst wenn man einzuräumen bereit ist, "daß Organisationen immer multifunktionale Strukturen sind, die ihre Mittel für die verschiedensten Zwecke, z.B. Beschaffung weiterer Mittel, Aufrechterhaltung bestehender Strukturen, einsetzen müssen und sie nicht allein zur Maximierung einer Zielfunktion verwenden können"<sup>232</sup>. Jeder Versuch, dem Nachweis der Strukturdefekte der bestehenden Parteiorganisation ein Alternativkonzept entgegenzusetzen, muß von den Bedingungen ausgehen, die eine moderne, hochdifferenzierte Gesellschaft für Politik und politische Arbeit setzt. Eine dieser Bedingungen ist die Pluralität der sozialen Beziehungen, der Verlust der Einheitlichkeit. Dies gilt nicht nur für die Gesellschaft als Ganzes, sondern ebenso für den Bereich der Stadt oder Gemeinde, der unmittelbaren Nahtstelle zwischen Politik und Öffentlichkeit, zwischen Parteien und Bürgern. Jede Stadt

● 16% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

insofern die These von Robert Michels, daß Organisationen dazu tendieren, von einem Mittel zum Zweck zum Selbstzweck zu werden<sup>22</sup>. Politische Parteien haben im Rahmen eines demokratisch strukturierten staatlichen Gesamtsystems verschiedene Aufgaben zu erfüllen, die sich etwa in folgende vier Funktionsbereiche systematisieren lassen<sup>23</sup>: 1. Organisation des

und einmütigen Zusammenarbeit der einzelnen Glieder, den Rangverhältnissen, der Diskretion, der Korrektheit wird eine größere Bedeutung beigelegt als dem Grad der Produktivität dieser Maschine selbst. Als oberstes Gesetz der Partei bildet sich die Tendenz, alles fernzuhalten, was in die Speichen ihres Räderwerkes eingreifen und ihre äußere Form, die Organisation, bedrohen könnte. Selbst in die Defensive gedrängt, wird die Partei es nun vorziehen, im Falle der Not lieber auf wertvolle eroberte Positionen zu verzichten und alte Rechte

dienen. Entscheidend ist jedoch, daß Zwecke nicht rein organisationsinterne Vorgänge sind, sondern nur in ihrem System-Umwelt-Bezug gesehen werden dürfen. Dar- aus folgt, daß Organisationen immer multifunktionale Strukturen sind, die ihre Mittel für die verschiedensten Zwecke, z. B. Beschaffung weiterer Mittel, Aufrechterhaltung bestehender Strukturen, einsetzen müssen und sie nicht allein zur Maximierung einer Zielfunktion verwenden können.<sup>84</sup> Sind diese Argumente zutreffend, so muß das Zielmodell als ein für die Untersuchung innerorganisatorischer Demokratie ungeeigneter Ansatz verworfen werden. Die ihm zugrunde liegende Fragestellung ist

Ortsgruppen entspricht in den meisten Fällen mehr dem von Honoratiorenklubs als von großen Mitgliedervereinen"<sup>3</sup>S. Steigerung der Funktionsfähigkeit durch problemorientierte Strukturen Der Versuch, dem Nachweis solcher Strukturdefekte der bestehenden Parteiorganisation ein Alternativkonzept entgegenzusetzen, muß von den Bedingungen ausgehen, die eine moderne, hochentwickelte Gesellschaft für Politik und politische Arbeit setzt. Eine dieser Bedingungen ist die Pluralität der sozialen Beziehungen, der Verlust der Einheitlichkeit. Dies gilt nicht nur für die Gesamtgesellschaft, sondern ebenso

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 54
- 8 Zur Soziologie des Parteiwesens in ..., 1957, S. 34
- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 46
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

97

## Textstelle (Prüfdokument) S. 102

und jede Gemeinde hat ihre je eigenen soziologischen **Verhältnisse, und schon von daher ist nicht einzusehen, wie ein einheitliches Organisationskonzept der Parteien den gänzlich verschiedenen Bedingungen der einzelnen Gemeinden entsprechen soll, zumal der politische Begriff und Bereich der Gemeinde mit seiner soziologischen Dimension keineswegs deckungsgleich ist<sup>233</sup>**. Es kann also grundsätzlich kein allgemeingültiges Modell, **kein Patentrezept für Parteiarbeit** schlechthin geben, weder für ihre praktische politische **Arbeit noch für ihre organisatorische Struktur. Der Erfolg einer Partei hängt gerade im kommunalen Bereich weniger von dem Maß ihrer Übereinstimmung mit einem allgemeinen Schema ab als von der Analyse der konkreten Bedingungen und Verhältnisse der jeweiligen politischen Bezugseinheit und ihrer Umsetzung in adäquate Organisationsstrukturen und gezielte politische Arbeit<sup>234</sup>**. Eine im wesentlichen regionale Strukturierung der Parteiorganisation **impliziert die Einheitlichkeit der Erfahrung von Politik in den jeweiligen, der Organisationsstruktur zugrunde gelegten regionalen "Einheiten"**. Da **eine moderne, differenzierte Gesellschaft sich aber gerade durch die Divergenz von politischen Verwaltungsgrenzen und sozialen Umwelten** auszeichnet, wird die generell unterstellte **Identifikation des Bürgers mit seiner Gemeinde oder gar nur seinem Stadtteil zur Ausnahme und keineswegs zur Regel**. Die eingangs gestellte Frage nach der Rechtfertigung nicht der Existenz, wohl aber der Dominanz des Regionalprinzips im gesamten Organisationsgefüge der Parteien muß für die untere Organisationsebene eindeutig negativ beantwortet werden. Die in

226 zur Unterscheidung zwischen Beitritts- und Leistungsmotivation siehe Niklas Luhmann, Funktionen und Folgen formaler Organisation, a.a.O., S. 104

227 zur Struktur der Partizipationsanreize siehe Mancur Olson Jr, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968; Lester W. Milbrath, Political Participation, How and why do people get involved in politics?, Chicago 1965; David Barry, Party Membership and Social Participation, in: Political Studies, Nr. 17, 1969, S. 196-207

228 Brian M. Barry, Sociologists, Economists and Democracy, London 1970, S. 30

229 David Riesman, Die einsame Masse, Reinbek bei Hamburg 1958, S. 182; Jürgen Habermas,

230 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens, a.a.O., S. 348

231 Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, a.a.O., S. 49

232 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 46

● **28%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

**für den Bereich der Stadt oder Gemeinde, also der unmittelbaren Nahtstelle zwischen Politik und Öffentlichkeit, zwischen Parteien und Bürgern. Jede Stadt bzw. Gemeinde hat ihre je eigenen Verhältnisse, und es ist nicht einzusehen, wie ein einheitliches Organisationskonzept der Parteien den gänzlich verschiedenen Bedingungen der einzelnen**

oder Gemeinde, also der unmittelbaren Nahtstelle zwischen Politik und Öffentlichkeit, zwischen Parteien und Bürgern. Jede Stadt bzw. Gemeinde hat ihre je eigenen **Verhältnisse, und es ist nicht einzusehen, wie ein einheitliches Organisationskonzept der Parteien den gänzlich verschiedenen Bedingungen der einzelnen Gemeinden entsprechen soll, zumal der politische Begriff und Bereich der Gemeinde mit seiner soziologischen Dimension keineswegs deckungsgleich ist<sup>36</sup>**. Es kann also **kein Patentrezept für Parteiarbeit** geben, weder für ihre praktische Arbeit noch für ihre organisatorische Struktur. Der Erfolg einer Partei hängt gerade im kommunalen Bereich weniger

politische Begriff und Bereich der Gemeinde mit seiner soziologischen Dimension keineswegs deckungsgleich ist<sup>36</sup>. Es kann also kein Patentrezept für Parteiarbeit geben, weder für ihre praktische **Arbeit noch für ihre organisatorische Struktur. Der Erfolg einer Partei hängt gerade im kommunalen Bereich weniger von ihrer Übereinstimmung mit einem allgemeinen Schema ab als von der Analyse der konkreten Bedingungen der jeweiligen politischen Einheit und ihrer Umsetzung in adäquate Organisationsstrukturen und gezielte Funktionsausübung. Die fast ausschließlich regional orientierte Organisationsstruktur der Parteien impliziert die Einheitlichkeit der Erfahrung von Politik in den jeweiligen regionalen "Einheiten". Eine moderne, differenzierte Gesellschaft zeichnet sich aber gerade durch die Divergenz von politischen Verwaltungsgrenzen und sozialen Umwelten** aus, wodurch die volle **Identifikation des Bürgers mit seiner Gemeinde oder gar nur seinem Stadtteil zur Ausnahme und nicht zur Regel** wird. Es gibt kein einheitliches Politikergebnis; Politik wird erfahren in konkreten Sachproblemen, die immer

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

98

## Textstelle (Prüfdokument) S. 103

## Textstelle (Originalquellen)

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

99

233 Ren König, Gemeinde, in: Soziologie, hrsg. von Ren König, a. a. O., S. 81 ff; vgl. auch den Abschnitt 4.1. Gemeindeerlebnis, S. 90-100

234 Insofern bleibt der von der CDU durchgeführte "Modellversuch" (Dokumentation 7.) auf

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 103

negativ beantwortet werden. Die in der Praxis aller Parteien in der Bundesrepublik geradezu selbstverständliche Strukturierung des kommunalpolitischen Bereichs nach dem traditionellen, scheinbar bewährten Ortsgruppenprinzip ist weder theoretisch noch empirisch gerechtfertigt. **Es gibt kein einheitliches Politikerlebnis. Politik wird erfahren in konkreten Sachproblemen, die immer häufiger von regionalen Bezügen unabhängig sind. Während die unmittelbaren Interessen und Probleme des einzelnen Bürgers für ihn von wesentlicher, elementarer Bedeutung sind, hat seine regionale Einordnung häufig eher zufällige Ursachen und damit zugleich eine sekundäre Wichtigkeit;** für ihn sind zwar die Orte, nicht aber seine Interessen und Probleme austauschbar. Bewohner der gleichen Gemeinde, **des gleichen Stadtteils oder Wohnbezirks haben durchaus unterschiedliche und gelegentlich sogar gegensätzliche Bedürfnisse und Ansprüche.** Insofern organisieren sich die Parteien durch ihr schematisch verfolgtes **Ortsgruppenprinzip an den soziologischen Realitäten und den politischen Bedürfnissen vorbei. Sie stellen sich schon auf unterster Ebene als eine Art Dachverband** konkurrierender Bedürfnisstrukturen **dar und verhindern so die notwendige Konfrontation mit den parzellierten Interessen an der Politik.** Aus diesem grundsätzlichen Gesichtspunkt verspricht auch die in letzter Zeit häufiger vorgeschlagene Stärkung der Ortsverbände keine wesentliche Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit, zumal dann nicht, wenn darunter lediglich **"die Verlagerung vieler Aufgaben vom Kreisverband auf die unterste Organisationsebene, den Ortsverband"**<sup>235</sup> verstanden wird, der bislang zur befriedigenden Erledigung seiner eigenen Aufgaben kaum in der Lage war und gerade deshalb Anlaß zu Reformüberlegungen gegeben hatte. Auch die Forderung, die Ortsverbände sollten **"in Zukunft in der Partei die kleinste organisatorische Einheit mit eigener Aufgabenstellung und eigener Verantwortung sein"**<sup>236</sup>, verkennt das eigentliche Strukturproblem regionaler Parteigliederungen, die trotz gleicher Organisationsbezeichnung oft völlig unterschiedliche Bedingungen vorfinden. Der Ortsverband in einem städtischen Kreisverband hat eine andere politische Funktion als der in einer kleineren, aber selbständigen Gemeinde, der

235 Modellversuch Kreisverbandsarbeit, Dokumentation 7, S. 199

236 Helmuth Pütz/Peter Radunski/Wulf Schönbohm/Uwe-Rainer Simon, 18 Thesen zur Reorganisation der CDU, in: Sonde, Neue Christlich Demokratische Politik, 6. Jg. 1973, Nr. 3/4, S. 19

● **20%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

die volle Identifikation des Bürgers mit seiner Gemeinde oder gar nur seinem Stadtteil zur Ausnahme und nicht zur Regel wird. **Es gibt kein einheitliches Politikergebnis; Politik wird erfahren in konkreten Sachproblemen, die immer häufiger von regionalen Bezügen unabhängig sind. Während die konkreten Interessen und Probleme des einzelnen Bürgers für ihn von wesentlicher Bedeutung sind, hat seine regionale Einordnung häufig eher zufällige Ursachen und daher sekundäre Wichtigkeit.** Bewohner des gleichen Stadtteils oder Wohnbezirks haben **durchaus unterschiedliche und gelegentlich gegensätzliche Interessen und Probleme.** Insofern organisieren sich die Parteien durch ihr Ortsgruppenprinzip an den soziologischen Realitäten und den politischen Bedürfnissen vorbei. Sie stellen sich schon

daher sekundäre Wichtigkeit. Bewohner des gleichen Stadtteils oder Wohnbezirks haben **durchaus unterschiedliche und gelegentlich gegensätzliche Interessen und Probleme.** Insofern organisieren sich die Parteien durch ihr **Ortsgruppenprinzip an den soziologischen Realitäten und den politischen Bedürfnissen vorbei. Sie stellen sich schon auf unterster Ebene als eine Art Dachverband dar und verhindern so die notwendige Konfrontation mit den parzellierten Interessen an der Politik.** Eine alternative Organisationsstruktur müßte demnach geeignet sein, die unterschiedlichen Zugänge zur Politik aufzugreifen und in einem Kommunikations- und Integrationsprozeß zu einem einheitlichen politischen Konzept zu

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

100

## Textstelle (Prüfdokument) S. 104

parteipolitischer Funktionen leisten und daher fraglos auch organisatorisch selbständig sein muß. Dieses Strukturproblem ist aber nicht durch generelle Verschiebung der untersten Ebene organisatorischer Selbständigkeit nach unten oder oben zu lösen, sondern erfordert eine differenzierte Behandlung. Zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit politischer Parteien sollte das regionale Organisationsprinzip ergänzt werden durch ein zweites gleichgewichtiges, aber weniger schematisches Prinzip: durch ein flexibles, den konkreten Bedingungen der jeweiligen politischen Bezugsebene, d. h. der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, entsprechendes System von sozialen Gruppierungen, Arbeitskreisen, Projektgruppen, Ausschüssen u.a.<sup>237</sup>; diese alternative Organisationsstruktur müßte geeignet sein, die unterschiedlichen Zugänge zur Politik aufzugreifen und in einem ständigen, auf Artikulation und Kommunikation der beteiligten Gruppen aufbauenden Integrationsprozeß zu einem einheitlichen politischen Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept selbst ist also keineswegs vorgegeben. Die parzellierten, spezifischen Interessen des Bürgers an der Politik müssen da aufgegriffen werden, wo sie tatsächlich entstehen, und das bedeutet: die ständigen und spontanen

● 19% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

unterschiedlichen Zugänge zur Politik aufzugreifen und in einem Kommunikations- und Integrationsprozeß zu einem einheitlichen politischen Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept selbst ist also keineswegs vorgegeben. Zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit politischer Parteien sollte das regionale Organisationsprinzip ergänzt werden durch ein flexibles, den konkreten Bedingungen der jeweiligen politischen Einheit, d. h. der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, entsprechendes System von sozialen Gruppierungen, Arbeitskreisen, Projektgruppen, ad-hoc-Ausschüssen u. ä. Da eine

also keineswegs vorgegeben. Zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit politischer Parteien sollte das regionale Organisationsprinzip ergänzt werden durch ein flexibles, den konkreten Bedingungen der jeweiligen politischen Einheit, d. h. der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, entsprechendes System von sozialen Gruppierungen, Arbeitskreisen, Projektgruppen, ad-hoc-Ausschüssen u. ä. Da eine Parteiorganisation mit ausschließlich regional orientierten Strukturen nicht voll funktionsfähig ist, müßte durch interessen- bzw. problemorientierte Strukturen ihre Leistungsfähigkeit gesteigert werden.

unterster Ebene als eine Art Dachverband dar und verhindern so die notwendige Konfrontation mit den parzellierten Interessen an der Politik. Eine alternative Organisationsstruktur müßte demnach geeignet sein, die unterschiedlichen Zugänge zur Politik aufzugreifen und in einem Kommunikations- und Integrationsprozeß zu einem einheitlichen politischen Konzept zu entwickeln. Dieses Konzept selbst ist also keineswegs vorgegeben. Zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit politischer Parteien sollte das regionale Organisationsprinzip ergänzt werden durch ein flexibles, den konkreten Bedingungen der jeweiligen politischen Einheit, d. h. der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, entsprechendes System von sozialen Gruppierungen, Arbeitskreisen, Projektgruppen, ad-hoc-Ausschüssen u. ä. Da eine Parteiorganisation mit ausschließlich regional orientierten Strukturen nicht voll funktionsfähig

werden. Die parzellierten, spezifischen Interessen des Bürgers an der Politik

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

101

## Textstelle (Prüfdokument) S. 104

Gruppierungen der Bevölkerung müssen als die wichtigsten Träger der politischen Meinungs- und Willensbildung akzeptiert werden. Dabei dürfte es sich für die Parteien als zweckmäßig erweisen, die Mitarbeit in solchen Arbeitskreisen und Ausschüssen auch denjenigen zu ermöglichen und selber anzubieten, die aus den verschiedensten Gründen die formelle Mitgliedschaft in einer Partei ablehnen; oft sind gerade diese besonders qualifizierte und sachkundige Bürger, auf deren Urteilsvermögen und Sachverstand die Parteien kaum verzichten können. Dieser Vorschlag einer Ergänzung der weitgehend regional gegliederten Parteiorganisation durch gruppen- und problemorientierte Strukturen beruht auf der theoretisch und empirisch begründeten Erwartung, daß mit der organisatorischen Einbeziehung konkret vorhandener Interessen und Probleme in den innerparteilichen

237 Die Forderung nach organisatorischer Adäquanz für die jeweils verschiedenartigen soziologischen Bedingungen verbietet die Schematisierung dieses zweiten Organisationsprinzips. Insofern ist die Frage, "ob die gegenwärtig in der CDU vorhandenen Vereinigungen den gesellschaftlichen Interessenpluralismus widerspiegeln", völlig berechtigt; sie kennzeichnet eine

## Textstelle (Originalquellen)

müssen da aufgegriffen werden, wo sie tatsächlich entstehen, und das bedeutet: die ständigen und spontanen Gruppierungen der Bevölkerung müssen als die wichtigsten Träger der politischen Meinungs- und Willensbildung akzeptiert werden. Dabei dürfte es sich für die Parteien als zweckmäßig erweisen, die Mitarbeit in solchen Arbeitskreisen und Ausschüssen auch denjenigen zu öffnen, die aus verschiedensten Gründen die formelle Mitgliedschaft in einer Partei ablehnen. Oft sind dies gerade besonders qualifizierte und sachkundige Bürger in höheren Positionen, auf deren Urteilsvermögen die Parteien kaum verzichten können. Die Zusammenfassung und Bündelung der verschiedenen Aktivitäten der einzelnen Parteigremien auf unterer Ebene sollte

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

● 20% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

102

## Textstelle (Prüfdokument) S. 105

ab auf eine Steigerung der innerparteilichen Demokratie bei gleichzeitiger Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit. Ein völliger Verzicht auf regionale Strukturen ist allein wegen des Umfangs und der Bedeutung der politisch zu organisierenden Verwaltungsbereiche weder möglich noch zweckmäßig. "Eine sinnvolle Demokratisierungstheorie oligarchischer Organisationen kann nicht auf den Abbau der bestehenden organisationsimmanenten Rationalität und Komplexität zielen, sondern muß deren Erweiterung und Ausdehnung anstreben"<sup>240</sup>. Die von Frieder Naschold abstrakt postulierte Ausdehnung der Rationalität und Komplexität von Organisationen ist in bezug auf politische Parteien konkret auch auf die Frage nach der Lebensdauer ihrer Organisationsstrukturen anzuwenden. Es bleibt unerfindlich, wie die Parteien dem schnellen Wandel gerade der politischen Probleme und Bedürfnisse ausgerechnet mit einer Struktur beikommen wollen, die ihrerseits auf Permanenz angelegt ist, ohne die Komplexität der

240 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 10

## Textstelle (Originalquellen)

bestimmt aber leistungsärmeren hinauslaufen. An den Mängeln der einzelnen Studien und am Engpaß der gesamten Diskussion wird das zentrale theoretische Problem der gegenwärtigen Oligarchieerörterung sichtbar: Eine sinnvolle Demokratisierungstheorie oligarchischer Organisationen kann nicht auf den Abbau der bestehenden organisationsimmanenten Rationalität und Komplexität zielen, sondern muß deren Erweiterung und Ausdehnung anstreben. Theoretisch bedeutet dies, in der Analyse fundamentaldemokratische Zielnormen einer participatory democracy mit Organisationskonzepten von hoher theoretischer Komplexität zu verbinden. Die strategische Konsequenz eines solchen theoretischen

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 10

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

103

## Textstelle (Prüfdokument) S. 106

Entwicklung ist wiederum **unter den** beiden Aspekten des Demokratiepentials auf der einen und der Effizienz der Organisation auf der anderen Seite zu beurteilen. Was den ersten Aspekt betrifft, so kann kaum ein Zweifel daran bestehen, "wer eine Demokratisierung der Gesamtorganisation will, muß 'Fraktionsbildung' wollen, wenn das Bekenntnis zu demokratischen Strukturen sich nicht zur reinen Außendarstellung verkehren soll"<sup>243</sup>. Dies würde prinzipiell selbst dann gelten, wenn dadurch die Schlagkraft und Geschlossenheit der Partei beeinträchtigt würde, was noch zu überprüfen ist. "Die innerparteiliche Ordnung einer Partei läßt sich geradezu durch das Spannungsverhältnis zwischen politisch notwendiger Einigkeit und innerparteilicher Diskussionsfreiheit charakterisieren"<sup>244</sup>. Zur Frage der Effizienz einer so strukturierten Organisation kann wohl grundsätzlich von der Annahme ausgegangen werden, "daß ein System um so effektivere Entscheidungen treffen kann, je komplexer seine innere Struktur ist, d. h., je vielgestaltiger seine informationell verknüpfte Subsystembildung ist"<sup>245</sup>. Die entscheidende Voraussetzung dafür ist allerdings die Ausrichtung aller Subsysteme am Organisationsziel und ihre institutionell gesicherte Verbundenheit durch ein entsprechend dichtes Kommunikationssystem. Von diesen beiden Prämissen erscheint vor allem die erste gefährdet, da die Vertretung

243 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 91

244 Kurt Lenk/Franz Neumann, Einleitung zur Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a.a.O., S.LVI

245 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 65



0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

der SPD erhobene Vorwurf der >Fraktionsbildung< ist vielleicht historisch verständlich, aber keineswegs in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Konstellation **unter den** hier behandelten normativen Aspekten gerechtfertigt. Denn wer eine Demokratisierung der Gesamtorganisation will, muß > Fraktionsbildung< wollen, wenn das Bekenntnis zu demokratischen Strukturen sich nicht zur reinen Außendarstellung verkehren soll. Da die augenblicklich innerhalb der SPD bestehende Furcht vor Fraktionsbildungen zu fest begründet ist, erscheint der Versuch, ein festes Zweiparteiensystem innerhalb der Partei zu etablieren,

Partei als politischer Kampfverband zur Erlangung der Macht beeinträchtigt wird, muß neben die besonders auf Parteitagen demonstrierte Einigkeit die weitgehende Tolerierung aller politischen Meinungen treten. Die innerparteiliche Ordnung einer Partei läßt sich geradezu durch das Spannungsverhältnis zwischen politisch notwendiger Einigkeit und innerparteilicher Diskussionsfreiheit charakterisieren. Parteiausschlußverfahren, besonders wenn sie in der alleinigen Kompetenz der Vorstände liegen, sind kein Mittel zur Förderung des demokratischen Prozesses, sondern sie lassen das Parteileben erstarren.

Festlegung der wesentlichen Führungsgrößen, die als Festwert, Folgewert oder als Optimalwertkriterium definiert werden können. Dem diesem Regelungsprozeß entsprechenden Strukturaspect der Organisation liegt die Annahme zugrunde, **daß ein System um so effektivere Entscheidungen treffen kann, je komplexer seine innere Struktur ist, d. h. je vielgestaltiger seine informationell verknüpfte Subsystembildung ist.** Eine derart strukturierte Organisation besteht somit aus einer Vielzahl von parallel- wie nachgeschalteten Subsystemen, die alle am strategischen Organisationsziel ausgerichtet und durch eine Vielzahl von

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 91
- 7 Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): ..., 1968, S. 0
- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 65

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

104

## Textstelle (Prüfdokument) S. 107

verstärkt und gefördert wird, ist weder bestreitbar noch unerwünscht. Ebenso unbestreitbar ist aber auch der Vorteil, den eine Gruppenbildung für die letztlich notwendige Verpflichtung aller Parteimitglieder auf ein gemeinsames Konzept für die politische Auseinandersetzung bietet: "Aus der Sicht der Organisation sichert der Konformitätsdruck der Gruppe die Einhaltung einer einmal gefaßten Gruppenentscheidung durch das individuelle Organisationsmitglied. Die Loyalität zur Kleingruppe kann so unter bestimmten Bedingungen zur Unterstützung des Organisationszieles eingesetzt werden, statt es zu unterminieren"<sup>248</sup>. Die erste der beiden Voraussetzungen zur Funktionsfähigkeit und Effizienz eines solchen komplexen Systems verschieden strukturierter Subsysteme, die gemeinsame Ausrichtung aller Gruppierungen am Organisationsziel, erscheint demnach durchaus realisierbar. Die zweite genannte Bedingung, ihre institutionell gesicherte Verbindung

248 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 91

## Textstelle (Originalquellen)

und Zweckentscheidungen. Vom einzelnen Mitglied aus gesehen führt die Unterstützung durch die Kleingruppe zur Absicherung der individuellen Beteiligung gegenüber eventuellem Druck von Seiten der Führungsgruppe. Aus der Sicht der Organisation sichert der Konformitätsdruck der Gruppe die Einhaltung einer einmal gefaßten Gruppenentscheidung durch das individuelle Organisationsmitglied. Die Loyalität zur Kleingruppe kann so unter bestimmten Bedingungen zur Unterstützung des Organisationszieles eingesetzt werden, statt es zu unterminieren. Gruppenbildung kann auch besonders bei Zweckentscheidungen zu Leistungssteigerungen im Entscheidungsprozeß führen. Entscheidungsfindung über Gruppenprozesse ist individuellem Entscheidungshandeln beim Suchen nach wichtigen Wertgesichtspunkten, beim kritischen Durchgehen

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 69

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

105

## Textstelle (Prüfdokument) S. 107

Die zweite genannte Bedingung, ihre institutionell gesicherte Verbindung untereinander durch ein verdichtetes Kommunikationssystem, hängt ab von der gewählten Form der Zusammenfassung dieser Gruppierungen und ihrer Initiativen sowie der verbindlichen Regelung der Entscheidungskompetenzen.

5.5.3. Konfliktregelung und Kompetenzverteilung **Die Zusammenfassung und Bündelung der verschiedenen**, zum Teil sicher gegensätzlichen Vorstellungen und Aktivitäten der einzelnen Parteigremien auf unterer Ebene muß und sollte zweckmäßigerweise **erst auf der Organisationsstufe erfolgen, die als reale kommunale** Verwaltungseinheit zur Erarbeitung einer politischen Gesamtkonzeption und damit zur Leistung aller Parteifunktionen **tatsächlich zwingt**. Dies ist die selbstverwaltete **Stadt oder** Gemeinde. **Erst auf** dieser Ebene **sollte sich die Partei als Dachorganisation verschiedenartiger Untergliederungen organisieren, mit dem Ziel, die von den einzelnen Gruppierungen ausgehenden Impulse aufzugreifen, zu koordinieren** bzw. zu integrieren und durch politische Entscheidungen in eine verbindliche **Gesamtkonzeption umzusetzen, die den auf diese Weise artikulierten**

● **11%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Mitgliedschaft in einer Partei ablehnen. Oft sind dies gerade besonders qualifizierte und sachkundige Bürger in höheren Positionen, auf deren Urteilsvermögen die Parteien kaum verzichten können. **Die Zusammenfassung und Bündelung der verschiedenen** Aktivitäten der einzelnen Parteigremien auf unterer Ebene sollte sinnvollerweise erst auf der Organisationsstufe erfolgen, die als reale kommunale Selbstverwaltungseinheit zur Erarbeitung einer politischen Gesamtkonzeption tatsächlich

höheren Positionen, auf deren Urteilsvermögen die Parteien kaum verzichten können. Die Zusammenfassung und Bündelung der verschiedenen Aktivitäten der einzelnen Parteigremien auf unterer Ebene sollte sinnvollerweise **erst auf der Organisationsstufe erfolgen, die als reale kommunale** Selbstverwaltungseinheit zur Erarbeitung einer politischen Gesamtkonzeption tatsächlich zwingt. Erst auf Stadt- oder Gemeindeebene sollte sich die Partei als Dachorganisation verschiedenartiger Untergliederungen organisieren, mit dem Ziel,

Ebene sollte sinnvollerweise **erst auf** der Organisationsstufe erfolgen, die als reale kommunale Selbstverwaltungseinheit zur Erarbeitung einer politischen Gesamtkonzeption **tatsächlich zwingt**. Erst auf **Stadt- oder** Gemeindeebene **sollte sich die Partei als Dachorganisation verschiedenartiger Untergliederungen organisieren, mit dem Ziel, die von den einzelnen Gruppierungen ausgehenden Impulse aufzugreifen, zu koordinieren** und durch politische Entscheidungen in eine Gesamtkonzeption umzusetzen, die den auf diese Weise artikulierten Wertzielen der jeweiligen Bevölkerung optimal entspricht. Unterste sinnvolle Organisationsebene der Partei

Partei als Dachorganisation verschiedenartiger Untergliederungen organisieren, mit dem Ziel, die von den einzelnen Gruppierungen ausgehenden Impulse aufzugreifen, zu koordinieren und durch politische Entscheidungen in eine

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
106

## Textstelle (Prüfdokument) S. 107

Interessen und Wertzielen der jeweiligen Bevölkerung in hohem Maße entspricht. Unterste sinnvolle Organisationsebene der Partei im Sinne einer allgemein zuständigen Dachorganisation mit politischer und organisatorischer Selbständigkeit ist daher die der jeweiligen kommunalen Selbstverwaltungseinheit (Stadt, Gemeinde) entsprechende Parteigliederung, in der Regel also der Kreisverband bzw. Unterbezirksverband und nur für den Bereich kleiner, aber selbständiger Gemeinden der Ortsverband<sup>249</sup>. Die Einwände gegen den Kreis als unterste koordinierende Organisationsebene wegen ihres im Durchschnitt begrenzten geographischen Umfangs<sup>250</sup> sind allein deshalb wenig überzeugend, weil sie an Stelle der Struktur die Größe der Bezugseinheit zum Kriterium der Organisation erheben.

249 dies gilt grundsätzlich auch für Städte wie Berlin, Hamburg und Bremen, die sich als Stadtstaaten zur Zeit in Form von Landesverbänden mit entsprechenden Untergliederungen organisieren

250 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 91

## Textstelle (Originalquellen)

Gesamtkonzeption umzusetzen, die den auf diese Weise artikulierten Wertzielen der jeweiligen Bevölkerung optimal entspricht. Unterste sinnvolle Organisationsebene der Partei ist daher die der jeweiligen kommunalen Selbstverwaltungseinheit (Stadt, Gemeinde) entsprechende Parteigliederung, in der Regel also der Kreisverband, und nur für den Bereich kleiner, aber selbständiger Gemeinden der Ortsverband. Die mit der Weiterentwicklung der bestehenden Organisationsstrukturen angestrebte Verbreiterung und Verbesserung der innerparteilichen Willensbildung von unten nach oben erfordert zwingend auch eine Neufestsetzung der Entscheidungskompetenzen. Mit

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 56

● 9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

107

## Textstelle (Prüfdokument) S. 108

sie an Stelle der Struktur die Größe der Bezugseinheit zum Kriterium der Organisation erheben. Unterhalb der genannten Koordinationsebene sind regional orientierte Substrukturen weiterhin notwendig und nützlich, sofern ihre auf bestimmte Funktionen begrenzte Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. **Die mit der Weiterentwicklung der bestehenden Organisationsstrukturen angestrebte Verbreiterung und** Intensivierung der innerparteilichen Willensbildung von unten nach oben erfordert, wenn sie nicht bloße Dekoration bleiben soll, **zwingend auch eine Neufestsetzung der Entscheidungskompetenzen** sowie der Formen innerparteilicher Konfliktregelung. **"Weniger eine bürokratische Verhärtung in der Partei als vielmehr die fehlende Institutionalisierung der politischen Mitentscheidung der unteren Einheiten läßt die Mitglieder in ihrer Passivität verharren"**<sup>251</sup>. Mit dem Ziel einer Partizipationsstreuung **unvereinbar ist die nahezu unangefochtene Praxis, alle wichtigen Angelegenheiten der Partei durch eine kleine Gruppe führender Parteifunktionäre entscheiden zu lassen, selbst wenn es sich dabei um ordnungsgemäß gewählte Vorstände handelt.** Ein solches Vorgehen begünstigt eine innerparteiliche Konfliktregelung, die weniger an dem für repräsentativdemokratische Strukturen adäquaten Konkurrenzmodell politischer Willensbildung als vielmehr am Konkordanzmodell orientiert ist: Entscheidungen in Personal- und Sachfragen resultieren häufiger aus einem informellen "Einvernehmen"

251 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S. 153

● 12% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

der jeweiligen kommunalen Selbstverwaltungseinheit (Stadt, Gemeinde) entsprechende Parteigliederung, in der Regel also der Kreisverband, und nur für den Bereich kleiner, aber selbständiger Gemeinden der Ortsverband. **Die mit der Weiterentwicklung der bestehenden Organisationsstrukturen angestrebte Verbreiterung und** Verbesserung der innerparteilichen Willensbildung von unten nach oben erfordert zwingend auch eine Neufestsetzung der Entscheidungskompetenzen. Mit diesem Ziel unvereinbar ist die nahezu unangefochtene Praxis, alle

kleiner, aber selbständiger Gemeinden der Ortsverband. Die mit der Weiterentwicklung der bestehenden Organisationsstrukturen angestrebte Verbreiterung und Verbesserung der innerparteilichen Willensbildung von unten nach oben erfordert **zwingend auch eine Neufestsetzung der Entscheidungskompetenzen.** Mit diesem Ziel **unvereinbar ist die nahezu unangefochtene Praxis, alle wichtigen Angelegenheiten der Partei durch eine kleine Gruppe führender Parteifunktionäre entscheiden zu lassen, selbst wenn es sich dabei um ordnungsgemäß gewählte Vorstände handelt.** Die nach den Satzungen der Parteien schon jetzt zuständigen Organe für die Beratung und Entscheidung aller wichtigen politischen und organisatorischen Fragen sind nicht die Vorstände,

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

108

## Textstelle (Prüfdokument) S. 108

im innerparteilichen Willensbildungsprozeß setzt eine weitgehende Transparenz und die Beteiligung der jeweiligen Konfliktparteien voraus. Diese Bedingung ist durch einvernehmliche Entscheidungen im Parteivorstand nicht einzulösen. Daher sind in Anlehnung an die Bestimmungen des Parteiengesetzes<sup>254</sup> die satzungsmäßig **zuständigen Organe für die Beratung und Entscheidung aller wichtigen politischen und organisatorischen** Angelegenheiten der Partei nicht deren jeweiligen **Vorstände, sondern die allgemeinen Parteiausschüsse**, die im Interesse größerer Transparenz und Partizipation als Voraussetzung demokratischer innerparteilicher Konfliktregelung aktiviert und in ihre Rechte eingesetzt werden müssen. Im Bereich eines Kreisverbandes ist demnach der Kreisparteiausschuß in der Zeit zwischen den Parteitag als wichtigstes Entscheidungsorgan der Partei zu betrachten, dessen Beschlüsse für alle Gremien und Untergliederungen in gleicher Weise verbindlich sind. Dies setzt

254 Gesetz über die politischen Parteien, § 12, Abs. 1

## Textstelle (Originalquellen)

kleine Gruppe führender Parteifunktionäre entscheiden zu lassen, selbst wenn es sich dabei um ordnungsgemäß gewählte Vorstände handelt. Die nach den Satzungen der Parteien schon jetzt **zuständigen Organe für die Beratung und Entscheidung aller wichtigen politischen und organisatorischen** Fragen sind nicht die **Vorstände, sondern die allgemeinen Parteiausschüsse** FT32(37)AL

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

109

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 110

auch an konkreten Problemen und Interessen orientieren sollen, entspricht in seiner theoretischen Konstruktion weitgehend den Forderungen, die von Sozialwissenschaftlern und Systemtheoretikern an demokratisierte und zugleich leistungs- und entscheidungsfähige Organisationen gestellt werden, nämlich strukturiert zu sein "nicht als Pyramide, sondern als ein Geflecht ineinander verwobener Systeme, die ihrerseits eine möglichst große Autonomie genießen, aber trotzdem informationell miteinander verbunden sind. Auf diese Weise wird nicht nur die Leistungsfähigkeit einer Organisation erhöht, sondern es werden auch Partizipationschancen gestreut, Verantwortung und Entscheidungskompetenzen delegiert sowie das Wissen und die Wertvorstellungen der Organisationsmitglieder umfassender berücksichtigt"<sup>258</sup>. Eine kritische Überprüfung dieses Organisationsmodells an dem gleichen Funktionskatalog, der die beträchtlichen Mängel und Leistungsschwächen der bestehenden Strukturen deutlich gemacht hatte, erscheint zwingend, muß aber notwendigerweise hypothetisch bleiben, da praktische Erfahrungen mit dem skizzierten Modell kaum vorliegen, wenn man von den wenigen Ansätzen integrierter nichtregionaler Strukturen in Form der Vereinigungen in der CDU absieht. Gegenüber dem aktuellen Zustand sind jedenfalls einige Verbesserungen zu erwarten, die geeignet erscheinen, die politischen Parteien in ihren Funktionen leistungsfähiger zu machen.

### 5.5.4.1. Artikulationsfunktion

Die Aufgabe der Artikulation und Strukturierung der öffentlichen Meinung, die von den Ortsverbänden als regionalen Gliederungen in

258 Warnfried Dettling, Demokratisierung - Anfang oder Ende der Demokratie?, in: Eichholzbrief, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz, 3/71, S. 12 f

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

häufig einer modifizierten Form der Urliste, der sog. Strichliste. Bei umfangreicheren Datenmengen empfiehlt sich außerdem die Bildung von Klassenintervallen, indem man die einzelnen Maßzahlen (X) zu Maßzahlklassen (X) zusammenfaßt. Auf diese Weise wird nicht nur die Übersichtlichkeit erhöht, man verringert auch den Arbeitsaufwand für die weiteren Verarbeitungsgänge. Anleitungsregeln) Über die Extremwerte (X<sub>max</sub> und X<sub>min</sub>) wird die absolute Dispersionsspanne ermittelt. Diese ist für die Bildung

je vollständiger einer Partei diese organisatorische Erfassung der komplexen Öffentlichkeit gelingt, desto größer dürfte ihre Funktionsfähigkeit und damit der Kompetenzvorsprung gegenüber ihren Konkurrenten werden. Eine Überprüfung dieses Organisationsmodells an dem gleichen Funktionskatalog, der die bedenklichen Schwächen der bestehenden Strukturen deutlich gemacht hatte, erscheint zwingend, muß aber notwendigerweise hypothetisch bleiben, da so gut wie keine praktischen Erfahrungen mit dem skizzierten Modell vorliegen. Einige deutliche Verbesserungen gegenüber dem aktuellen Zustand sind aber unverkennbar. zu1. (Artikulationsfunktion) Die Aufgabe

- 31 Heller, Kurt/u.a.: Planung und Ausw..., 1974, S. 95
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
110

## Textstelle (Prüfdokument) S. 110

Ausschüsse übertragen werden, die deshalb eine bessere Voraussetzung für die Erfüllung dieser Funktion bieten, weil ihre personelle Zusammensetzung und sachliche Arbeit sich durch ein gemeinsames konkretes Interesse oder Problem bestimmt, das sowohl grundsätzlich - angelehnt etwa an soziale Gruppierungen der Bevölkerung nach dem Muster der Vereinigungen - als auch spontan oder aktuell sein kann. Die sachbezogene oder projektorientierte Arbeit dieser Gremien kann sich äußern in Anträgen, Beschlußvorlagen, Resolutionen u. ä. an den Kreisverband (bzw. den Ortsverband in kleinen selbständigen Gemeinden) als Koordinations- und Integrationsebene, dessen Parteiausschuß (bzw. Mitgliederversammlung) als Adressat dieser Initiativen dazu aufgerufen und in der Lage ist, die auf diese Weise artikulierte Meinung konkurrierender Parteigruppierungen in verbindliche Entscheidungen umzusetzen. Neben der möglichen Verbesserung innerparteilicher Willensbildung ist auch eine günstigere Position in der Konkurrenz zu anderen politischen, in der Regel aber nicht parteilich

## Textstelle (Originalquellen)

den dazu offensichtlich ungeeigneten Ortsgruppen auf Arbeitskreise und Ausschüsse übertragen, deren Zusammensetzung und Aktivität sich durch ein gemeinsames reales Interesse bestimmt, das sowohl grundsätzlich - angelehnt an soziale Gruppierungen der Bevölkerung - als auch spontan oder aktuell sein kann. Die sachbezogene oder projektorientierte Arbeit dieser Gremien könnte sich artikulieren in Anträgen, Beschlußvorlagen, Resolutionen u. ä. an den Kreisverband, dessen Parteiausschuß (nicht der Vorstand!) als Adressat dieser Initiativen dazu aufgerufen ist, die Meinungs- und Willensbildung der unteren Gliederungen in einen Parteiwillen umzusetzen. Diesen neuen

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

111

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 111

offenere und flexiblere Organisationsstrukturen gewännen die Parteien vielleicht die Chance, solche Initiativen aufzufangen, in den eigenen politischen Willensbildungsprozeß zu integrieren und schließlich auch in Wahl erfolge umzusetzen. 5.5.4.2. **Integrationsfunktion Die Integration des einzelnen Wählers oder Parteimitgliedes in das Gemeinwesen durch Zuordnung seiner Partikularinteressen auf ein komplexes Gesamtinteresse würde unter den dargestellten Voraussetzungen wesentlich gefördert.** Das Postulat der Bildung des Parteiwillens durch konkurrierende innerparteiliche Willensbildung könnte **sehr viel eher** und gründlicher erfüllt werden als bisher, da die **Zusammenfassung der verschiedenartigen, teilweise sicher unvereinbaren Anregungen und Anträge der einzelnen Parteigliederungen die Partei als Ganzes zu dem innerparteilichen Interessenausgleich zwingen** würde, der bislang meist **nur behauptet wird.** Zudem könnte durch die **bewußt interessenbezogene Parteimitgliedschaft der falsche, aber gerade in Parteikreisen scheinbar unüberwindliche Antagonismus von Partikularinteressen und Allgemeininteresse abgebaut werden<sup>260</sup>**, die beide nicht unabhängig voneinander denkbar und realisierbar sind. Wenn es richtig ist, daß gesellschaftliche **Interessen nur selten durch das Ergebnis allgemeiner Wahlen ermittelt** und berücksichtigt werden können, sondern wesentlich **von dem relativen Einfluß interessierter Gruppen auf die jeweils relevanten politischen Subsysteme** abhängig sind<sup>261</sup>, dann ist zum einen eine Rückbindung der aktiven Öffentlichkeit von Partei- und Verbandsmitgliedern an die passive Öffentlichkeit der breiten Wählerschaft unverzichtbar<sup>262</sup>, der Wille einer Partei muß also ebenso wie der eines Verbandes als

260 so schreibt Emil-Peter Müller in seinem kritischen Beitrag über die Rolle der Vereinigungen in der CDU: "Es wäre unsinnig anzunehmen, daß Parteipolitik ohne Interessenpolitik betrieben werden könnte. Es ist aber nicht notwendig, daß sich die Interessenvertretung dermaßen institutionalisiert, daß Entscheidungsgremien der Partei lediglich ein Abbild der Kräfteverhältnisse verschiedener Interessengruppierungen darstellen . . . Worum es für die CDU geht, ist der Versuch einer Stärkung ihrer Basis zuungunsten ihrer berechtigten heterogenen Interessengruppen" (E. P. Müller, Wahlverein oder Partei, in: Die Entscheidung, 21. Jg., Nr. 8, 1973, S. 32f)

261 Fritz Scharpf, Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, a.a.O., S. 47

262 ebda, S. 91; zum Begriff der aktiven und passiven öffentliche eit siehe Ralf Dahrendorf, Aktive und passive Öffentlichkeit, in: Merkur Nr. 21, 1967, S. 1109-1122

● **21%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

jeweiligen Erfordernisse und mit neuem Stellenwert innerhalb der Parteien brauchbare Ansatzpunkte für eine moderne Organisation abgeben. zu 2. (**Integrationsfunktion) Die Integration des einzelnen Wählers oder Parteimitglieds in das Gemeinwesen durch Zuordnung seiner Partikularinteressen auf ein komplexes Gesamtinteresse würde unter den skizzierten Voraussetzungen wesentlich gefördert.** Ganz sicher würde das Postulat der Bildung des Parteiwillens als Resultante innerparteilicher Willensbildung sehr viel eher erfüllt als bisher. Die Zusammenfassung

gefördert. Ganz sicher würde das Postulat der Bildung des Parteiwillens als Resultante innerparteilicher Willensbildung **sehr viel eher** erfüllt als bisher. **Die Zusammenfassung der verschiedenartigen und teilweise sicher unvereinbaren Anregungen und Anträge der einzelnen Parteigliederungen würde die Partei als Ganzes zu dem innerparteilichen Interessenausgleich zwingen**, der bisher weitgehend **nur behauptet wird.** Zudem könnte gerade durch die **bewußt interessenbezogene Parteimitgliedschaft der falsche, aber scheinbar unüberwindliche Antagonismus von Partikularinteressen und Allgemeininteresse abgebaut werden.** Die sicherste Methode zur Verhinderung der Bildung eines Gesamtwillens besteht in der Unterdrückung von Einzelinteressen, und, wenn nach demokratischem Selbstverständnis Gemeinschaftswille in einem Parteienstaat nur als

Befähigung der unteren Schichten zur aktiven Partizipation ist ein zentrales Anliegen neuerer normativer Pluralismustheorien.<sup>88</sup> Fritz Scharpf geht von der Hypothese aus, daß die Berücksichtigung gesellschaftlicher **Interessen nur selten durch das Ergebnis allgemeiner Wahlen ermittelt** werden kann, sondern abhängig ist **von dem relativen Einfluß interessierter Gruppen auf die jeweils relevanten politischen Subsysteme.**<sup>34</sup> Damit dieser Einfluß nicht auf die Oberschichten und die Eliten begrenzt bleibt, fordert Scharpf eine Ausweitung und Intensivierung der Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen. Bezogen

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57
- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 159

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

112



## Textstelle (Prüfdokument) S. 112

Öffentlichkeit, **zwischen Führung und Geführten** zu sein, nicht voll gerecht werden, diese Funktion vielmehr **nur einseitig** als Ausläufer eines Informationssystems **von oben nach unten erfüllen können, würde mit** der Etablierung nichtregionaler, projekt- und problembezogener Organisationsstrukturen **ein Gegengewicht geschaffen, das in** der entgegengesetzten Richtung wirken soll und kann. Erst die Verbindung beider Organisationsprinzipien verspricht einen inner- und außerparteilichen Kommunikationsprozeß im Sinne dieser politischen Funktion. **Fraglos kann und wird es** Initiativverzerrungen auch **innerhalb der Gruppen und in ihrem Verhältnis zueinander geben, die** aber wegen der relativ homogenen Zusammensetzung und der für jedermann deutlichen Interessenidentität in ihrem **Ausmaß und** ihrer Richtung weitgehend transparent **sein würden**. Daß im übrigen Ungleichgewichte in den Einflußmöglichkeiten der unvermeidliche Preis jeder Organisation unterschiedlich

● **5%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Bindeglied **zwischen Führung und Geführten**, zwischen Regierung und öffentlicher Meinung **nur einseitig von oben nach unten erfüllen können, würde mit** den einzurichtenden Arbeitskreisen und Ausschüssen **ein Gegengewicht geschaffen, das in** genau der entgegengesetzten Richtung wirken soll und kann. **Fraglos** kann und wird es auch hier Initiativverzerrungen innerhalb der Gruppen und in ihrem Verhältnis zueinander geben,

oben nach unten erfüllen können, würde mit den einzurichtenden Arbeitskreisen und Ausschüssen ein Gegengewicht geschaffen, das in genau der entgegengesetzten Richtung wirken soll und kann. **Fraglos kann und wird es** auch hier Initiativverzerrungen **innerhalb der Gruppen und in ihrem Verhältnis zueinander geben, die** freilich in **Ausmaß und** Richtung transparenter **sein würden** als im gegenwärtigen Zustand. Viel wesentlicher ist dagegen die organisatorische Einbeziehung der Artikulation einer diffusen öffentlichen Meinung

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

113

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 113

in einem endlosen Palaver steckenbleiben, wenn in ihr alle Argumente einzig auf ihre rationale Stichhaltigkeit geprüft würden<sup>1264</sup>. Diese ein wenig großzügig wirkende Argumentation Wilhelm Hennis' findet in der Analyse von Kommunikationsprozessen durchaus seine rationale Bestätigung: "Hierarchie, nicht im Sinne eines Befehlsmodells, sondern im Sinne der schrittweisen und strukturierten Problemvereinfachung, ist ein notwendiger Bestandteil fast aller Kommunikationsformen<sup>1265</sup>. Wenn dieses Maß an notwendiger Hierarchie im Sinne eines strukturierten Kommunikationsprozesses in der politischen Praxis häufig in eine Dominanz der Führungsgruppen umgeschlagen ist, so muß dies in der Regel auf deren Kontrolle über die innerparteiliche

264 Wilhelm Hennis, An den Plänen gescheitert, in: Deutsche Zeitung, Christ und Welt, Nr. 5 vom 4.2. 1972, S. 5

265 Frieder Naschold Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 30

## Textstelle (Originalquellen)

Subsystembildung. Ebenso bedürfen Kommunikationsprozesse von Organisationen der Strukturierung im Sinne der Subsystembildung, d. h. Kommunikationsprozesse sind als strukturiert und asymmetrisch aufzufassen. Hierarchie, nicht im Sinne des Befehlsmodells, sondern im Sinne der schrittweisen und strukturierten Problemvereinfachung, ist ein notwendiger Bestandteil fast aller Kommunikationsformen. Öffentlichkeit nach Art einer unstrukturierten, symmetrischen und simultanen Diskussion führt dann aber nicht zur Aufklärung, sondern zur Konfusion. Die hier vorgetragene Kritik richtet sich nicht

- 6 Naschold, Frieder: Organisation und..., 1972, S. 30

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

114

## Textstelle (Prüfdokument) S. 113

Kommunikation zurückgeführt werden<sup>266</sup>. Eine Bindung der Parteimitglieder an das offizielle Kommunikationsnetz der Partei und damit meist an ihre Führungsgruppen ist daher vor allem durch eine Vielfalt autonomer Kommunikationskanäle zu verhindern, die unter den dargestellten Bedingungen am ehesten durch selbständige, interessen- und problemorientierte Substrukturen aufzubauen sind. **Erst wenn auf diese Weise echte Kommunikationskanäle zwischen der so strukturierten und artikulierten öffentlichen Meinung und der politischen Führung geschaffen sind, können die Parteien als echte Bindeglieder im politischen System betrachtet werden. Dann könnten sie das werden, was bisher weitgehend bloßes Postulat geblieben ist, nämlich "das Sprachrohr, dessen sich das mündige Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können"**<sup>268</sup>. 5.5.4.4. Selektionsfunktion Die Gefahr der Verkrustung der Führungsauslese auf unterer **Parteebene zu einem modifizierten Kooptationssystem infolge mangelnden Interesses der Parteimitglieder erscheint unter** Berücksichtigung der vorgeschlagenen Organisationsreformen **durchaus geringer als bisher, da mit der Verfolgung konkreter Sachprobleme** und Interessen eine verstärkte Motivation der unmittelbar betroffenen und beteiligten Parteimitglieder an sachlicher Partizipation und persönlicher Vertretung erarbeiteter Vorschläge und Anträge in den jeweils höheren Parteigremien vermutet werden darf. Zudem stehen durch die Einrichtung verschiedener Arbeitskreise, Projektgruppen u. ä. einige weitere Führungspositionen zur Verfügung, deren Bedeutung für die Aktivierung neuer und alter Mitglieder nicht zu unterschätzen ist. **"Eine dezentralisierte Organisation der Parteiarbeit könnte aber nicht nur mehr soziale Rollen für qualifizierten Nachwuchs zur Verfügung stellen; sie würde auch das Kandidatenreservoir fachlich an der Lösung bestimmter Problemfelder geschulter Mitglieder erweitern und so der innerparteilichen Demokratie durch Belebung des Wettbewerbs dienen"**<sup>269</sup>.

● 17% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

gegenwärtigen Zustand. Viel wesentlicher ist dagegen die organisatorische Einbeziehung der Artikulation einer diffusen öffentlichen Meinung in den Willensbildungsprozeß politischer Parteien und die Institutionalisierung demokratischer Entscheidungsprozesse. **Erst wenn auf diese Weise echte Kommunikationskanäle zwischen der so strukturierten und artikulierten öffentlichen Meinung und der politischen Führung geschaffen sind, können die Parteien als echte Bindeglieder im politischen System betrachtet werden. Dann könnten sie wirklich werden, was bisher weitgehend bloßes Postulat geblieben ist, nämlich "die Sprachrohre, deren sich das mündige Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können"** (Gerhard Leibholz). zu 4. (Selektionsfunktion) Die Gefahr der Verkrustung der Führungsauslese auf unterster Parteebene zu einem modifizierten Kooptationssystem infolge mangelnden Interesses der Parteimitglieder erscheint unter den

mündige Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können" (Gerhard Leibholz). zu 4. ( Selektionsfunktion) Die Gefahr der Verkrustung der Führungsauslese auf unterster **Parteebene zu einem modifizierten Kooptationssystem infolge mangelnden Interesses der Parteimitglieder erscheint unter** den skizzierten Bedingungen **durchaus geringer als bisher, da mit der Verfolgung konkreter Sachprobleme** auch ein persönliches Interesse der unmittelbar betroffenen und beteiligten Parteimitglieder an der Vertretung der erarbeiteten Vorschläge und Anträge in den jeweils höheren Parteebenen vermutet werden

die diesem Ziel dienen. Die Struktur und Organisation der Parteien, persönliche Interessen verschiedenster Art und nicht zuletzt auch enge finanzielle Grenzen hemmen jedoch diesen Prozeß. **Eine dezentralisierte Organisation der Parteiarbeit könnte aber nicht nur mehr soziale Rollen für**

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
115

## Textstelle (Prüfdokument) S. 113

Einen ähnlichen Effekt verspricht auch die Aufgabenverteilung im Vorstand und die Kompetenzregelung zwischen diesem und dem Parteiausschuß bzw. der Mitgliederversammlung. Die Vergabe klarer Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Vorstand das traditionelle System der "Erbhöfe", die

266 vgl. Henry Valen/Daniel Katz, Political Parties in Norway, a.a.O., S. 94f

268 Gerhard Leibholz, Der Parteienstaat des Bonner Grundgesetzes, in: Recht, Staat und Wirtschaft, Bd. 3, 1951, S. 104

269 Horst Joachim Koch, Theoretische und praktische Probleme der politischen Arbeit, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 49

## Textstelle (Originalquellen)

qualifizierten Nachwuchs zur Verfügung stellen; sie würde auch das Kandidatenreservoir fachlich an der Lösung bestimmter Problemfelder geschulter Mitglieder erweitern und so der innerparteilichen Demokratie durch Belebung des Wettbewerbs dienen. Die Kardinalfrage der Personalpolitik: Wer soll was, wie, wann tun? wäre leichter zu beantworten. Eine sinnvolle Möglichkeit, sachorientierte Personalpolitik zu betreiben, sei hier noch

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 49

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

116

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 114

den institutionellen Zwang zur Konfrontation und zum Ausgleich von bestehenden Interessen durch demokratische Konfliktregelung politischer werden sollen und müssen, um zu verhindern, daß , aus der Tugend der Konfliktseliminierung ... die Not der Demokratie ohne Alternativen"<sup>271</sup> entsteht.

Die vorgeschlagenen Strukturveränderungen in der Organisation der Parteien lassen im theoretischen Vergleich günstigere Voraussetzungen für die befriedigende Erfüllung ihrer Funktionen im politischen System erwarten als im gegenwärtigen Zustand. Natürlich ist damit noch nicht der Beweis für die praktische Überlegenheit dieser Strukturen erbracht, der letztlich nur empirisch zu führen wäre. Immerhin geben die vorhandenen Ansätze problemorientierter Strukturen genügend Anlaß zu dem Versuch ihrer Weiterentwicklung. Je eher und je vollständiger einer Partei die organisatorische Erfassung der komplexen Öffentlichkeit gelingt, desto größer wird ihre Funktionsfähigkeit und damit zugleich der Kompetenzvorsprung gegenüber ihren politischen Konkurrenten.

"Leider haben die politischen Parteien wenig oder nichts getan, um sich selbst für eine aktive Mitarbeit der Staatsbürger attraktiv zu machen. Sie haben nicht selten aus der Not eine Tugend gemacht und die Exklusivität, in der über Ämter und Mandate entschieden wurde, nicht so sehr für ein Übel als vielmehr für eine bequeme Art der Parteiendemokratie gehalten"<sup>272</sup>. Diese heimliche Übereinstimmung mit nach außen laut beklagten Zuständen hat die öffentlichkeitswirksamen Forderungen und Vorschläge einer Parteireform noch immer weit zahlreicher gelassen als deren praktische Versuche. Die Schwierigkeiten, auf die eine Umstrukturierung der Parteiorganisation immer wieder gestoßen sind, zeigen nur allzu deutlich, daß die Bereitschaft zu einer konsequenten Organisationsreform in allen Parteien nach wie vor kaum vorhanden ist. Organisationen reformieren sich nicht von selbst. Innovationen sind eine Aufgabe der

271 Werner Conze, Nachwort zur Neuausgabe von Robert Michels' Soziologie des Parteiwesens, a.a.O., S. 405

272 Ernst Benda, Reform der Parteien und Parlamente, in: Lothar Kraft/Gerhard Reddemann (Hrsg.), Mit der Union in die Zukunft, Grundlagen-Kritik-Aufgaben-Vorschläge-Perspektiven, Bonn 1969, S. 98 f

## Textstelle (Originalquellen)

und Anreiz geben. Die Beschneidung der Kompetenz der Vorstände auf ihre satzungsmäßigen Aufgaben erscheint so als eine ebenso simple wie wesentliche Verbreiterung der innerparteilichen Demokratie. Die vorgeschlagenen Strukturveränderungen in der Organisation der Parteien lassen im theoretischen Vergleich günstigere Voraussetzungen für die befriedigende Erfüllung der Funktionen im politischen System erwarten als im bestehenden Zustand. Natürlich ist damit noch nicht der Beweis für die praktische Überlegenheit dieser Strukturen erbracht, der letztlich nur empirisch zu führen wäre. Zweck dieser Studie sollte sein, die konkrete organisatorische Verfassung der Parteien zum Gegenstand kritischer Analyse zu machen und die natürlichen Grenzen aufzuzeigen, auf die die

eine Umstrukturierung der Parteiorganisation in der skizzierten Richtung stoßen wird, zeigen nur, wie sehr die Parteien zur Zeit von einer modernen, dynamischen Organisationsform entfernt sind. Je eher und je vollständiger einer Partei diese organisatorische Erfassung der komplexen Öffentlichkeit gelingt, desto größer dürfte ihre Funktionsfähigkeit und damit der Kompetenzvorsprung gegenüber ihren Konkurrenten werden. Eine Überprüfung dieses Organisationsmodells an

an der Arbeit der politischen Parteien zu beteiligen, war stets gering; aber sie war eher eine an sich sehr bedauerliche Folge mangelnden Willens zum Engagement. Leider haben die politischen Parteien wenig oder nichts getan, um sich selbst für eine aktive Mitarbeit der Staatsbürger attraktiv zu machen. Sie haben nicht selten aus der Not eine Tugend gemacht und die Exklusivität, in der über Ämter und Mandate entschieden wurde, nicht so sehr für ein Übel als vielmehr für eine bequeme Art der Parteiendemokratie gehalten. Niemand, der sich selbst zu fein war, aktiv an der Arbeit der Parteien mitzuwirken, kann sich jedoch berechtigterweise über mangelnde Mitwirkungsmöglichkeiten beklagen; aber

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 57
- 32 Kraft/Reddemann (Hrsg.): Mit der Un..., 1969, S. 98
- 32 Kraft/Reddemann (Hrsg.): Mit der Un..., 1969, S. 99

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

117

● 14% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Prüfdokument) S. 115

voraus kalkulierbaren Neuregelung aufgegeben"<sup>273</sup>. Es ist daher wenig realistisch, eine Parteireform gerade von jenen Führungsgruppen zu erwarten, die ihre Positionen den bestehenden Organisationsstrukturen und Entscheidungsverfahren verdanken. Der geforderte Stil politischer Willensbildung und politischer Führung, der durch "bewußt tolerierte und geförderte Austragung innerparteilicher Richtungs-differenzen"<sup>274</sup> gekennzeichnet sein sollte, ist in der Tat "nicht durch rationale Argumentation, sondern im wesentlichen nur über ständigen Gegendruck unterer Parteiorganisationen, informeller Gruppen und einzelner Mitglieder des Vorstandes erreichbar"<sup>275</sup>. Zweck dieser Studie sollte es sein, die konkrete organisatorische Verfassung der Parteien zum Gegenstand kritischer Analyse zu machen und die natürlichen Grenzen aufzuzeigen, auf die die Postulate innerparteilicher Demokratie in dem gegebenen organisatorischen Rahmen immer wieder stoßen. Diese Strukturdefekte sind, gemessen an den Funktionen der Parteien im politischen System einer Demokratie, größer, als ihre formale Übereinstimmung mit den allgemeinen Anforderungen der Verfassung oder auch des konkreteren Parteiengesetzes zunächst vermuten läßt. Natürlich ist es wenig sinnvoll, Demokratisierungsstrategien für soziale Organisationen, insbesondere für politische Parteien, zu

273 Heino Kaack, Geschichte und Struktur des westdeutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 499 f

274 Wolfgang Abendroth, Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, in: ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied/Berlin 1967, S. 78

275 Frieder Naschold, Organisation und Demokratie, a.a.O., S. 93

## Textstelle (Originalquellen)

nirgendwo überwunden. Abendroth und Naschold betonen die Notwendigkeit der Aktivierung von oben nach unten. Während Abendroth von der Aktivierung der Mitgliedschaft durch "in den Parteien bewußt tolerierte und geförderte Austragung innerparteilicher Richtungs-differenzen" spricht,<sup>97</sup> greift Naschold aus der "management science" den Begriff des "principle of supportive relationship" auf, die Notwendigkeit eines die Partizipation fördernden Leitungsstil der Führungsgruppe. Dabei

Partizipation fördernden Leitungsstil der Führungsgruppe. Dabei wird gerade bei Naschold der Kreislauf der Argumentation deutlich. Er sieht klar, daß in der Partei "ein solcher Leitungsstil nicht durch rationale Argumentation, sondern im wesentlichen nur über ständigen Gegendruck unterer Parteiorganisationen, informeller Gruppen und einzelner Mitglieder des Vorstandes erreichbar" ist. 98 Der die innerparteiliche Demokratie fördernde Leitungsstil der Führung kann also nur erreicht werden, wenn eben jene innerparteiliche Demokratie schon weitgehend verwirklicht ist und der

Natürlich ist damit noch nicht der Beweis für die praktische Überlegenheit dieser Strukturen erbracht, der letztlich nur empirisch zu führen wäre. Zweck dieser Studie sollte sein, die konkrete organisatorische Verfassung der Parteien zum Gegenstand kritischer Analyse zu machen und die natürlichen Grenzen aufzuzeigen, auf die die Postulate innerparteilicher Demokratie in dem gegebenen organisatorischen Rahmen immer wieder stoßen. Diese Strukturdefekte sind gemessen an den Funktionen der Parteien im politischen System größer, als ihre Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verfassung und auch des detaillierten Parteiengesetzes zunächst vermuten läßt. Die festgestellten Schwächen sind nur behebbar durch eine

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 127
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

118

● 11% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Prüfdokument) S. 115

Parteiengesetzes zunächst vermuten läßt. Natürlich ist es wenig sinnvoll, Demokratisierungsstrategien für soziale Organisationen, insbesondere für politische Parteien, zu entwickeln, ohne die Konsequenzen erweiterter innerparteilicher Partizipation für das Gesamtsystem zu berücksichtigen<sup>276</sup>. Aber gerade dieses politische System, "die Konkurrenzdemokratie, kann nur funktionieren, wenn der Wähler zwischen echten Alternativen wählen kann. Dies kann er paradoxerweise nur, wenn die Parteipolitiker nicht nur wählerorientiert, sondern auch parteimitgliederorientiert sind"<sup>277</sup>. Dieses Ziel erscheint nur erreichbar und die festgestellten Schwächen nur korrigierbar durch eine massive Politisierung der Parteien, die ohne diese dezidiert politische Perspektive und Mentalität ihren Zweck zu sehr verfehlen, um für ein demokratisches System, dessen Kern sie bilden, tolerierbar zu sein: "Da in der modernen Massendemokratie die Parteien die Vermittlungsorganisationen zwischen Staat und Gesellschaft sind, führt die Entpolitisierung der Parteien zur Entdemokratisierung der Gesellschaft"<sup>278</sup>. Dies ist die eigentliche Herausforderung. DOKUMENTATION 117 Einführende Erläuterungen zur Dokumentation Der nachfolgende dokumentarische Anhang soll über die zusammenfassende Darstellung des Textes hinaus, die sich auf kurze Zitate beschränken mußte, einen Teil der ihr zugrunde liegenden

276 ebda, S. 81; Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 126

277 Wolfgang Jäger, a.a.O., S. 138

278 Kurt Lenk/Franz Neumann, Einleitung zu Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a.a. O., S. LXXV

## Textstelle (Originalquellen)

die Parteien in ihren Programmen konvergieren. Wir sind der Meinung, daß es keine echte Alternative zum Konkurrenzmodell der Demokratie gibt. Freilich bedarf dieses der Verfeinerung. Die Konkurrenzdemokratie kann nur funktionieren, wenn der Wähler zwischen echten Alternativen wählen kann. Dies kann er paradoxerweise nur, wenn die Parteipolitiker nicht nur wählerorientiert, sondern auch parteimitgliederorientiert sind. Vorausgesetzt, daß die Parteimitgliedschaft für die Wählerschaft einer Partei nicht repräsentativ ist und daß die Parteieliten sich mit innerparteilichen ideologischen Minderheiten, die als Wählerschaft kaum politischen System größer, als ihre Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verfassung und auch des detaillierten Parteiengesetzes zunächst vermuten läßt. Die festgestellten Schwächen sind nur behebbar durch eine massive "Politisierung" der Parteien, die ohne diese dezidiert politische Perspektive ihren Zweck zu sehr verfehlen, um für ein demokratisches System, dessen Kern sie bilden, tolerierbar zu sein. "Da in der modernen Massendemokratie die Parteien die Vermittlungsorganisationen zwischen Staat und Gesellschaft sind, führt die Entpolitisierung der Parteien zur Entdemokratisierung der Gesellschaft"<sup>39</sup>. Genau dies macht die Problematik der innerparteilichen Demokratie zur zentralen Frage der Demokratie überhaupt, denn in einem modernen demokratischen System findet Demokratie entweder in den

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 138
- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 7% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
119

## Textstelle (Prüfdokument) S. 119

ist der Antragsteller schriftlich zu benachrichtigen. Er ist darauf hinzuweisen, daß gegen die Ablehnung Einspruch binnen eines Monats durch eingeschriebenen Brief bei der Geschäftsstelle des Kreisverbandes eingelegt werden kann, über den der Landesverband endgültig entscheidet. §6 **Jedes Mitglied hat das Recht, an Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der** Satzung teilzunehmen. Nur Mitglieder können in Parteigremien gewählt und als Kandidaten für parlamentarische Vertretungen aufgestellt werden. Jedes Mitglied hat Beiträge zu entrichten. Näheres regelt die Beitrags- und Finanzordnung. Die Rechte eines Mitglieds **ruhen, wenn es länger als sechs Monate mit seinen Beitragszahlungen schuldhaft in Verzug ist.** Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, durch Austritt oder durch Ausschluß. Der Austritt ist dem Kreisverband schriftlich zu erklären. Er wird mit dem Zugang beim Kreisverband wirksam. Der Mitgliedsausweis ist spätestens **bis zu diesem Zeitpunkt** abzugeben. Alle Veränderungen in der Mitgliedschaft sind unverzüglich der zentralen Mitgliederkartei und dem zuständigen Ortsverband zu melden. § 10 Durch den Kreisvorstand können gegenüber Mitgliedern nach deren vorheriger Anhörung Ordnungsmaßnahmen getroffen werden. Über den Ausschluß eines Mitgliedes

● 19% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Mitglieder der Jungen Union Berlin erhalten einen von der Landes- oder Bundesgeschäftsstelle ausgestellten Mitgliedsausweis, der nach Erlöschen der Mitgliedschaft an den Landesverband zurückgegeben werden muss. § 10 (1) **Jedes Mitglied hat das Recht, an Veranstaltungen, Wahlen und Abstimmungen im Rahmen der** dafür einschlägigen Vorschriften teilzunehmen. (2) Voraussetzung für die Wahl zum Mitglied eines Vorstandes und zum Rechnungsprüfer ist die Mitgliedschaft in der Jungen Union Berlin sowie die der Jungen Union Berlin sowie die Mitgliedschaft in der CDU oder CSU. Ausnahmen von dieser Regel beschließt der Landesvorstand. (3) Die Mitgliedsrechte **ruhen, wenn das Mitglied länger als sechs Monate mit seinen Beitragszahlungen schuldhaft in Verzug ist.** Beitragszahlungen können auch auf der Kreisversammlung des für das Mitglied zuständigen Kreisverbandes erfolgen. Bei der Überprüfung der Stimmberechtigung ist die Mandatsprüfungskommission verpflichtet festzustellen, ob die

- 33 Landesverband Berlin, 1964, S. 3

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

120

## Textstelle (Prüfdokument) S. 120

der zentralen Mitgliederkartei und dem zuständigen Ortsverband zu melden. § 10 Durch den Kreisvorstand können gegenüber Mitgliedern nach deren vorheriger Anhörung Ordnungsmaßnahmen getroffen werden. Über den Ausschluß eines Mitgliedes entscheidet auf Antrag des Parteivorstandes ausschließlich das Parteigericht. **In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Kreisvorsund dem Mitglied die Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Parteigerichtes untersagen.** Die Zuständigkeit des Landesvorstandes und des Bundesvorstandes werden hierbei nicht berührt. Ordnungsmaßnahmen sind: 1. Verwarnung 2. Verweis 3. Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern

## Textstelle (Originalquellen)

Ausschluß entscheidet das nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsgericht. Die Berufung an ein Schiedsgericht höherer Stufe ist zu gewährleisten. Die Entscheidungen sind schriftlich zu begründen. **In dringenden und schwerwiegenden Fällen die sofortiges Eingreifen erfordern kann der** Vorstand der Partei oder eines Gebietsverbandes ein Mitglied von der Ausübung **seiner Rechte bis zur Entscheidung des** Schiedsgerichts ausschließen.4 § 11 Vorstand (1] Der Vorstand wird mindestens

- 20 Gesetz über die politischen Parteien..., 1967, S. 4

● 9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

121

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 146

der § 20 und 16 Abs. 6 k Antragsteller: Kreisvorstand - Satzungskommission - Begründung: Der Bundesparteitag hat am 5.10.1971 in Saarbrücken eine Parteigerichtsordnung (PGO) beschlossen. Die Kreissatzung ist dieser PGO anzupassen. Änderungsantrag: 1. Das Kreisparteigericht besteht aus 3 ordentlichen und mindestens 3 stellvertretenden Mitgliedern. 2. Es tritt **in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und 2** Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende muß die Befähigung zum Richteramt haben. 3. Die Mitglieder werden jeweils für 4 Jahre gewählt. 4. Für das Verfahren gilt die Parteigerichtsordnung der Bundespartei. Antrag A2 Betrifft: Wahlordnung § 29 Antragsteller: Kreisvorstand - Satzungskommission - Änderungsantrag: 1. . . . 2. Der Kreisvorsitzende, seine

## Textstelle (Originalquellen)

die Justizverwaltung unterstellt, das VG. unter der unmittelbaren Dieustansicht des Landgerichtspräsidenten, das OVG. unter der unmittelbaren Dienstaufsicht des Präsidenten des Hanseatischen OLG. Das VG. entscheidet **in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und** zwei Beisitzern. Der Senat ernennt den Vorsitzenden aus den Berufsrichtern des Landgerichts auf die Dauer seines Hauptamts. Er muß im öffentlichen Rechte bewandert und im

- 34 Der Schutz des öffentlichen Rechts..., 1966, S. 96

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

122

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 148

Bekleidung von Parteiämtern auf Zeit d) Enthebung von Parteiämtern e) Ausschluß aus der Partei durch das zuständige Parteigericht 3. Zuständig für die Ordnungsmaßnahmen ist der Kreisvorstand, für den Ausschluß das Parteigericht. Ein Ausschlußverfahren bedarf eines Antrages des Kreisvorstandes. **In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der** Kreisvorstand dem Mitglied die Ausübung **seiner Rechte bis zur Entscheidung des** Parteigerichtes untersagen. Der Beschluß des Kreisvorstandes bedarf der Zustimmung von 2h seiner Mitglieder. Die Zuständigkeit des Landesvorstandes und des Bundesvorstandes bleiben unberührt. 4. Alle Ordnungsmaßnahmen sind

## Textstelle (Originalquellen)

Ausschluß entscheidet das nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsge--richt. Die Berufung an ein Schiedsgericht höherer Stufe ist zu gewährleisten. Die Entscheidungen sind schriftlich zu begründen. **In dringenden und schwerwiegenden Fällen die sofortiges Eingreifen erfordern kann der** Vorstand der Partei oder eines Gebietsverbandes ein Mitglied von der Aus--übung **seiner Rechte bis zur Entscheidung des** Schiedsgerichts ausschließen.4 § 11 Vorstand (1] Der Vorstand wird mindestens

- 20 Gesetz über die politischen Parteie..., 1967, S. 4

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

123

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 178

Arbeitnehmerhand" Ref.: IGBE-Sekretär (Name) 13. 2.1973: "Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft", Ref.: (Vors. der Frauenvereinigung) 13. 3.1973: "Familie im Wandel" (stellv. Vorsitzende der Frauenvereinigung) 17. 3.1973: Wochenendseminar in Schwerte. Engagement in der Öffentlichkeit 18. 3.1973: "Eherechtsreform", Ref. Dr. Würmeling, Minister a.D. 27. 3.1973: "**Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf**", Ref. Agnes Hürland MdB 9. 4. 1973: Mitarbeiterkonferenz 5. 6.1973: "**Bürger fragen - Politiker antworten**", öffend. Veranstaltung 16. 8.1973: "**Ist unsere Demokratie in Gefahr?**" Ref. (CDU-Bündestagskandidat), Bonn 27. 9.1973: Vorstands- und Mitarbeiterkonferenz "**Künftige Aufgabenverteilung im OV**" 25.10.1973: "Berufliche Bildung", Mitbestimmung mit der JU und CDA 16.11.1973: "Fernwärme im Bereich G./H." 10.12.1973: "**Veränderung der Einkommen und Vermögen unter der liberalsozialistischen Koalition**", Ref. F. Breidbach MdB, Dr. Zöpel MdL, Gemeinschaftsveranstaltung 4. VORSTANDSWAHL - Vorschlag des Vorstandes - (es folgen namentliche Vorschläge des Vorstandes für alle Vorstandspositionen) Wahl der Delegierten (es folgen namentliche Vorschläge für 8 Delegierte und 3 Ersatzdelegierte zum Kreisparteitag und 5 Delegierte

## Textstelle (Originalquellen)

gewerkschaftliche Förderung der weiblichen außerhäuslichen Erwerbstätigkeit durch Angleichung der Wirtschaftsund Arbeitsstruktur an die Bedürfnisse sowohl der Männer als auch der Frauen (s. hierzu Myrdal & Klein, Die **Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf**. Köln, 1961 ; Kap. IX und X); 2. Politische Einwirkung auf die Erziehungseinrichtungen im Sinne einer realitätsgerechten Erziehung und Ausbildung der Jungen und Mädchen. Hier wäre mit einer Rationalisierung und

- 35 Das Argument 23, 1962, S. 21

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

124

## Textstelle (Prüfdokument) S. 179

Cenis in Herne eine Grubenfahrt und informierte sich an Ort und Stelle über Probleme des Bergbaus. Die Veranstaltung war gut durchorganisiert und erhielt ein breites positives Presseecho. 8. VORTRÄGE DES VORSITZENDEN 2.1973: "Was bedeutet Freiheit" / Kath. Bergarbeiterverein 17. 4.1973: "Sollen Mütter mitarbeiten? Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf" / KAB 20. 5. 1973: "Familienpolitik" / St. Janarius Niedersprockhövel Juni 1973: "Chancengleichheit in der Schule" / KAB 8. 5.1973: "Mitbestimmung" / KAB 21.11.1973: "Generationskonflikt in der Familie" / St. Josef H. 9. ARBEITSKREIS JUGEND UND FAMILIE Anträge und Veröffentlichungen: a) Wer ist für Brandschutz an den Schulen verantwortlich? b) Höheres Kindergeld für Mehrkinderfamilien c) Dynamik für Kindergeld d) Förderklassen für Aussiedlerkinder 5.12. CDU-Ortsverband G./H. Neubürgerbrief Sehr geehrter Mitbürger! Sie haben

## Textstelle (Originalquellen)

gewerkschaftliche Förderung der weiblichen außerhäuslichen Erwerbstätigkeit durch Angleichung der Wirtschaftsund Arbeitsstruktur an die Bedürfnisse sowohl der Männer als auch der Frauen (s. hierzu Myrdal & Klein, Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf. Köln, 1961 ; Kap. IX und X); 2. Politische Einwirkung auf die Erziehungseinrichtungen im Sinne einer realitätsgerechten Erziehung und Ausbildung der Jungen und Mädchen. Hier wäre mit einer Rationalisierung und

- 35 Das Argument 23, 1962, S. 21

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

125

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 199

Ortsverbände gegenüber der bisherigen Praxis wesentlich gestärkt. Auf den Bereich der Parteiarbeit bezogen, bedeutet dies die Verlagerung vieler Aufgaben vom Kreisverband auf die unterste Organisationsebene, den Ortsverband. **Alle Maßnahmen**, die den **direkten Kontakt** und die **Beeinflussung der Wähler betreffen, fallen in die Zuständigkeit der Ortsverbände**. Dadurch ist es möglich, die Mitglieder der Partei vermehrt zur Mitarbeit heranzuziehen und die Partei insgesamt gegenüber allen Bürgern im kommunalen Bereich und allgemein zur Mitarbeit zu öffnen. 2. Wenn **die Ortsverbände zu den untersten organisatorischen Ebenen** ausgebaut werden, müssen sie 2.1. an das Informations- und Kommunikationssystem der Gesamtpartei angeschlossen und 2.2. von hauptamtlichen Experten in organisatorischen Fragen, bei der Schulung von Mitgliedern und bei allen besonderen Problemen und Neuerungen beraten werden. Diese hauptamtlichen

● **14%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

und dafür zu sorgen, daß die Wahlberechtigten, von denen eine positive Stimmabgabe erwartet wird, auch zur Wahlurne gehen. **Alle Maßnahmen** also, die **direkten Kontakt und Beeinflussung der Wähler betreffen, fallen in die Zuständigkeit der Ortsverbände**. Der Geschäftsstelle ist die Aufgabe der Überwachung, eventuellen Hilfestellung und Koordination übertragen. Außerdem werden andere Formen der Wählerbeeinflussung wie Veranstaltungen und Medienkampagnen auf dieser oder

auch hier ist zum Beispiel der Transport der Kranken am Wahltag zur Urne oder auch die Briefwahlvermittlung dezentralisiert. Der Ortsvorsitzende als Organisator Wenn man nun **die Ortsverbände zu den untersten organisatorischen Ebenen** ausbauen will und auf sie diese Aufgaben verlagert, so wird das Auswirkungen auf ihr Selbstverständnis und auch auf ihre Struktur haben. Zunächst einmal wird die

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 139

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

126

## Textstelle (Prüfdokument) S. 199

beim Kreisverband, braucht im Stadium des Experiments noch nicht entschieden zu werden. 3. Der Charakter der Kreisgeschäftsstellen muß sich dadurch zwangsläufig ändern. Sie werden zweites organisatorisches Zentrum. Die **Kreisgeschäftsstelle muß** zu einer Servicestation (Diensteleistungszentrum) ausgebaut werden, **mit der nötigen personellen und materiellen Infrastruktur** verknüpft sein, **von der Leistungen abgerufen werden können**. Der Schwerpunkt ihrer Aufgaben liegt außer in der Führung der Geschäfte des Kreisverbandes zusätzlich in der Koordinierung und der Beratung und Hilfestellung für die Arbeit der

## Textstelle (Originalquellen)

ist es sicherlich nicht möglich, diese neue Organisationsstruktur im einzelnen darzustellen. Man kann nur die allgemeine Richtung andeuten: die **Kreisgeschäftsstelle muß** eine Art Service-Station **mit der nötigen personellen und materiellen Infrastruktur** werden, **von der Leistungen abgerufen werden können**. Ihr Schwergewicht liegt dann nicht mehr auf der eigenen Durchführung von Aktivitäten, sondern auf der Überwachung und Koordination

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 139

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

127

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 1

2 Erwin Faul, *Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens*, in: Politische Vierteljahresschrift, 5. Jg. 1964, S. 61

## Textstelle (Originalquellen)

zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt W. L. Guttsman,<sup>48</sup> *The British Political Elite*, London 1965, 2. Aufl., Kap. 3, vgl. vor allem<sup>48</sup> S. 87 89, 110, 173.<sup>49</sup> 49 Hennis (I), S. 220. Manfred Friedrich, op. cit., S. 92 nimmt Bezug auf<sup>49</sup> Hennis.<sup>50</sup> 50 Erwin Faul, *"Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens"*<sup>50</sup> in der *Geschichte des politischen Denkens*, in: PVS 5 (1964) 60 ff.<sup>51</sup> 51 Die Aufzählung dieser Bedingungen ist einer Studie von Rudolf von Albertini entnommen, "Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich<sup>51</sup> 1789 1940", in: HZ 193 (1961), 529 600, S. 530.<sup>51</sup> Urheberrechtlich geschütztes Material<sup>82</sup> 82 Zur Strukturgeschichte

- 36 Jäger, Wolfgang: Politische Partei ..., 1971, S. #P#Par-

● 5% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

128

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 2

<sup>8</sup> Gustav Radbruch, Die politischen Parteien, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930, Bd. 1, S. 286

## Textstelle (Originalquellen)

Triepel, J. C. <sup>3</sup> Bluntschli, G. Jellinek u. a. - auf der anderen Seite werden <sup>3</sup> sie als "Staatsorgane" akzeptiert, so zuerst Richard <sup>3</sup> Schmidt, dann H. Kelsen, G. Radbruch, G. Leibholz u. a. <sup>4</sup> 4 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963, S. 30 <sup>4</sup> 5 Gustav Radbruch, Die politischen Parteien, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930, Bd 1, S. 286 <sup>6</sup> 6 Ekkehart Krippendorf, Das Ende des Parteienstaates, in: Der Monat, Heft 160, 1962, S. 70 <sup>7</sup> 7 Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der <sup>7</sup> modernen

- <sup>1</sup> Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

129

## Textstelle (Prüfdokument) S. 7

C. Engelman, A Critique of Recent Writings on [Political Parties](#), in: [Journal of Politics](#), 29, 1959, S. 423-440; [William J. Crotty](#), [Political Parties Research](#), in: [Michael Haas/Henry S. Kariel \(Hrsg\), Approaches to the Study of Political Science](#), Scranton/Penn. 1970, S. 267-322

## Textstelle (Originalquellen)

[of Politics](#)", in: Roy C. Macridis (ed.), [Political Parties](#). Contemporary Trends and Ideas, New York 1967, 25-39; [William J. Crotty](#), "Political Parties Research", in: [Michael Haas/Henry S. Kariel \(ed.\), Approaches to the Study of Political Science](#), Scranton/Penn. 1970, 267-322. 3 Eine Einführung in die vergleichende Methode geben [Arend Lijpbart](#), "Comparative Politics and the Comparative Method", in: [American Pol. Sc. Review](#) 1971, 682-98; R. T. Holt/J. E. Turner (ed.), [The Methodology of Comparative Research](#), New York 1970; [Günther Doeker](#), "Einführung in

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 50

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

130

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 9

52 Erik Allardt/Yrjö Littunen (Hrsg), [Cleavages, Ideologies and Party Systems. Contributions to](#)

## Textstelle (Originalquellen)

de Trabajo 1, 35-141. 32 With Amando de Miguel. "Tipos humanos y conducta empresarial" Revista de Psicología General y Aplicada 18 (January-June), 93-125. 1964 33 "An Authoritarian Regime : The Case of Spain" In [Cleavages, Ideologies and Party Systems : Contributions to Comparative Political Sociology](#), edited by Erik Allardt and Yrjö Littunen, 291-341. Transactions of the Westermarck Society, vol. 10. Helsinki : The Academic Bookstore. 34 With Amando de Miguel. "Bureaucratisation

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

131

- 37 A Bibliography of Juan J. Linz, 1949, S. 31

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 9

53 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU, Köln-Opladen 1959*; schwer einzuordnen ist die Arbeit von Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1963. Die Untersuchung schildert innerparteiliche Strukturen vor allem am Beispiel der SPD, bringt eine Reihe illustrierender Belege der

## Textstelle (Originalquellen)

zu nennen sind lediglich die Untersuchungen von Renate<sup>10</sup> Mayntz, *Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde*, in: <sup>10</sup> Zeitschrift für Politik, 1955, und: *Parteigruppen In der <sup>10</sup> Großstadt, Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband <sup>10</sup> der CDU, Köln 1959*<sup>11</sup> 11 Sigmund Neumann, *Toward a Comperative Study of Political Parties*, in: *Modern Political Parties*, Hrsg. S. Neumann, Chicago 1956, S. 405 f<sup>12</sup> 12 Werner Conze, *Nachwort zur Neuauflage von Robert Michels, Zur Soziologie*

- 1 Lammert, Norbert: *Organisationsstrukturen und Funktio...*, 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

132

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 1

10 ebda, bes. S. 194-197; zur Abgrenzung der Begriffe "Organisationstheorie", "Organisationssoziologie" und "Organisationsanalyse" siehe Renate Mayntz/Rolf Ziegler, Soziologie der Organisation, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 2, Stuttgart 1969, S. 444

## Textstelle (Originalquellen)

und Gertrud Neuhauser, "Grundfragen wirtschaftswissenschaftlicher Methodik", in: Enzyklopädie der Geisteswissenschaftlichen Arbeitsmethoden, <sup>8</sup>. Lieferung: Methoden der Sozialwissenschaften, München/Wien 1967, 95-130, bes. Kap. V: Modelle in den Wirtschaftswissenschaften. 5 Zum Verhältnis der Begriffe "Organisationstheorie", "Organisationssoziologie" und "Organisationsanalyse", siehe: Renate Mayntz/Rolf Ziegler, "Soziologie der Organisation", in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 2, Stuttgart 1969, 444. 6 Zur Frage, warum andere Theorien (z. B. über Gruppe, Gesellschaft, Institution und Assoziation) weniger geeignet sind, vgl. Hans-Otto Mühleisen, Theoriebildung und politische Parteien, Diss. phil. Freiburg 1970, 194-97. 7

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 81

● 8% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

133

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 16

Bernhard Hennessy, [On the Study of Party Organization](#), und Samuel H. Barnes, [Party Democracy and the Logic of Collective Action](#), beide in: Crotty (Hrsg.), [Approaches to the Study of Party Organizations](#), a. a. O., S. 6 bzw. S. 106

## Textstelle (Originalquellen)

Party Politics in America, Boston 1968; William J. Crotty, "The Party Organisation and its Activities", in: den., ed., [Approaches to the Study of Party Organization](#), Boston 1968, 247-306; Bernard Hennessy, "[On the Study of Party Organization](#)", in: W. J. Crotty, ed., 1-44 (Bibliographie 34 ff.). 81 L. W. Milbraith, [The Washington Lobbyists](#), Chicago 1963; Belle Teller, "Pressure Groups in Congress", in: [Annals](#), Sept. 1958, 1-9; Donald C. Blaisdell, [American Democracy under Pressure](#), New York 1957; H. R. Mahood, [Pressure Groups in American Politics](#), New York 1967; Abraham Holtzmann,

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): [Partei und...](#), 1973, S. 179

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

134

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 18

21 diese Rechtfertigung deutet Hans-Otto Mühleisen an, der "in Wahlzeiten im einzelnen zentralistischere Methoden . . . unter Berücksichtigung der Situation, der Disposition der Mitglieder und der Notwendigkeiten der Situation nicht unmittelbar als undemokratisch abqualifizieren"

## Textstelle (Originalquellen)

schließen: Wenn die Parteien in Wahlzeiten im einzelnen zentralistischere Methoden anwenden (z. B. straffere und verbindlichere Festlegung der Parteimeinung zu einzelnen brisanten Fragen) , so wird man das unter Berücksichtigung der Situation, der Disposition der Mitglieder und der Notwendigkeiten der Situation nicht unmittelbar als undemokratisch abqualifizieren können.<sup>138</sup> Andererseits wäre es, von der zweiten Hypothese Hamblins ausgehend, sicher interessant festzustellen, unter welchen

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 78

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

135

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 24

43 eine entgegengesetzte Position vertritt Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, a.a.O., S. 35, indem er eine zunehmende gegenseitige Unabhängigkeit von Parteien und Interessenverbänden konstatiert, da beide bei einseitiger Fesdeung auf jeweils nur einen bestimmten Partner unter ihren eigenen Mitgliedern das Entstehen von Interessenkollisionen und davon ausgehende Gefährdungen für den Bestand der eigenen Organisation befürchten müßten. Zur Funktion und Problematik von Interessenverbänden im politischen System siehe u. a. Klaus von Beyme, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969; Wol .....

## Textstelle (Originalquellen)

in der modernen Demokratie, a.a.O., S. 388 ff<sup>13</sup> 13 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 2 u. S. 118 ff<sup>14</sup> 14 Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 6. Jahrgang 1965, S. 39<sup>15</sup> 15 Die Gegenposition vertritt Otto Kirchheimer, a.a.O. S. 35,<sup>15</sup> der eine zunehmende gegenseitige Unabhängigkeit von Parteien und Interessenverbänden konstatiert; vgl. auch:<sup>15</sup> Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S. 116<sup>15</sup> 14 Alexander Schffrin, Parteiapparat und Parteibürokratie, in:<sup>15</sup> Die Gesellschaft, Internationale Revue für Sozialismus und<sup>15</sup> Politik, Berlin, 7. Jahrgang, 1930, S. 505-52817 Manfred

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

136

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 24

Demokratie, S. 86 und 108; allgemeine Darstellungen der Demoskopie bieten u. a. Elisabeth Noelle-Neumann, Umfragen in der Massengesellschaft, 4. Auflage, Reinbek bei Hamburg 1968; Kurt Gayer, Das große Verhör, Fug und Unfug der Demoskopie, Gütersloh 1969; Gerhard Schmidtchen, Die befragte Nation, Frankfurt 1965; Wilhelm Hennis, Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, a.a.O.

## Textstelle (Originalquellen)

of Political Parties, in: Modern Political Parties, Hrsg. S. Neumann, Chicago 1956, S. 405 f.<sup>12</sup> 12 Werner Conze, Nachwort zur Neuauflage von Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, a.a.O., S. 388 ff.<sup>13</sup> 13 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 2 u. S. 118 ff.<sup>14</sup> 14 Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jahrgang 1965, S. 39.<sup>15</sup> 15 Die Gegenposition vertritt Otto Kirchheimer, a.a.O. S. 35,<sup>15</sup> der eine zunehmende gegenseitige Unabhängigkeit von Parteien und Interessenverbänden

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

137

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 25

49 "So wertvoll und einzigartig Eldervelds Studie für die empirische Parteienforschung ist, so wenig stellt sie eine Widerlegung von Michels dar. In der mangelnden Organisation des Untersuchungsobjekts, der amerikanischen Parteien, kündigt sich schon das Ergebnis an; denn nach Michels bedeutet geringe Organisation ein geringes Ausmaß an Oligarchie" (Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a.a.O., S. 142, Anm. 41) <sup>49</sup> <sup>25</sup> <sup>51</sup>

51 Manfred Hättich, Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Ziebura (Hrsg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969, S. 403

49 "So wertvoll und einzigartig Eldervelds Studie für die empirische Parteienforschung ist, so wenig stellt sie eine Widerlegung von Michels dar. In der mangelnden Organisation des Untersuchungsobjekts, der amerikanischen Parteien, kündigt sich schon das Ergebnis an; denn nach Michels bedeutet geringe Organisation ein geringes Ausmaß an Oligarchie" (Wolfgang Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a.a.O., S. 142, Anm. 41)

51 Manfred Hättich, Zur Typologie politischer Parteien, in: Gilbert Ziebura (Hrsg), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien, Darmstadt 1969, S. 403

## Textstelle (Originalquellen)

eine lockere Allianz von sozioökonomischen Subkoalitionen mit unterschiedlicher Kohäsion, Identifikation und Interaktion der Untergruppen, in einem wechselseitigen Ausnutzungsverhältnis zur Partei (S. 527). So wertvoll und einzigartig Eldersvelds Studie für die empirische Parteienforschung ist, so wenig stellt sie eine Widerlegung von Michels dar. In der mangelnden Organisation des Untersuchungsobjekts, der amerikanischen Parteien, kündigt sich schon das Ergebnis an; denn nach Michels bedeutet geringe Organisation ein geringes Ausmaß an Oligarchie. 42 Robert McKenzie, British Political Parties, 15 17, 644 f. 43 Die ideengeschichtlichen Wurzeln des radikaldemokratischen Postulats erörtert Ernst Fraenkel, "Strukturanalyse der modernen Demokratie", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49/69 (6. 12. 1969), 3-27. 44 Wolfgang Abendroth, "

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 142

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
138

## Textstelle (Prüfdokument) S. 27

55 die Bedeutung dieses Faktors unterstreicht eine ähnlich angelegte Studie über die "Association of Engineering and Shipbuilding Draughtsmen" von G. Wootton, der auch dort Ansätze eines internen Parteiensystems beobachtete, dessen volle Entwicklung aber an der geringen Toleranz gegenüber internen Oppositionsgruppen scheiterte: G. Wootton, Parties in union government; the AESD, in: Political Studies 1961

## Textstelle (Originalquellen)

Organization, a.a.O., S. 105 ff.<sup>33</sup> 33 Siehe in diesem Zusammenhang u. a. H. Valen und D. Katz, Political Parties in Norway,<sup>33</sup> a.a.O., S. 85 ff., oder auch (wiederum allerdings wie bei Lipset in Bezug auf eine Gewerkschaft, die Association of Engineering and Shipbuilding Draughtsmen) G. Wootton,<sup>33</sup> "Parties in Union Government: The AESD", in: Political Studies, 1961.<sup>34</sup> 34 Zu einer Problematisierung dieser These unter Bezug auf die neuere System- und Entscheidungstheorie gelangte denn

- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rol..., 1973, S. 300

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

139

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 32

31 <sup>75</sup> siehe dazu vor allem das 5. Kapitel Partizipation in Parteien; vgl. auch Norbert Lammert, **Organisationsstrukturen und Funktionen politischer Parteien**, in: Beiträge zum Problem politischer

75 siehe dazu vor allem das 5. Kapitel Partizipation in Parteien; vgl. auch Norbert Lammert, Organisationsstrukturen und Funktionen politischer Parteien, in: Beiträge zum Problem politischer

## Textstelle (Originalquellen)

**4. Organisationsstrukturen und Funktionen politischer Parteien** von Norbert Lammert Strukturdefekte innerparteilicher Demokratie In Artikel 21 des Bonner Grundgesetzes findet die Bedeutung politischer Parteien für ein modernes, demokratisches Regierungssystem in der deutschen Geschichte

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 52

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

140



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 36

35<sup>13</sup> 13 Zum Parteiengesetz siehe Ulrich Scheuner, Parteiengesetz und Verfassungsrecht, in: Die öffentliche Verwaltung, 1968, S. 88-94; Udo Bernbach, [Einwände zum Parteiengesetz, in: Der Politologe, Nr. 23, 1967, S. 9-12](#); Walter Breithaupt, Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967, in: Juristenzeitung, 1967, S. 561-564

13 Zum Parteiengesetz siehe Ulrich Scheuner, Parteiengesetz und Verfassungsrecht, in: Die öffentliche Verwaltung, 1968, S. 88-94; Udo Bernbach, Einwände zum Parteiengesetz, in: Der Politologe, Nr. 23, 1967, S. 9-12; Walter Breithaupt, Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967, in: Juristenzeitung, 1967, S. 561-564

## Textstelle (Originalquellen)

Juristen an der Freien Universität Berlin. Ebenda, 1967, S. 256 258; Ulrich Sdieuner, Der Entwurf des Parteiengesetzes. Zu der Stellungnahme von Politologen der Freien Universität Berlin. Ebenda, 1967, S. 343 345; Udo Bernbadi, [Einwände zum Parteiengesetz. In: Der Politologe 1967, Nr. 23, S. 9 12](#); Gerhard Konow, Verfassungsrechtliche Fragen zum Parteiengesetz. In: Die öffentliche Verwaltung 1968, S. 73 80; Rolf Groß, Zum neuen Parteienrecht. Ebenda, S. 80 84; Walter Breithaupt, Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967, Juristenzeitung 1967, S. 561 564; Ernst Friesenhahn,

- 25 Kaack: Geschichte und Struktur des ..., 1971, S. 73

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

141

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 40

40<sup>33</sup> 33 so z.B. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des westdeutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 15, 687; Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a. O., S. 121; Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, a.a.O., S. 39

33 so z.B. Heino Kaack, Geschichte und Struktur des westdeutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 15, 687; Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a. O., S. 121; Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, a.a.O., S. 39

## Textstelle (Originalquellen)

Political Parties, in: Modern Political Parties, Hrsg. S. Neumann, Chicago 1956, S. 405 f<sup>12</sup> 12 Werner Conze, Nachwort zur Neuauflage von Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, a.a.O., S. 388 ff<sup>13</sup> 13 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 2 u. S. 118 ff<sup>14</sup> 14 Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jahrgang 1965, S. 39<sup>15</sup> 15 Die Gegenposition vertritt Otto Kirchheimer, a.a.O. S. 35,<sup>15</sup> der eine zunehmende gegenseitige Unabhängigkeit von Parteien und Interessenverbänden konstatiert; vgl.

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

142

## Textstelle (Prüfdokument) S. 42

1 allein 94 verschiedene Definitionen des Gemeindebegriffs ermittelte George A. Hillery in seinem Beitrag "Definitions of Community: Areas of Agreement", in: Rural Sociology, Vol. 20, 1955

## Textstelle (Originalquellen)

Some Theoretical and Methodological Problems in Community Studies. In: Social Forces XXIX (1950) Hiller, E. T., The Community as a Social Group. In: American Sociological Review VI (1941) Hillery jr., George H., Definitions of Community: Areas of Agreement. In: Rural Sociology XX (1950) Hillman, Arthur, Community Organization and Planning. New York 1950 Hitch, Earle, Rebuilding Rural America. New Designs for Community - Life. New York 1950 Hoffmann, Hartet,

- 21 König, Ren : Grundformen der Gesell..., 1958, S. 186

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

143

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 42

4 Ren König, Gemeinde, in: Soziologie, hrsg. von R. König, Neuausgabe Frankfurt 1969, S. 81 f

## Textstelle (Originalquellen)

Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 118<sup>31</sup> 31 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S.154<sup>32</sup> 32 ebda, S. 143<sup>33</sup> 33 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 44<sup>34</sup> 34 Maurice Duverger, Der politischen Parteien, a.a.O. S. 45<sup>34</sup> 35 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 38<sup>36</sup> 36 siehe dazu Ren König, Gemeinde, in: Soziologie, Hrsg. von Ren König, Frankfurt 1958, S. 81 ff<sup>37</sup> 37 siehe auch Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), § 12, Abs. 1<sup>37</sup> 38 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, a.a.O. S.23<sup>39</sup> 39 Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.),

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

144

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 43

6 Gerhard Elschner, Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt, in: [Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#), hrsg. von [der Politischen Akademie Eichholz und dem Wissenschaftlichen Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V.](#), ergänzte und überarbeitete Neuauflage 1967/68, S. 17

6 Gerhard Elschner, Leitstudie über die Bedingungen und Probleme politischer Arbeit in der Großstadt, in: [Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#), hrsg. von

## Textstelle (Originalquellen)

der modernen Gesellschaft Januar 1967 2\* [Material zum Problem einer Wahlrechtsreform](#) 1. Aufl., März 1967 3\* [Material zum Problem Nation, Nationalbewußtsein, Nationalismus](#) April 1967 4\* [Material zum Problem einer Wahlrechtsreform](#) 2. Aufl., September 1967 5\* [Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#) Orn ii i'ihororh Moiiioiifl ber die Sozialenzyklika Populorum der Studentenproteste der NPD Machtstrukturen in Gemeinden demokratischen Bewegung in Westeuropa ) gnostik, Planung landersetzung mit der NPD landersetzung

Albrecht: Leistungsfähige Entscheidung in Politik und Verwaltung durch Systemanalyse, Berlin 1971. [Material zum Thema Futurologie - Prognostik - Planung](#) mit Beiträgen von A. Baumhauer, J.-B. Bohle, E. Büller- Söhnke, u. a., [hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz und dem Wissenschaftlichen Institut der Konrad- Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V.](#), Elchholz 1968. Scharpf, Fritz W.: Planung als politischer Prozeß, in: Die Verwaltung, 4. Bd., 1971, H. 1, S. 1-30. 6. Die Durchsetzung einer politischen Konzeption von

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 149
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 66

● 9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

145

## Textstelle (Prüfdokument) S. 44

erarbeitet für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen von der IRES-Marketing Gesellschaft für Markt-, Motiv- und Werbeforschung mbH, Düsseldorf 1973, bes. S. 37ff

## Textstelle (Originalquellen)

Wirtschaftsforschung. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1965, Heft 3, S. 338 345 [24] Mertens, Dieter, Kimer, Wolfgang  
Investitionsverflechtung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 1970. DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 1, Input-Output-Rechnung, Berlin 1967 [25] Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen Untersuchungen zur Energiesituation, Input-Output-Analysen, Juli 1967 [26] Müller, J. Heinz u. a. Probleme der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Hohe Behörde; Regional- und Wirtschaftspolitische

- 38 Anwendung von Input-Output-Technike..., 1968, S. #P18#Februar [20]

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

146

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 45

11 Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung im föderativen Verfassungsstaat (BRD), erschienen in der Reihe "Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitgeschehen", hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., o.O., o. J., S. 40f

## Textstelle (Originalquellen)

der <sup>10</sup> Bürger-"Wunschliste" - Kieler Nachrichten vom 14. Aug. 71 <sup>10</sup> oder: Kronawitter ermittelt Wählerwünsche: 50 000 Karten <sup>10</sup> mit jeweils 8 Fragen an die Münchner Bürger - siehe Süddeutsche Zeitung vom 10. März 72 <sup>10</sup> 106 <sup>2</sup> 2 So z. B. Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler <sup>2</sup> und örtlicher Selbstverwaltung im föderativen Verfassungsstaat (BRD); Gutachten; = Untersuchungen und Beiträge <sup>2</sup> zu Politik und Zeitgeschehen =, Wesseling 1969. Die von <sup>2</sup> ihm formulierten Nahziele sind in der anhängenden Dokumentation enthalten. <sup>2</sup> res Personenangebot lediglich dem taktischen Bedürfnis dienen, ihre Quasi-Identität mit der Regierung

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. #P#vergriffen.#A#

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

147

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 45

15 Rene König, Die soziale Struktur der Stadt, in: Soziologische Orientierungen, Köln 1965, auszugsweise abgedruckt in: [Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 50](#)

## Textstelle (Originalquellen)

der modernen Gesellschaft Januar 1967 2\* Material zum Problem einer Wahlrechtsreform 1. Aufl., März 1967 3\* Material zum Problem Nation, Nationalbewußtsein, Nationalismus April 1967 4\* Material zum Problem einer Wahlrechtsreform 2. Aufl., September 1967 5\* [Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#) Orn ii i'ihororh Moiiioiifl ber die Sozialenzyklika Populorum der Studentenproteste der NPD Machtstrukturen in Gemeinden demokratischen Bewegung in Westeuropa ) gnostik, Planung landersetzung mit der NPD landersetzung

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 149

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

148



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 46

17 siehe dazu Leon Festinger/[Stanley Schachter](#) und [Kurt Back](#), [Social Pressures in Informal Groups](#), New York 1950 IX, Nr. 4, 1957, S. 619 ff

## Textstelle (Originalquellen)

Die Gemeindestudie des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Darmstadt. In: R. König, Hg., Soziologie der Gemeinde, Sonderheft 1, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie VIII (1956) Festinger, Leon, [Stanley Schachter](#), [Kurt Back](#), [Social Pressures in Informal Groups](#). New York 1950 Finke, H. A., Soziale Gemeindetypen. In: Geographisches Taschenbuch. Stuttgart 1953 Firey, Walter, Grenzen als Faktoren in der Gemeindeplanung. In: [Soziale Welt](#) IX, 2 (1954) Firth, Raymond, Ed., Two Studies of Kinship in London. London 1956 Forde, Daryll, Habitat, Economy and Society. A Geographical Introduction to Ethnology. London 1952 (zuerst 1934) Francis, E. K., In

- 21 König, Ren : Grundformen der Gesell..., 1958, S. 185

● 9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

149

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 47

22 [Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung, a.a.O., S. 13](#)

## Textstelle (Originalquellen)

der <sup>10</sup> Bürger-"Wunschliste" - Kieler Nachrichten vom 14. Aug. 71 <sup>10</sup> oder: Kronawitter ermittelt Wählerwünsche: 50 000 Karten <sup>10</sup> mit jeweils 8 Fragen an die Münchner Bürger - siehe Süddeutsche Zeitung vom 10. März 72 <sup>10</sup> 106 <sup>2</sup> 2 So z. B. [Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler <sup>2</sup> und örtlicher Selbstverwaltung](#) im förderativen Verfassungsstaat (BRD); Gutachten; = Untersuchungen und Beiträge <sup>2</sup> zu Politik und Zeitgeschehen =, Wesseling 1969. Die von <sup>2</sup> ihm formulierten Nahziele sind in der anhängenden Dokumentation enthalten. <sup>2</sup> res

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. #P#vergriffen.#A#

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

150

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 48

24 [Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung, a.a.O., S. 17](#)

## Textstelle (Originalquellen)

der <sup>10</sup> Bürger-"Wunschliste" - Kieler Nachrichten vom 14. Aug. 71 <sup>10</sup> oder: Kronawitter ermittelt Wählerwünsche: 50 000 Karten <sup>10</sup> mit jeweils 8 Fragen an die Münchner Bürger - siehe Süddeutsche Zeitung vom 10. März 72 <sup>10</sup> 106 <sup>2</sup> 2 So z. B. [Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler <sup>2</sup> und örtlicher Selbstverwaltung](#) im förderativen Verfassungsstaat (BRD); Gutachten; = Untersuchungen und Beiträge <sup>2</sup> zu Politik und Zeitgeschehen =, Wesseling 1969. Die von <sup>2</sup> ihm formulierten Nahziele sind in der anhängenden Dokumentation enthalten. <sup>2</sup> res

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. #P#vergriffen.#A#

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

151

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 48

26 Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und ördlicher Selbstverwaltung, a.a.O., S. 18; nicht zu Unrecht wird daher gelegentlich vorgeschlagen, statt von kommunaler Selbstverwaltung von "bürgerschaftlicher Mitverwaltung" zu sprechen: Otto Ziebill, Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e. V., Berlin, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 2. Auflage 1971, S. 81

## Textstelle (Originalquellen)

der <sup>10</sup> Bürger-"Wunschliste" - Kieler Nachrichten vom 14. Aug. 71 <sup>10</sup> oder: Kronawitter ermittelt Wählerwünsche: 50 000 Karten <sup>10</sup> mit jeweils 8 Fragen an die Münchner Bürger - siehe Süddeutsche Zeitung vom 10. März 72 <sup>10</sup> 106 <sup>2</sup> 2 So z. B. Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler <sup>2</sup> und örtlicher Selbstverwaltung im förderativen Verfassungsstaat (BRD); Gutachten; = Untersuchungen und Beiträge <sup>2</sup> zu Politik und Zeitgeschehen =, Wesseling 1969. Die von <sup>2</sup> ihm formulierten Nahziele sind in der anhängenden Dokumentation

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. #P#vergriffen.#A#

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

152

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 48

27 siehe dazu Horst Kanitz, [Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozioempirischer Studien zur Kommunalpolitik](#), in: [Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#), a. a. O., S. 44; die gleiche Feststellung trifft auch Peter Oel, a. a. O., S. 32 und 78; sehr bemerkenswert ist auch die uneinheitliche Stellung des Bundesverfassungsgerichts zu <sup>27</sup> diesem Fragenkomplex: in BVerfGE 2, S. 2 ff werden die kommunalen Entscheidungen als unpolitisch, weil verwaltungsmäßig bezeichnet, politische Willensbildung im eigentlichen Sinne

27 siehe dazu Horst Kanitz, Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozioempirischer Studien zur Kommunalpolitik, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 44; die gleiche Feststellung trifft auch Peter Oel, a. a. O., S. 32 und 78; sehr bemerkenswert ist auch die uneinheitliche Stellung des Bundesverfassungsgerichts zu

## Textstelle (Originalquellen)

Gesichtspunkten als theoretischem Modell sollten zunächst in einigen Großstadtkreisverbänden praktische Modelle entwickelt werden, die als Vorbilder für eine spätere allgemeinere Umgestaltung der Parteien dienen könnten. 2. [Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozioempirischer Studien zur Kommunalpolitik](#) \* von Horst Kanitz 2.0. Vorbemerkungen zur Zielsetzung der Studien In alle kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse und Maßnahmen gehen von Seiten der politischen Akteure mehr oder weniger bewußt Annahmen

bn und Reform sehen Integration oynupbt; ubi raicipuyiaminc uci vihristisch-Demokratischen Parteien Westeuropas, Dezember 1971 Material zur Diskussion der Hochschulreform Dezember 1972 22 23 24 25 Material zur Demokratie-Diskussion Dezember 1972 [Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#) Dezember 1972 Material zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen März 1973 \* bedeutet: vergriffen. AB 8079<sup>5</sup> 5 ParteienG §§ 11-17<sup>4</sup> 4 Vgl. HESSE, Konrad: Grundzüge des Verfassungsrecht der<sup>4</sup> Bundesrepublik Deutschland; Karlsruhe 1967, S. 70<sup>7</sup> 7 ParteienG §§ 4, 25; GG Art. 21, Abs. 4<sup>8</sup> 8 Vgl. HERZIG, a.a.O., S. 8<sup>8</sup> 9

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 40
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 149

● 9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht

8011

17.02.2017

153

## Textstelle (Prüfdokument) S. 50

33 Elisabeth Pfeil, Politische und kirchliche Gemeinde in der Großstadt, auszugsweise abgedruckt in: Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 52

## Textstelle (Originalquellen)

dieses Lebensstils reicht heute praktisch überall hin, so daß sich allmählich die Verstädterung mehr als das zentrale Problem eines allgemeinen kulturellen Wandels darstellt (Sozialer Wandel) ..." 1.7. Elisabeth Pfeil: "Politische und kirchliche Gemeinde in der Großstadt" in: "Soziologie - Ein Lehrbuch und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde", Hrsg. Arnold Gehlen und Helmut Schelsky, Eugen Diederichs-Verlag, 1955 "Mit der Entwicklung zur Großstadt erfuh auch

der modernen Gesellschaft Januar 1967 2\* Material zum Problem einer Wahlrechtsreform 1. Aufl., März 1967 3\* Material zum Problem Nation, Nationalbewußtsein, Nationalismus April 1967 4\* Material zum Problem einer Wahlrechtsreform 2. Aufl., September 1967 5\* Material zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft O m ii i'hororh Moiiiifl ber die Sozialenzyklika Populorum der Studentenproteste der NPD Machtstrukturen in Gemeinden demokratischen Bewegung in Westeuropa ) gnostik, Planung landersetzung mit der NPD landersetzung

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 124
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 149

● 9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

154

## Textstelle (Prüfdokument) S. 51

37 [Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler und örtlicher Selbstverwaltung, a.a.O., S. 34](#)

## Textstelle (Originalquellen)

der <sup>10</sup> Bürger-"Wunschliste" - Kieler Nachrichten vom 14. Aug. 71 <sup>10</sup> oder: Kronawitter ermittelt Wählerwünsche: 50 000 Karten <sup>10</sup> mit jeweils 8 Fragen an die Münchner Bürger - siehe Süddeutsche Zeitung vom 10. März 72 <sup>10</sup> 106 <sup>2</sup> 2 So z. B. [Manfred Hättich, Chancen und Grenzen regionaler <sup>2</sup> und örtlicher Selbstverwaltung](#) im förderativen Verfassungsstaat (BRD); Gutachten; = Untersuchungen und Beiträge <sup>2</sup> zu Politik und Zeitgeschehen =, Wesseling 1969. Die von <sup>2</sup> ihm formulierten Nahziele sind in der anhängenden Dokumentation enthalten. <sup>2</sup> res

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. #P#vergriffen.#A#

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

155

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 52

43 siehe dazu u. a. Bürgerinitiative, in: Offene Welt, Zeitschrift für Wirtschaft, ..... Nr. 97/98, Köln und Opladen 1968; Hans-Jürgen Benedict, Basisgruppen und Kommunalpolitik, in: H.-E. Bahr (Hrsg), Politisierung des Alltags, Gesellschaftliche Bedingungen des Friedens, Darmstadt/Neuwied 1972, Heinz Grossmann (Hrsg), Bürgerinitiativen, Schritte zur Veränderung?, Frankfurt 1971; Claus Offe, Zum politischen Stellenwert von Bürgerinitiativen, in: Großstadtpolitik, a. a. O.; Jürgen Dittberner, Bürgerinitiative als partielles Partizipationsbegehren, Überlegungen aus Anlaß eines städtebaulichen Entscheidungsprozesses in Berlin-Wilmersdorf, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Nr. 2, 1973, S. 194-207; Roland Eckert, Politische Partizipation und Bürgerinitiative, in: [Partizipation, Aspekte politischer Kultur](#), in: [Offene Welt Nr. 101, Opladen 1970](#); Reiner Gronemeyer, Basisdemokratie oder Elitenherrschaft? Bürgerinitiativen im organisierten Alltag, in: Politisierung des Alltags, a.a.O.; Horst W. Müller, Die Bürgerbeiräte in den Großgemeinden der Bundesrepublik, Diss. Mainz 1970/71; Theo Schiller, Parteien und Bürgerinitiativen, in: Partizipation, a.a.O.

## Textstelle (Originalquellen)

Theorie der Statuspolitik. Freiburg 1967. -: Organisation und Demokratie. Stuttgart 1969. -:Das "System" Bundesrepublik. In: Romain-Schwarz, Abschied von der autoritären Demokratie? München <sup>1970</sup>, S. 69-86. [Partizipation. Aspekte politischer Kultur. In: Offene Welt, Nr. 101/1970, Opladen 1970.](#) Pateman, Carole: Participation and Democratic Theory. London 1970. Scharpf, Fritz: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz Karl Loewenstein: Verfassungslehre. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1959, S. 367-378' 385-389 414-416. Kurt Sontheimer: Staatsidee und

- 39 Nuscheler, Franz/Sieffani, Winfried..., 1972, S. 341

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService  
Prüfbericht  
8011  
17.02.2017  
156



## Textstelle (Prüfdokument) S. 54

52 Elmar Brök, Bürgerinitiativen-Teil eines strategischen Konzepts, a. a. O.; vgl. auch [Wolfgang Roth \(Hrsg\)](#), Kommunalpolitik für wen? [Arbeitsprogramm der Jungsozialisten](#), Herausgegeben [im Auftrag der Kommunalpolitischen Konferenz der Jungsozialisten](#), Frankfurt 1971, S. 23 f, S. 36

## Textstelle (Originalquellen)

Pressedienst Nr. 78 vom 26. 4. 1971 <sup>2</sup> Jockel Fuchs, zitiert nach "Die Welt", Nr. 96 vom 26. 4. 1971 <sup>2</sup> \* Vgl. Das Kommunalpolitische [Arbeitsprogramm der Jungsozialisten](#) in: Frankfurter Rundschau, Nr. 115/116 vom 19./20. 5. 1971 <sup>5</sup> [Wolfgang Roth \(Hrsg.\) Im Auftrag der Kommunalpolitischen Konferenz der Jungsozialisten](#): <sup>5</sup> Kommunalpolitik - für wen?, Arbeitsprogramm der Jungsozialisten, Frankfurt a. M., 1971 S. 7 <sup>5</sup> 56 <sup>1</sup> 1 Wolfgang Roth (Hrsg.), a. a. O., S. 25 f. <sup>1</sup> 58 <sup>2</sup> 2 Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger Nr. 146 vom 28. 6. 1971 <sup>2</sup> Vgl. dagegen: Geschäftsordnung der 11. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD <sup>2</sup> 59 <sup>1</sup> 1 Empfehlung

- 40 Müller, Emil-Peter: Juso-Sozialismu..., 1972, S. #P112#gewählt.

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

157

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 57

6 in der Literatur finden sich unterschiedliche und widersprüchliche Zahlenangaben ..... Zahlenangaben über die Ortsverbände der beiden großen Parteien. So gliedert sich die SPD nach Angaben Ulrich Lohmars aus dem Jahre 1968 in etwa 8000 Ortsverbände, während die CDU und CSU über ungefähr 6500 Ortsverbände verfügen sollen (Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 38). Demgegenüber nennt Kaack für die SPD Ende 1967, also etwa zum gleichen Zeitpunkt, 8830 Ortsvereine; allein die CDU - ohne die CSU - soll bereits 1964 insgesamt 10076 Ortsverbände gehabt haben (Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, a. a. O., S. 489). **Es ist kaum anzunehmen, daß sich diese** Zahl innerhalb von nur vier Jahren halbiert haben könnte. Überhaupt keine Angaben macht Helmuth Pütz, Die CDU, Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bonn 1971, der für Kreis-, Bezirks- und Landesverbände genaue Zahlen nennt.

● **3%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

## Textstelle (Originalquellen)

Krankheiten (Phytophthora infestans) und Frost konnte ebenso wenig festgestellt werden, wie die behauptete Anpassungsfähigkeit an nassen Boden. Geschmack und Aussehen ließen zu wünschen übrig, und **es ist kaum anzunehmen, daß sich diese** Eigenschaften, wenigstens in Irland, bessern werden. Die neue Art zeigte sich in keiner Hinsicht der seit 1882 eingeführten „Blauen Riesenkartoffel“ überlegen; im Gegenteil ist die Verwandtschaft

- 41 Zeitschrift für Pflanzenkrankheiten, 1910, S.

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

158

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 75

75<sup>97</sup> 97 Lothar Döhn, Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970, S. 330

97 Lothar Döhn, Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970, S. 330

## Textstelle (Originalquellen)

Stegmann,<sup>22</sup> Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1971.<sup>23</sup>  
23<sup>23</sup> Hierzu jetzt: Lothar Döhn, Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen<sup>23</sup> Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970.<sup>24</sup> 24<sup>24</sup> Dazu neuerdings: Stegmann, a.a.O., S. 97 518.<sup>25</sup> 25<sup>25</sup> Zu diesem Problembereich etwa: Heinrich August Winkler, Bürgerliche Emanzipation<sup>25</sup> und nationale Einigung, in: Helmut Böhme (Hrg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848<sup>25</sup> bis 1879, Köln 1968, S. 226-242; Hans

- 42 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1972, S. #P105#HISTORIANS

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

159

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 76

76<sup>102</sup> 102 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt, a. a. O., S. 96*; Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 39*

102 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt, a. a. O., S. 96*; Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie, a.a.O., S. 39*

## Textstelle (Originalquellen)

Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: *Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 244*<sup>30</sup> 30 Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 118*<sup>31</sup> 31 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S.154*<sup>32</sup> 32 ebda, S. 143<sup>33</sup> 33 Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 44*<sup>34</sup> 34 Maurice Duverger, *Der politischen Parteien, a.a.O. S. 45*<sup>34</sup> 35 Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 38*<sup>36</sup> 36 siehe dazu Ren König, *Gemeinde, in: Soziologie, Hrsg. von Ren König,*

- 1 Lammert, Norbert: *Organisationsstrukturen und Funktio...*, 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

160

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 79

78 <sup>110</sup> 110 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, a.a.O., S. 102 und 105

110 Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, a.a.O., S. 102 und 105

## Textstelle (Originalquellen)

Gebietsverbände ..." <sup>19</sup> 19 Maurice Duvergar, *Die politischen Partelen*, Tübingen 1959, S. 45 <sup>20</sup> 20 David Riesman, *Die einsame Masse*, Reinbek bei Hamburg 1958, S. 182 <sup>20</sup> siehe auch: Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied 1962, S. 237 <sup>21</sup> 21 vor allem Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, a.a.O., und Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie*, a.a.O. <sup>22</sup> 22 Robert Michels, *Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit*, a.a.O. S. 259 <sup>23</sup> 23 siehe dazu die Darstellung Sigmund Neumanns, *Toward a Comperative Study of Political Parties*, a.a.O., S. 396 ff <sup>24</sup> 24 Ulrich Lohmar,

- 1 Lammert, Norbert: *Organisationsstrukturen und Funktio...*, 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

161

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 81

Klaus Schütz für die SPD: "Die politische Willensbildung in der SPD entwickelt sich von oben nach unten" (K. Schütz, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 244)

## Textstelle (Originalquellen)

als die Tätigkeit politischer Parteien. Jedenfalls sind die Parteien in ihrer jetzigen Struktur keine Kommunikationskanäle im Sinne ihrer Funktion. Die lapidare Feststellung von Klaus Schütz, "Die politische Willensbildung in der SPD entwickelt sich von oben nach unten"<sup>29</sup> - eine Bemerkung des Politologen Klaus Schütz versteht sich, nicht des Regierenden Bürgermeisters -, die sicherlich nicht nur für seine Partei zutrifft, macht deutlich, daß

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 55

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

162



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 89

Untersuchungen von Gabriele Bremme, *Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen* 1956; und Mechtild Fülles, *Frauen in Partei und Parlament, Köln* 1969

## Textstelle (Originalquellen)

eine Tatsache, die zum Beispiel Röhm genau bekannt war (Geschichte, S. 154).<sup>141</sup> 141<sup>141</sup> Staat, S. 49.<sup>145</sup> 145<sup>145</sup> Heiden, History, S. 114 f.<sup>146</sup> 146<sup>146</sup> Ähnlich auch die Interpretation bei Broszat, Staat, S. 49.<sup>147</sup> 147<sup>147</sup> Tabelle 5 bei Schäfer, NSDAP, S. 19.<sup>147</sup> 147aDazu Gabriele Bremme, *Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen* 1956, S. 35, 73-77.<sup>148</sup> 148<sup>148</sup> Hitlerbewegung, S. 129. Ähnlich auch Maser, *Frühgeschichte*, S. 175.<sup>148</sup> 149<sup>148</sup> Zum 1. 7. 23. Vgl. Tabelle 11.<sup>150</sup> 150<sup>150</sup> Nyomarkay,

- 43 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1971, S. 1958
- 44 Gerhard Lehbruch/Klaus von Beyme/L..., 1971, S.

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

163

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 95

95<sup>201</sup> 201 Gerhard Elschner, [Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft](#), in: [Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#), a.a.O., S. 38

201 Gerhard Elschner, Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft, in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 38

## Textstelle (Originalquellen)

sorgfältig beobachtet und analysiert werden. Sofern in ihnen gemeinwohlrelevante Interessen deutlich werden, sollten sich die Parteien ihnen öffnen und sie in ihren Meinungs- und Willensbildungsprozess einbeziehen.

1. [Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft](#) von Gerhard Elschner 1.0. Fragen zur Einleitung Was ist Politik für einzelne Menschen, und was ist sie für einzelne Gruppen? Was ist dann etwa Politik für

bn und Reform sehen Integration oynupbt; ubi raicipuyiaminc uci vihristisch-Demokratischen Parteien Westeuropas, Dezember 1971 Material zur Diskussion der Hochschulreform Dezember 1972 22 23 24 25 Material zur Demokratie-Diskussion Dezember 1972 [Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#) Dezember 1972 Material zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen März 1973 \* bedeutet: vergriffen. AB 8079<sup>5</sup> 5 ParteienG §§ 11-17<sup>4</sup> 4 Vgl. HESSE, Konrad: Grundzüge des Verfassungsrecht der<sup>4</sup> Bundesrepublik Deutschland; Karlsruhe 1967, S. 70<sup>7</sup> 7 ParteienG §§ 4, 25; GG Art. 21, Abs. 4<sup>8</sup> 8 Vgl. HERZIG, a.a.O., S. 8<sup>8</sup> 9

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 1
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 149

● 9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

164

## Textstelle (Prüfdokument) S. 96

204 Bernhard Gebauer, [Rolle und Funktion kommunalpolitischer Opposition und die Marginalfunktion der Vereinigungen](#), in: Beiträge zum Problem politischer Arbeit, a.a.O., S. 114

## Textstelle (Originalquellen)

Arbeitsgruppe Ausschuß T Rohentwurf Experten (evt. Verbände)  
Sonderorganisationen der Partei vorläufiges Programm Öffentlichkeit (Presse)  
Mitglieder Rückkoppelung 4. Phase Verabschiedung Annahme durch  
Vorstände und Mitgliederversammlungen (auch bei Kreisparteitagen) 10. [Rolle und Funktion kommunalpolitischer Opposition und die Marginalfunktion der Vereinigungen](#) von Bernhard Gebauer I. Stadtverordnetenversammlungen,  
Gemeinde- und Kreisräte werden zwar immer häufiger dem parlamentarischen System zugeordnet, nichtsdestoweniger muß jedoch bedacht werden, daß die kommunalen Vertretungskörperschaften nicht

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 109

● 5% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

165

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 1

207 siehe dazu etwa Horst Kanitz, [Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozioempirischer Studien zur Kommunalpolitik](#), hrsg. vom Institut für Kommunalwissenschaften

## Textstelle (Originalquellen)

Gesichtspunkten als theoretischem Modell sollten zunächst in einigen Großstadtkreisverbänden praktische Modelle entwickelt werden, die als Vorbilder für eine spätere allgemeinere Umgestaltung der Parteien dienen könnten. 2. [Darstellung und Analyse der Untersuchungsergebnisse sozioempirischer Studien zur Kommunalpolitik](#) \* von Horst Kanitz 2.0. Vorbemerkungen zur Zielsetzung der Studien In alle kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse und Maßnahmen gehen von Seiten der politischen Akteure mehr oder weniger bewußt Annahmen

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 40

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

166

## Textstelle (Prüfdokument) S. 101

225 Gerhard Elschner, [Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft](#), a.a.O., S. 38

## Textstelle (Originalquellen)

sorgfältig beobachtet und analysiert werden. Sofern in ihnen gemeinwohlrelevante Interessen deutlich werden, sollten sich die Parteien ihnen öffnen und sie in ihren Meinungs- und Willensbildungsprozess einbeziehen.

1. [Einführende Studie zur politischen Arbeit in der modernen Gesellschaft](#) von Gerhard Elschner 1.0. Fragen zur Einleitung Was ist Politik für einzelne Menschen, und was ist sie für einzelne Gruppen? Was ist dann etwa Politik für

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 1

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

167

## Textstelle (Prüfdokument) S. 102

229 David Riesman, *Die einsame Masse, Reinbek bei Hamburg 1958, S. 182*; Jürgen Habermas, <sup>229</sup> *Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 237*; Ren König, *Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, a. a. O., S. 40*. Dieses Problem wird schon bei der Terminierung politischer Veranstaltungen evident, die wichtigen gesellschaftlichen Ereignisse einschließlich der

229 David Riesman, *Die einsame Masse, Reinbek bei Hamburg 1958, S. 182*; Jürgen Habermas,

## Textstelle (Originalquellen)

Hrsg.), *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 403* <sup>18</sup> 18 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), § 7 Abs. 1: "Die Parteien gliedern sich in Gebietsverbände ..." <sup>19</sup> 19 Maurice Duverger, *Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 45* <sup>20</sup> 20 David Riesman, *Die einsame Masse, Reinbek bei Hamburg 1958, S. 182* <sup>20</sup> siehe auch: Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 237* <sup>21</sup> 21 vor allem Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O.*, und Ulrich Lohmar, *Innerparteiliche Demokratie, a.a.O.* <sup>22</sup> 22 Robert Michels, *Formale Demokratie*

- 1 Lammert, Norbert: *Organisationsstrukturen und Funktio...*, 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

168

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 102

233 Ren König, Gemeinde, in: Soziologie, hrsg. von Ren König, a. a. O., S. 81 ff, vgl. auch den Abschnitt 4.1. Gemeinderlebnis, S. 90-100

## Textstelle (Originalquellen)

Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 118<sup>31</sup> 31 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S.154<sup>32</sup> 32 ebda, S. 143<sup>33</sup> 33 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 44<sup>34</sup> 34 Maurice Duverger, Der politischen Parteien, a.a.O. S. 45<sup>34</sup> 35 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 38<sup>36</sup> 36 siehe dazu Ren König, Gemeinde, in: Soziologie, Hrsg. von Ren König, Frankfurt 1958, S. 81 ff<sup>37</sup> 37 siehe auch Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), § 12, Abs. 1<sup>37</sup> 38 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, a.a.O. S.23<sup>39</sup> 39 Kurt Lenk, Franz Neumann (Hrsg.), Theorie und

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

169

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 1

239 vgl. Otto Stammer, Demokratisierung der Organisation, in: Lenk/Neumann (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a.a.O., S. 292

## Textstelle (Originalquellen)

Soziologie des Parteiwesens in der <sup>7</sup> modernen Demokratie, Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der zweiten Auflage, Stuttgart 1970 <sup>8</sup> 8 Ders., Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit, in: Lenk/Neumann (Hrsg.), Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Neuwied 1968, S. 246 <sup>9</sup> 9 Ebda, S. 256 <sup>10</sup> 10 zu nennen sind lediglich die Untersuchungen von Renate <sup>10</sup> Mayntz, Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde, in: <sup>10</sup> Zeitschrift

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

170

**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 106

Demokratie, a.a.O., S. 91 Einleitung zur Theorie und Soziologie der politischen Parteien, a.a.O., S.LVI

## Textstelle (Originalquellen)

König, Gemeinde, in: Soziologie, Hrsg. von Ren König, Frankfurt 1958, S. 81 ff<sup>37</sup> 37 siehe auch Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), § 12, Abs. 1<sup>37</sup> 38 Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, a.a.O. S.23<sup>39</sup>  
39 Kurt Lenk, Franz Neumann (

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

171



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 108

Demokratie, a.a.O., S. 91

## Textstelle (Originalquellen)

Schütz, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik, Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 244 <sup>30</sup> 30 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 118 <sup>31</sup> 31 Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt, a.a.O., S.154 <sup>32</sup> 32 ebda, S. 143 <sup>33</sup> 33 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 44 <sup>34</sup> 34 Maurice Duverger, Der politischen Parteien, a.a.O. S. 45 <sup>34</sup> 35 Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, a.a.O. S. 38 <sup>36</sup> 36 siehe dazu Ren König, Gemeinde, in: Soziologie, Hrsg. von Ren König,

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktio..., 1973, S. 58

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

172

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 111

## Textstelle (Originalquellen)

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

173

111 <sup>263</sup> 263 aus diesem Gesichtswinkel sieht Wolfgang Jäger in den parlamentarischen Fraktionen der Parteien das entscheidende Demokratisierungspotential: "Sie bilden den Schnittpunkt zwischen

263 aus diesem Gesichtswinkel sieht Wolfgang Jäger in den parlamentarischen Fraktionen der Parteien das entscheidende Demokratisierungspotential: "Sie bilden den Schnittpunkt zwischen

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

## Textstelle (Prüfdokument) S. 112

der innerparteilichen und der gesamtstaatlichen Demokratie, da sie die Partizipation des Parteibürgers mit der Partizipation des Wählers verbinden" (W. Jäger, Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation, a. a. O., S. 134); aus dem gleichen Grund verbietet sich die Einführung des imperativen Mandats als scheinbarer Demokratisierungsstrategie von selbst, da sie die

## Textstelle (Originalquellen)

zur Demokratisierung nicht völlig ausgeräumt, aber doch bedeutend reduziert.  
1. Die parlamentarischen Fraktionen verdienen in der innerparteilichen Willensbildung einen herausragenden Platz. Sie bilden den Schnittpunkt zwischen der innerparteilichen und der gesamtstaatlichen Demokratie, da sie die Partizipation des Parteibürgers mit der Partizipation des Wählers verbinden. Schon rein quantitativ können sich die Fraktionen der großen Parteien im Vergleich zu den Parteitagern sehen lassen. Wichtiger sind jedoch Gesichtspunkte wie die Tagungsdauer, das

- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und..., 1973, S. 134

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

174

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



## Textstelle (Prüfdokument) S. 113

269 Horst Joachim Koch, Theoretische und praktische Probleme der politischen Arbeit, in: [Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, a. a. O., S. 49](#) um dies sicherzustellen, ist von Pütz/Radunski u. a. vorgeschlagen worden, es müßten "[präzise Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten vor der Parteimitgliedschaft so klar umrissen](#)" Pütz/Radunski/Schönbohm/Simon, 18 Thesen zur Reorganisation der CDU, a.a.O., S. 21)

## Textstelle (Originalquellen)

bn und Reform sehen Integration oynupbt; ubi raicipuyiaminc uci vihrstlich-Demokratischen Parteien Westeuropas, Dezember 1971 Material zur Diskussion der Hochschulreform Dezember 1972 22 23 24 25 Material zur Demokratie-Diskussion Dezember 1972 [Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft](#) Dezember 1972 Material zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen März 1973 \* bedeutet: vergriffen. AB 8079<sup>5</sup> 5 ParteienG §§ 11-17<sup>4</sup> 4 Vgl. HESSE, Konrad: Grundzüge des Verfassungsrecht der<sup>4</sup> Bundesrepublik Deutschland; Karlsruhe 1967, S. 70<sup>7</sup> 7 ParteienG §§ 4, 25; GG Art. 21, Abs. 4<sup>8</sup> 8 Vgl. HERZIG, a.a.O., S. 8<sup>8</sup> 9

- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): B..., 1973, S. 149

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

175

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



# Quellenverzeichnis

- 1 Lammert, Norbert: Organisationsstrukturen und Funktionen politischer Parteien, in: Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz, S. 52 - 58, 1973  
Worte: 1.674 (von 70.233) = 2 %
- 2 Jäger, Wolfgang (Hrsg.): Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung, 1973
- 3 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 16. Jg., 3. Heft , 1968  
[http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968\\_3.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_3.pdf)
- 4 Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise (Auswahl), 1973
- 5 Köser, Helmut: Parteien und Verbände in westlichen Demokratien, in: Wolfgang Jäger (Hrsg), Partei und System (Auszug), 1973
- 6 Naschold, Frieder: Organisation und Demokratie. Untersuchung zum Demokratisierungspotential in komplexen Organisationen, 3. Auflage, 1972
- 7 Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien (Auszug), 1968
- 8 Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 1957
- 9 Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens, 1938  
<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1958/1958-06-b-382.pdf>
- 10 Lohmar, Ulrich: Innerparteiliche Demokratie, 1963
- 11 Hahn, Dittmar: Innerparteiliche Demokratie, 1973
- 12 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1963  
[http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963\\_3.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_3.pdf)
- 13 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Beiträge zum Problem politischer Arbeit in der modernen Gesellschaft, Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz, Heft 24, 1973
- 14 Weber-Schäfer, Peter: ‚Sozial‘ und ‚Rational‘, Anmerkungen zur Demokratiediskussion, in: Der Staat, Heft 1, 1968 , 1968
- 15 BVerfGE 5, 85 - KPD-Verbot, 1956  
<http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv005085.html>
- 16 Koplín, Raimund: Die Parteien und der Staat, 1966  
<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1966/1966-09-a-521.pdf>
- 17 Der Bundestag von innen gesehen. 24 Beiträge, herausgegeben von Emil Hübner, Heinrich Oberreuter,, 1969
- 18 Die verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien im modernen ... (Auszug), 1959  
<https://books.google.cat/books?id=ce0fAAAAQBAJ>
- 19 Lintz, Gerd: Die politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, 1973
- 20 Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz), 1967  
<http://www.mwalthner.net/kompendien/112-1.pdf>

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

176

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



# Quellenverzeichnis

- 21 König, Ren : Grundformen der Gesellschaft. Die Gemeinde, 1958  
22 König, Ren (Hrsg.): Soziologie, Fischer-Lexikon, 1969  
23 Fraenkel, E.: Deutschland und die westlichen Demokratien, 2. Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz, 1964  
24 Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung, 2. Aufl., 1971  
25 Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems (Auszug), 1971  
26 Internet Financial Reporting, 1972  
[http://www1.unisg.ch/www/edis.nsf/wwwDisplayIdentifizier/3129/\\$FILE/dis3129.pdf](http://www1.unisg.ch/www/edis.nsf/wwwDisplayIdentifizier/3129/$FILE/dis3129.pdf)  
27 KARL MARX FRIEDRICH ENGELS, 1967  
[http://ciml.250x.com/archive/marx\\_engels/german/mew/band08\\_001.pdf](http://ciml.250x.com/archive/marx_engels/german/mew/band08_001.pdf)  
28 Die Adenauer-CDU, 1945  
[http://www.zzf-pdm.de/Portals/\\_Rainbow/images/default/Boesch-Adenauer.pdf](http://www.zzf-pdm.de/Portals/_Rainbow/images/default/Boesch-Adenauer.pdf)  
29 Menacher, Peter: Jugendliche und Parteien, 1970  
30 Grundzüge der Philosophie, 1918  
<http://www.anova.at/1sitemap/Philosophie/30-Hobbes,%20Thomas%20-%20Grundz%C3%BCge%20der%20Philosophie.pdf>  
31 Heller, Kurt/u.a.: Planung und Auswertung empirischer Untersuchungen, 1974  
<http://epub.ub.uni-muenchen.de/2248/1/2248.pdf>  
32 Kraft/Reddemann (Hrsg.): Mit der Union in die Zukunft, 1969  
33 Landesverband Berlin, 1964  
[http://juberlin.de/files/2013/02/Satzung-der-Jungen-Union-Berlin\\_2012.pdf](http://juberlin.de/files/2013/02/Satzung-der-Jungen-Union-Berlin_2012.pdf)  
34 Der Schutz des öffentlichen Rechts. Die neueste Entwicklung des ... (Auszug), 1966  
<https://books.google.cat/books?id=zaliAAAAQBAJ>  
35 Das Argument 23, 1962  
<http://www.inkrit.org/argument/archiv/Das%20Argument%2023.pdf>  
36 Jäger, Wolfgang: Politische Partei und parlamentarische Opposition (Auszug), 1971  
<https://books.google.cat/books?id=LSN6ZfxvQhUC&pg=PA232>  
37 A Bibliography of Juan J. Linz, 1949  
<http://www.afsp.msh-paris.fr/activite/diversafsp/collinz06/bibliolinz2.pdf>  
38 Anwendung von Input-Output-Techniken in der Arbeitsmarktforschung, 1968  
[http://doku.iab.de/mittab/1968/1968\\_03\\_MittAB\\_Krengel\\_Staeglin\\_Wessels.pdf](http://doku.iab.de/mittab/1968/1968_03_MittAB_Krengel_Staeglin_Wessels.pdf)  
39 Nuscheler, Franz/Sieffani, Winfried (Hrsg.): Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen, 1972  
40 Müller, Emil-Peter: Juso-Sozialismus. Programm und Strategie der Junsozialisten in der SPD, 1972

PlagiatService

Prüfbericht

8011

17.02.2017

177

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



# Quellenverzeichnis

- 41 Zeitschrift für Pflanzenkrankheiten, 1910  
[http://www.archive.org/stream/zeitschriftfrp20stut/zeitschriftfrp20stut\\_djvu.txt](http://www.archive.org/stream/zeitschriftfrp20stut/zeitschriftfrp20stut_djvu.txt)
- 42 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1972  
[http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972\\_2.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1972_2.pdf)
- 43 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1971  
[http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971\\_2.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1971_2.pdf)
- 44 Gerhard Lehbruch/Klaus von Beyme/Iring Fetscher (Hrsg), Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik (Auszug), 1971

**PlagiatService**

Prüfbericht

8011

17.02.2017

178



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing

# Glossar

- **Ampel** Entsprechend der Gesamtwahrscheinlichkeit wird ein Rating der Schwere durch die Ampelfarbe berechnet: grün (bis 19 %) = wenige Indizien unterhalb der Bagatellschwelle; gelb (20 bis 49 %) - deutliche Indizien enthalten, die eine Plagiatsbegutachtung durch den Prüfer notwendig machen; rot (ab 50 %) = Plagiate liegen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vor, die eine Täuschungsabsicht dokumentieren. Bei publizierten Dissertationen sollte ein offizielles Verfahren zur Prüfung und/oder zum Entzug des Dokortitels eröffnet werden.
- **Anteil Fremdtex te (brutto)** Anteil aller durch die Software automatisch gefundenen Bestandteile aus anderen Texten am Prüf text (von mindestens 7 Wörtern) in Prozent und Anzahl der Wörter gemessen. Dabei wird noch keine Interpretation auf Plagiatsindizien oder korrekte Übernahmen (z.B. Zitat, Literaturquelle) vorgenommen.
- **Anzahl Fremdtext (netto)** Anteil aller durch die Software automatisch gefundenen und als Plagiatsindizien interpretierten Bestandteile aus anderen Texten am Prüf text (von mindestens 7 Wörtern) in Prozent und Anzahl der Wörter gemessen.
- **Bauernopfer** Fehlende Quellenangabe bei einer inhaltlichen oder wörtlichen Textübernahme, wobei die Originalquelle an anderer Stelle des Textes (außerhalb des Absatzes, des Satzes, des Habsatzes oder des Wortes) angegeben wird.
- **Compilation** Zusammensetzen des Textes als "Patchwork" aus verschiedenen nicht oder unzureichend zitierten Quellen.
- **Eigenplagiat** Übernahme eines eigenen Textes des Autors ohne oder mit unzureichender Kennzeichnung des Autors. Auch wenn hier nur eigene Texte und Gedanken übernommen werden, handelt es sich um eine Täuschung. Der Prüfer geht davon aus, dass es sich hier um neue Texte und Gedanken des Autors handelt.
- **Einzelplagiatswahrscheinlichkeit** Grobe Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiat es des einzelnen Treffers (oder der Treffer) auf einer Seite im Prüfbericht.
- **Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit** Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens von Plagiaten durch Verknüpfung der Indizienanzahl, des Netto-Fremdtextanteils und der Schwere der

# Glossar

- Ghostwritersuche  
einzelnen Plagiatsindizien.  
Über den statistischen Vergleich der Texte (Stilometrie) wird eine Wahrscheinlichkeit berechnet, ob die Texte von demselben Autor stammen.
- Indizien  
Dieser Prüfbericht gibt nur die von der Software automatisch ermittelten Indizien auf eine bestimmte Plagiatsart wieder. Die Feststellung eines Plagiats kann nur durch den Gutachter erfolgen.
- Literaturanalyse  
Die im Prüftext enthaltenen Literatureinträge im Literaturverzeichnis werden analysiert: Wird die Quelle im Text zitiert? Handelt es sich um eine wissenschaftliche Quelle? Wie alt sind die Quellen?
- Mischplagiat - eine Quelle  
Der Text wird hierbei aus verschiedenen Versatzstücken einer einzigen Quelle zusammengesetzt, also gemischt.
- Mischplagiat - mehrere Quellen  
Der Text wird hierbei aus verschiedenen Versatzstücken aus verschiedenen Quellen zusammengesetzt, also gemischt.
- Phrase  
Die übernommenen Textstellen stellen allgemeintypische oder fachspezifische Wortkombinationen der deutschen Sprache dar, die viele Autoren üblicherweise verwenden. Solche Übernahmen gelten nicht als Plagiate.
- Plagiat  
Übernahme von Leistungen wie Ideen, Daten oder Texten von anderen - ohne vollständige oder ausreichende Angabe der Originalquelle.
- Plagiatsanalyse  
Gefundene gleiche Textstellen (= Treffer) werden durch die Software automatisch auf spezifische Plagiatsindizien analysiert.
- Plagiatsuche  
Mit Hilfe von Suchmaschinen wird im Internet, in der Nationalbibliothek und im eigenen Dokumentenbestand nach Originalquellen mit gleichen oder ähnlichen Textstellen gesucht. Diese Quellen werden alle vollständig Wort für Wort mit dem Prüftext verglichen. Plagiatsindizien werden für Textstellen ab 7 Wörtern berechnet.

# Glossar

- **Plagiatswahrscheinlichkeit**  
Grobe Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates auf der Basis der Plagiatsindizien. Die Ampel zeigt drei Ergebnisse an: grün - keine Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates und somit keine weitere Überprüfung notwendig, gelb - mögliches Vorliegen eines Plagiates und somit eine weitere Überprüfung empfohlen, rot - hohe Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates und somit weitere Überprüfung unbedingt notwendig.
- **Stilometrie**  
Texte werden dabei einzeln nach statistischen Kennzahlen (z.B. durchschnittliche Länge der Wörter, Häufigkeit bestimmter Wörter) analysiert. Sind diese Kennzahlen für zwei Texte ähnlich, liegt hier statistisch der gleiche "Stil" und somit mit hoher Sicherheit der selbe Autor vor.
- **Teilplagiat**  
Ein Textbestandteil einer Quelle wurde vollständig ohne ausreichende Zitierung kopiert.
- **Textanalyse**  
Der einzelne Text wird durch die Software automatisch für sich allein analysiert, z.B. nach statistischen Kennzahlen, benutzter Literatur, Rechtschreibfehlern oder Bestandteilen. Je nach Stand der Softwareentwicklung sind die absoluten Ergebnisse (z.B. Erkennung von Abbildungen, Fußnoten, Tabellen, Zitaten) im einzelnen eingeschränkt aussagefähig. Aufgrund der immer für alle Texte durchgeführten Analysen sind die relativen Unterschiede zwischen den Spalten (z.B. Diplomarbeit vs. Dissertation) uneingeschränkt aussagefähig.
- **Textvergleich**  
Jeder Text wird mit anderen älteren Texten vollständig verglichen. Gefundene gleiche Textstellen werden in einem weiteren Schritt z.B. auf Plagiatsindizien hin untersucht.
- **Übersetzungsplagiat**  
Nutzung eines fremdsprachigen Textes durch Übersetzung.
- **Verschleierung**  
Ein Text wird ohne eindeutige Kennzeichnung (i.d.R. durch Anführungszeichen) Wort für Wort übernommen, aber mit Angabe der Quelle in der Fußnote. Dadurch wird der Prüfer getäuscht, der von einer nur inhaltlichen Übernahme ausgehen muss.
- **Vollplagiat**  
Der gesamte Text wird vollständig ohne Zitierung kopiert.

# Glossar

- Zitat - wörtlich  
Übernommener Text wird z.B. mit Anführungszeichen korrekt dargestellt. Dieses wörtliche Zitat darf keine Veränderungen, Ergänzungen oder Auslassungen enthalten. Fehlt für das Zitat nach der Plagiatssuche ein Nachweis in einer Originalquelle, so wird der Treffer als "Zitat-wörtlich-im Text" bezeichnet.
- Zitat - wörtlich - Veränderung  
Einzelne Wörter einer korrekt gekennzeichneten wörtlichen Übernahme werden verändert oder weggelassen, ohne dass der Sinn verändert wird. Z.B.: "Unternehmung" wird durch "Unternehmen" ersetzt.
- Zitat - wörtlich - Verdrehung  
In dem korrekt gekennzeichneten übernommenen wörtlichen Text wird der Sinn durch Austausch einzelner Wörter deutlich verändert. Beispiel: "überentwickelten" statt "unterentwickelten".
- Zitierungsfehler  
Arbeitsbezeichnung für eine wörtliche Textübernahme, die nur als inhaltliche Textübernahme (Paraphrase) gekennzeichnet wird.

**PlagiatService**

Prüfbericht

8011

17.02.2017

182



**ProfNet**

Institut für Internet-Marketing